

**Enthüllungen
aus dem französischen Generalstab.**

General Gérard und die Pfalz

von

Paul Jacquot

Major im Generalstab der frz. VIII. Armee.



Herausgeber Dr. Ritter - Mannheim.

Verlag von Julius Springer Berlin W.

**Enthüllungen
aus dem französischen Generalstab.**

General Gérard und die Pfalz

von

Paul Jacquot

Major im Generalstab der frz. VIII. Armee.



Herausgeber Dr. Ritter - Mannheim.

Verlag von Julius Springer Berlin W.

ISBN-13: 978-3-642-93848-1 e-ISBN-13: 978-3-642-94248-8
DOI: 10.1007/978-3-642-94248-8

**Für die Übersetzung:
Thomas Stein.**

Einführung in das Buch.

Das bereits angekündigte Buch vom General Gérard und der Rheinpfalz wird hiermit der Oeffentlichkeit übergeben, und zwar in einer sorgfältigen deutschen Uebersetzung des französischen Originals. Trotz mancher Weitschweifigkeiten und Wiederholungen, die dem Autor des Buches, dem französischen Generalstabsmajor Jacquot, unterlaufen sind, haben wir keine Kürzungen vorgenommen, um den unmittelbaren Eindruck des Originals nicht abzuschwächen.

Um schon äußerlich dem Leser volle Klarheit zu bieten, unterschieden wir im Druck französisches Original und unsere Erklärungen bzw. Ergänzungen, die an manchen Stellen notwendig waren. Der senkrechte Antiquadruck gehört ausschließlich Jacquot, Sätze mit schräggestellten Buchstaben (Kursiv) sind Anmerkungen des Herausgebers.

Unseres Wissens ist dieses Buch die erste Veröffentlichung eines französischen Generals über den Weltkrieg und seine Auswirkungen, nachdem deutsche Generäle, wie Ludendorff, Tirpitz, Falkenhayn, schon seit längerer Zeit ihre Aufzeichnungen herausgegeben haben. Wohl hat General Gérard, der Höchstkommmandierende in der Pfalz, das Buch nicht selbst geschrieben, aber jede Zeile des Buches deutet darauf hin, daß Major Jacquot dieses in vieler Beziehung einzig dastehende Buch nur im Auftrag seines Chefs herausgegeben haben kann.

Als Rechtfertigungsschrift für die Politik Gérards war es gedacht, zur Anklageschrift gegen französischen Annexionismus und Militarismus ist es geworden.

Wie peinlich die Veröffentlichungen Jacquots auf die französische Regierung wirkten, beweist die Tatsache, daß Jacquot vor einem Kriegsgericht sich verantworten muß, während sein Buch auf den politischen Index gesetzt wurde. Selbst in Straßburg, dem Verlagsort, ist kein Exemplar mehr zu erhalten. Um so größeres Anrecht hat das deutsche Volk auf dieses Buch, öffnet es ihm doch die Augen über die wahren Ziele der französischen Rheinlandspolitik. Aus diesem Grunde wird das Buch auch im neutralen Ausland berechtigtes Aufsehen erregen.

Bereits veröffentlichte kurze Auszüge in verschiedenen Tageszeitungen wirkten vielfach sensationell. Nicht allein wegen der Aufdeckung der französischen Pläne auf unsere Rheinpfalz, sondern auch wegen der zahlreichen Kompromittierungen bekannter pfälzischer Persönlichkeiten. Um gerade diese Enthüllungen auf ihren wahren Wert prüfen zu können, ist eine kurze Bemerkung über den Autor notwendig. Professor Oncken von der Heidelberger Universität, dem das Buch zu kritischer Betrachtung vorgelegen, nennt ihn den kleinen „Herodot der Etappe“. Behalten wir das köstliche Bildchen bei und bedenken wir außerdem noch, daß Jacquot sich als französischen Herodot fühlt. Deutsche Geschichte sieht er nur mit seinen Augen. Wo er sie nicht versteht, müssen ihm Phrasen und Tiraden heraushelfen, oder er schreckt auch nicht vor einer kleinen Umbiegung der Ereignisse zurück in dem von ihm gewünschten Sinne. Diese angeborene Jacquotsche Mentalität muß man vor Augen haben, wenn man die politischen Indiskretionen liest, die Jacquot ja nur deshalb der Öffentlichkeit übergibt, weil er Kronzeugen für die Richtigkeit der Gérardschen Politik braucht. Aber es waren zu wenig solcher Kronzeugen vorhanden, und gerade prominente Persönlichkeiten taten Gérard nicht den Gefallen, auf seine Ideen einzugehen. Der kleine Herodot weiß sich jedoch zu helfen. Eine kleine Umstellung von Worten, Herausnehmen einiger Zitate aus dem

Zusammenhang, absichtliche Unterschlagung gewisser Voraussetzungen, die sich bis zur Vorspiegelung falscher Tatsachen („fait accompli“) steigern, und — ein neuer wichtiger Kronzeuge ist gewonnen! Wie wenig kennt doch Jacquot deutsches Wesen und deutsche Gründlichkeit! Auch hier wird der Leser selbst das richtige Werturteil fällen.

Die Bedeutung des Buches liegt jedoch — wir möchten dies ausdrücklich betonen — nicht in diesen politischen Indiskretionen, die ja manchem mit Recht peinlich sein mögen, sondern darin, daß wir hier zum ersten Male eine gewissermaßen amtliche französische Darstellung darüber haben, wie sich Frankreich die Entwicklung der Rheinlandfrage dachte. Gérard kam ja mit einem bestimmten Auftrag in die Rheinpfalz. Er schien Clemenceau der richtige Mann zu sein, den seit Jahrhunderten gehegten französischen Traum auf das linke Rheinufer in die Wirklichkeit umzusetzen, jenen Traum, von dem André Pierre in der „Humanité“ vom 28. Juni 1919 schreiben konnte:

„Mit französischem Geld haben unsere Generäle und unsere Diplomaten diese politischen Traumgebilde unterstützt, die aus ihren ewigen Illusionen hervorgegangen sind.“

Gérard dachte sich die Erreichung dieses Zieles so leicht. Man brauchte ja nur einen Eckpfeiler aus dem verhaßten Gebäude Bismarckscher Staatskunst herauszubrechen, um das ganze Gebäude ins Wanken zu bringen. Und dieser Eckpfeiler, auf dem die Verankerung der ganzen deutschen Westmark beruhte, war eben, das wußte man in Frankreich schon immer, die Rheinpfalz. Fiel sie, so fiel das ganze Rheinland, so fiel das ganze deutsche Reich in sich zusammen, und nur dann, nach Zertrümmerung dieses Reiches durfte sich Frankreich der Früchte seines Sieges voll und ganz erfreuen.

Das war und ist heute noch der Pol, um den sich die französische Rheinpolitik bewegt.

Aber die Pfalz blieb fest, trotz aller Lockungen, Knebelungen und Pressungen, und so zerrann der schöne Traum.

Jacquot zählt ja all die Gründe auf, die nach seiner Ansicht schuld waren an Gérards Mißerfolg. Nur einen Grund vergißt er anzuführen, daß nämlich das Pfälzer Volk selbst, geführt von vaterländisch gesinnten Männern aller Parteien den Plan Gérards zum Scheitern gebracht hat. Gérard und Jacquot, sie haben ja dieses Pfälzer Volk nie kennen gelernt; sie glaubten, die Pfälzer Volksseele zu kennen, wie sie sich in den Lobhudeleien von Kreaturen, wie Feibelman, Ipser, Schenk, Haaß u. a. m., offenbarte. Als sie dann den wirklichen Kundgebungen dieser Volksseele gegenüberstanden — ich erinnere nur an jenen Tag in Speyer, wo das Volk um seine Führer geschart, sein Innerstes offenbarte —, da standen sie diesen Kundgebungen verständnislos und hilflos gegenüber. Davon hatten ihnen ihre Kontrolloffiziere allerdings nichts berichtet.

Wir aber, wir Deutsche im unbesetzten Gebiet, wir wollen diese Haltung der Pfälzer nie vergessen! Wie gerne würde hier der Herausgeber all der aufrechten Männer und Frauen gedenken, die unter dem Einsatz ihrer vollen Persönlichkeit im Kampf um die Pfalz in vorderster Linie gestanden! Es wird dies einem späteren Geschichtsschreiber vorbehalten sein, der sich in der Darstellung dieser Leidenszeit unseres Pfälzer Volkes nicht jene Zurückhaltung aufzuerlegen braucht, wie ich es im Interesse unserer Volksgenossen tun muß, denen die „Ordonnanzen“ der Hohen Kommission als drohendes Damoklesschwert über dem Haupte hängen.

Immerhin wird jeder Leser des Buches den Eindruck gewinnen, daß Jacquot trotz schiefer Darstellung die einmütige Ablehnung der separatistischen Pläne, wenn auch ungern, zugeben muß.

Als der Präsident der Pfalz, Dr. von Winterstein, seine Abwehrphalanx bildete, stand keine Partei abseits. Vom rechtesten Flügel der Deutschen Volkspartei bis in die radikalsten Reihen der U. S. P. bildete sich eine lebendige Mauer, an der die Haaß und Genossen ihre Köpfe einrannten. Die Eckpfeiler dieser Mauer verkörpern sich durch die Namen ihrer Führer. Sie möchte ich

als die Träger des nationalen Gedankens herausgreifen. Es waren dies in der kritischen Zeit:

Direktor Burger von der Deutschen Volkspartei,
Dr. Osterheld von der Deutschen Demokratischen
Partei,
Hofmann vom Zentrum,
Körner und Profit von den Mehrheitssozialisten,
Baum von der U. S. P.

Was aber im einzelnen Gewerkschaftsführer und einfache Arbeiter, treue Beamte (wer denkt hier nicht an den braven Postverwalter See) und aufrechte Bürger durch mannhaftes Eintreten für ihre Ueberzeugung geleistet haben, wird in der Geschichte des Pfälzer Volkes ein besonderes Ruhmesblatt bilden.

Sie alle haben das Wort Uhlands von neuem geprägt:

„Die Treue sei des deutschen Volkes Ruhm, so hört ich sagen und ich glaub es fest, trotz allem, was ich Bitteres erfuhr.“

Mannheim, im März 1920.

Dr. Ritter.



Geschichtliche Grundlage.

(Dr. Ritter.)

Um das Jacquotbuch richtig verstehen zu können, müssen wir uns noch einmal kurz die Ereignisse ins Gedächtnis zurückrufen, die einander folgten seit Besetzung der Pfalz durch die französische 8. Armee.

Im Vordergrund stand damals die bange Frage: „Was geschieht mit der Pfalz?“

Die Frage war berechtigt und doch war es taktisch eine Unklugheit, sie in der Öffentlichkeit überhaupt zu stellen. Eine pfälzische Frage im Zusammenhang mit der politischen Grenze des deutschen Reiches durfte es an sich für einen Deutschen überhaupt nicht geben. Andererseits mußte die Frage jedoch erörtert werden, da die französischen Annexionsabsichten auf das linke Rheinufer immer unverhüllter zutage traten. Interessant für den Beobachter der französischen Presse war es, wie die An- bzw. Abwesenheit des Präsidenten Wilson auf diese Annexionsgelüste wirkte. Soviel steht fest: Ohne Wilson hätten die französischen Annexionisten noch viel kühner ihr Haupt erhoben. So aber mußten sie sich dazu bequemen, den Gedanken einer offenen Annexion mehr oder minder zu verschleiern und auf dem Umweg der sogenannten Neutralisierung der besetzten Gebiete ihrem Ziele zuzustreben. (Dies spricht auch Jacquot ganz offen aus.)

Um größere und maßgebende Kreise im besetzten Gebiet für diesen Gedanken zu gewinnen, ließ man von hervorragender französischer Stelle aus geflissentlich verlauten, der Rhein werde durch den Friedensvertrag die militärische, wirtschaftliche und politische Grenze des deutschen Reiches. (Vergleiche hierzu die bestimmten Erklärungen des Generals

Gérard, sowie Brief des Abgeordneten Profit an den Reichskanzler Scheidemann, im Text).

Ungefähr um dieselbe Zeit setzten auch in Landau die ersten, auf die Schaffung einer autonomen Pfalz abzielenden Bestrebungen ein, die zu Zusammenkünften unter dem Vorsitze französischer Offiziere führten. In diesen wurde offen darüber verhandelt, die Pfalz werde von Deutschland getrennt; es sei dies eine Tatsache, mit der man rechnen müsse. Die Pfalz habe es jedoch in der Hand, ihre Kohlengruben sich zu erhalten, wenn sie ohne Zögern von sich aus die staatliche Selbständigkeit beschließe.

Es darf als ein günstiges Geschick bezeichnet werden, daß damals an der Spitze der pfälzischen Zivilverwaltung ein Mann wie Dr. von Winterstein stand, der in dieser schwierigen Zeit seinem Kreise Berater und Führer wurde und der auch über die nötige politische Erfahrung und diplomatische Geschicklichkeit verfügte, um gegenüber der französischen Pfalzpolitik den richtigen Weg zu zeigen, ohne von vornherein das Mißtrauen der Besatzungsbehörden auf sich zu ziehen. In der Sammlung aller politischen und wirtschaftlichen Gruppen auf einer nationalen Plattform erblickte Dr. von Winterstein das Gebot der Stunde. Nur so konnte die bedrohte Pfalz am Rhein den Annexionsgelüsten Frankreichs gegenüber vor der Öffentlichkeit laut und eindrucksvoll ihre Stimme erheben. Treudeutsche Kundgebungen aller politischen Parteien und wirtschaftlicher Vertretungskörper waren das erfreuliche Resultat dieser großzügigen Sammlungspolitik, wobei dem Rufe: „Los von Bayern“ frühzeitig der Satz entgegengestellt wurde: „Fest bei Deutschland“.

Dieser Haltung des Regierungspräsidenten, der verständnisvolle Unterstützung bei den Führern aller Parteien fand, ist es zu danken, daß die damals in gewissen Kreisen bestehenden, separatistischen Tendenzen, die nur auf die Uebernahme der geistigen Führung durch den Regierungspräsidenten warteten, niedergehalten wurden.

Dies die politische Lage in der Pfalz zu Beginn des Jahres 1919.

Ganz anders war die Entwicklung im Norden der Pfalz, wo vom Niederrhein ausgehend und dann von Köln auf die ganze Rheinprovinz übergreifend, Bestrebungen einsetzten, die alle in den Ruf: „Los von Berlin“ ausklangen. Im übrigen waren sie der Form wie dem Inhalte nach erheblich verschieden. Die einen forderten eine rheinisch-westfälische Republik, andere den Zusammenschluß vom Rheinland, Nassau und Rheinhessen und bezeichneten die Einbeziehung der Rheinpfalz, von Westfalen und von Oldenburg als dringend erwünscht. Wieder andere fanden in der Verbindung der Rheinpfalz mit dem nördlichen Teil von Baden eine glückliche Lösung.

Alle diese Gedankengänge fanden nach und nach — die französische Zensur gestattete die Aufnahme mit besonderem Entgegenkommen — Eingang in die Pfälzische Presse. Hier war es insbesondere die damals von der „Kölnischen Volkszeitung“ beharrlich vertretene Idee der rheinischen Republik, die bei einem kleinen Teil der pfälzischen Zentrumspreise („Pfälzer Volksbote“ und „Rheinpfälzer“) nicht unfreundlich aufgenommen wurde. Leider ließen diese Presseerörterungen jede gebührende Rücksichtnahme auf die gleichzeitig vor dem hohen Rate in Paris schwebenden Verhandlungen über das zukünftige Schicksal der Pfalz vermissen.

Gegen diese Haltung jener beiden Zentrumszeitungen setzte alsbald in der übrigen pfälzischen Presse eine starke Gegenwirkung ein, die gegen einen Zentrumsstaat am Rhein entschieden Stellung nahm. Damals war es auch, daß der Regierungspräsident mit dem französischen Kreiskontrolleur Fühlung nahm, um von ihm zu erfahren, ob und inwieweit die Pressemitteilungen über die Abspaltung des linken Rheingebietes richtig seien. Hierbei betonte der Regierungspräsident grundsätzlich die Zugehörigkeit der Pfalz zu Deutschland und zu Bayern und gab lediglich für den von einem Teil der pfälzischen Presse unter Annahme gestellten Fall der Abtrennung der Pfalz von Deutschland zu verstehen, daß eine Aufsaugung der Pfalz durch Köln nicht den wahren Interessen des Landes und der in weiten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere in der Arbeiterschaft, herrschenden Stimmung Rechnung trage.

Seit der Rückkehr Wilsons nach Paris ergab sich, wie schon kurz erwähnt, aus wehmütigen Betrachtungen der französischen Presse, daß die französischen Absichten auf Annexion der Rheinlande mit der Unterstützung Amerikas nicht mehr rechnen konnten. Die Absicht des Quai d'Orsay wurde darauf umgestellt, nunmehr unter Ausnützung des Wilsongedankens vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und in Anknüpfung an „wechselseitige Sympathien und gemeinschaftliche geschichtliche Erinnerungen, die natürliche Grenze des Rheinstromes für Frankreich wieder herzustellen“.

Demgegenüber stellte Dr. von Winterstein in enger Einvernahme mit den berufenen Vertretern des pfälzischen Volkes den deutschen und bayerischen Rechtstitel auf die Pfalz mit voller Entschiedenheit in den Vordergrund. Die Aufrechterhaltung des „status quo“ in der Pfalz war ihm zunächst ein Gebot der Staatsklugheit und völkischen Selbsterhaltung. Die endgültige Auseinandersetzung unter den deutschen Staaten im allgemeinen und zwischen Bayern und der Pfalz im besonderen konnte nur als eine innere deutsche Angelegenheit geregelt werden und zwar auf dem verfassungsmäßigen Weg, wie er gerade durch die damals bekanntgewordenen Vorarbeiten des Verfassungsausschusses zu Artikel 15 (später Artikel 18) der Reichsverfassung gegeben war.

Ende März stand die Tatsache fest, daß der Friedensvertrag den Franzosen keine Handhabe bieten würde, das besetzte Rheingebiet durch einfache Annexion Frankreich anzugliedern. Damit war die „Bluff- und Fait accompli-Politik“ des Generals Gérard erledigt. Trotzdem gaben die Separatisten die Hoffnung, zum Ziele zu gelangen, nicht auf. Sie hatten sich unterdessen eine Organisation geschaffen, die unter dem Namen „Freie Pfalz“ die Errichtung einer neutralen, autonomen pfälzischen Republik mit wirtschaftlicher Orientierung nach dem Westen propagierte. Sie erfreuten sich dabei ausgedehnter politischer und wirtschaftlicher Vergünstigungen von Seiten der französischen Besatzungsbehörden, über die Fußnote Seite 29 zuverlässige Aufklärung gibt.

Daß diese mit Hochdruck betriebene landesverräterische Propaganda entsprechende Gegenmaßnahmen auslöste, be-

darf keiner weiteren Erläuterungen. Mit stillem Ingrimm muß Jacquot in seinem Buche anerkennen, daß die deutsche Gegenorganisation unter dem „fränkischen Junker“ Dr. von Winterstein vorzüglich funktionierte. Diese Abwehrpolitik vertrat der Regierungspräsident auch unentwegt gegenüber dem französischen Kreiskontrolleur der Pfalz und er wich von der vorgezeichneten Linie auch nicht ab, als später die aktivistische Rheinlandsbewegung derer um Dr. Dorten ihre Wellen bis nach der Pfalz schlug und einflußreiche Männer der Auffassung waren, man könne die „freie Pfalzbewegung“ am wirksamsten dadurch bekämpfen, daß man ihr den Gedanken der rheinischen Republik gegenüberstelle. Winterstein lehnte den Aktivismus in beiderlei Gestalt grundsätzlich ab. Daß er auch den Aktivismus des Herrn Jacquot, der im Auftrag Gérards nach Speyer kam, um den Präsidenten zur Ausrufung der pfälzischen Republik zu veranlassen, von vornherein ablehnte, braucht bei der bekannten Haltung des Regierungspräsidenten nicht besonders betont zu werden. Für die dunklen Gänge der verschlungenen Gérardschen Politik ist aber diese Tatsache sehr bezeichnend.

Der französische Kreiskontrolleur, dessen Rechtsempfinden einen starken Trennungsstrich zwischen der „Freien Pfalzbewegung“ und der „rheinischen Republik“ zu ziehen wußte, trug sich mit der Hoffnung, daß „hier (d. h. in der rheinischen Frage) wohl etwas zu machen sei“. Es wollte ihm scheinen, daß der Regierungspräsident berufen sei, die rheinische Entwicklung nicht sich selbst zu überlassen, sondern bestimmenden Einfluß auf die Dinge zu nehmen und „den Ereignissen entgegenzugehen“. Der Regierungspräsident verwies demgegenüber auf die von ihm beschworene Pflicht sowie auf die Willensmeinung des weit überwiegenden Teiles der pfälzischen Bevölkerung, die eine etwaige staatsrechtliche Neuordnung nur auf dem verfassungsmässigen Wege billigen würde. Da der Kreiskontrolleur demgegenüber Zweifel äußerte, ob der Regierungspräsident wirklich das pfälzische Volk hinter sich habe und da die „freie Pfalzbewegung“ immer gefährlicher wurde, erwirkte der Präsident die Zustimmung des Kreiskontrolleurs zur Einberufung der politischen und wirtschaftlichen

Führer der Pfalz. Entgegen dem Wunsche des Kreiskontrolleurs, wonach die Versammlung auch über die Frage einer Autonomie der Pfalz außerhalb des Verbandes mit dem deutschen Reiche beschließen sollte, vertrat der Regierungspräsident scharf den Standpunkt, daß für ihn eine Befragung der pfälzischen Vertreter hierüber überhaupt nicht in Frage kommen könne; es könne sich lediglich darum handeln, festzustellen, ob und inwieweit die pfälzische Bevölkerung unbeschadet ihres selbstverständlichen Verbleibens im Rahmen des Reiches in der Zukunft eine andere staatsrechtliche Neuordnung wünsche. Der Regierungspräsident fügte hinzu, daß er mit dieser Einschränkung die Einberufung der pfälzischen Stände nicht nur für zulässig, sondern für eine staatliche Notwendigkeit erachte, wobei er seine persönlichen Entscheidungen, wie sie ihm durch die Pflicht vorgezeichnet seien, sich vorbehalte.

Die pfälzische Notabelnversammlung fand bekanntlich am 18. Mai 1919 statt. Die von der Versammlung einstimmig gefaßte Entschliebung brachte die Bejahung und Krönung der seit Beginn der Besetzung vom Regierungspräsidenten unter Einsetzung seiner vollen persönlichen Verantwortung auch gegenüber der besetzenden Macht geradlinig verfolgten Westmarken-Politik. Ihr Wortlaut sei hier nochmals wiedergegeben:

„Auf Einladung des Herrn Regierungspräsidenten der Pfalz haben sich heute im Sitzungssaal der Regierung in Speyer versammelt:

Die Vorstände der politischen Parteien, die vom pfälzischen Volke auf Grund des Gesetzes gewählten Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, zum bayerischen Landtag und zum pfälzischen Landrate, somit die Personen, welche im Staatsleben des deutschen Reiches, des Volksstaates Bayern und des Regierungsbezirkes der Pfalz die Interessen des pfälzischen Volkes zu wahren, dessen Anschauungen zu bekunden und zu vertreten berufen sind.

Mit diesen Herren sind zugegen:

Vertreter aller Berufsstände und Volksschichten und es darf deshalb festgestellt werden, daß die Anwesenden, teils kraft der ihnen vom Volke zuerkannten Mandate, teils auf Grund

ihrer führenden Stellung in den politischen Organisationen, teils im Hinblick auf ihre weitverzweigten Kenntnisse auf dem Gebiete des Erwerbslebens der Pfalz und als gründliche Kenner der pfälzischen Volksseele allein berechtigt sind, im Namen des pfälzischen Volkes zu sprechen.

1. Mit größter Entschiedenheit betont die Versammlung die unlösliche Zugehörigkeit der Pfalz zu Deutschland. Die Pfälzer werden gerade in dieser schwersten Stunde der deutschen Geschichte ihrem geliebten deutschen Vaterlande unverbrüchliche Treue halten.

2. Die Versammlung spricht die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die für Deutschland unerträglichen und unerfüllbaren Friedensbedingungen grundsätzlich geändert, wesentlich gemildert werden und besonders die Bildung eines neutralen, das Saargebiet und lebenswichtige Teile der Pfalz umfassenden Staates vermieden wird, zumal die von Frankreich gestellten Ansprüche auf privilegierten Kohlenbezug ohne Abtrennung deutschen Landes befriedigt werden könnten.

3. Die Frage, ob die Pfalz mit Bayern vereinigt bleiben soll oder nicht, ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit; sie kann und darf deshalb erst nach Abschluß des Friedensvertrages und nur auf Grund der künftigen Reichs- und Landesverfassungen entschieden werden.“

Es läßt sich denken, wie diese Entschliebung auf General Gérard gewirkt hat. Sie durchkreuzte mit einem Schlag die ganze von ihm so eifrig geförderte „Freie-Pfalz-Bewegung“. Gérard handelte nun wie alle Gewaltpolitiker in solchen Fällen handeln: Die einstimmig gefaßte Entschliebung der pfälzischen Notabelnversammlung durfte in der Öffentlichkeit überhaupt nicht existieren; ihre Veröffentlichung durch die Presse wurde infolgedessen untersagt und der Mann, der diese Kundgebung veranlaßt hatte, mußte vom politischen Schauplatz verschwinden. Gérard ließ also dem Regierungspräsidenten nahelegen, freiwillig die Pfalz zu verlassen. Eine glatte Ablehnung war die Antwort. Sie führte infolgedessen zu jener von

Marschall Foch verfügten Ausweisung des Regierungspräsidenten, die in der Nacht vom 31. Mai auf 1. Juni erfolgte.

Die letzte Tatsache ist bedeutsam. Es ist die Nacht vor dem Speyerer Putsch, jenem denkwürdigen Tag, an dem eine Handvoll Verräter unter dem Schutz französischer Bajonette ein kerndeutsches Land an Frankreich verschachern wollte.

Der Versuch schlug fehl. So lockend hier die Aufgabe wäre, jenen denkwürdigen Tag in seinem ganzen dramatischen Verlauf für alle Zeiten festzuhalten, so geht das über den Rahmen dieser geschichtlichen Einführung hinaus. Begnügen wir uns mit dem Endresultat: Die Hochverräter wurden mit blutigen Köpfen heimgeschickt.

Mächtige Kundgebungen im ganzen Pfälzerland kamen spontan aus dem im Innersten aufgewühlten Volke heraus. So versammelten sich in Speyer am 2. Juni mehr als 10 000 Einwohner auf dem Festplatz, um sich an den Worten ihrer Parteiführer aufzurichten und ganz von selbst stieg aus der Menge wie ein Schwur das Lied empor: „Deutschland, Deutschland über alles.“

Zunächst stand General Gérard hilflos dieser mächtigen Volksbewegung gegenüber, er hielt sich infolgedessen an frühere Vorbilder und kopierte sie. Mehrere der Volksredner wurden ins Gefängnis geworfen, so der sozialdemokratische Redakteur Steffen, ebenso all die Sänger des verpönten Liedes, deren man habhaft werden konnte, unter ihnen der Lehrer Stelzenmüller, der 3 Monate im Gefängnis schmachten mußte, weil seine Schulkinder das Lied gesungen hatten. Der Stadtrat Ober in Speyer wurde wie ein schwerer Verbrecher gefesselt abgeführt und unter brutalen Mißhandlungen ins Gefängnis geworfen, weil er nur im Verdacht stand, Flugblätter treudeutschen Inhalts in seinem Hause verborgen zu haben.

Dies nur eine kleine Auslese aus jener Zeit finsterner Tyrannei. Auch sie hat ihre Vorläufer und ihre Parallelen. Auch die Typen bleiben immer dieselben. Ein Gérard unterscheidet sich von einem Alba oder einem Geßler nur durch den Grad seiner Gewalttätigkeit. Im Zeitalter des ewigen Völkerfriedens und des Völkerbundgedankens wirken allerdings derartige Charaktere deplazierter als zur Zeit der Inquisition.

Immerhin wird das deutsche Volk, das gerade in diesen Tagen durch den Friedensvertrag von Versailles gezwungen wird seine „Kriegsverbrecher“ zu bestrafen, gut daran tun, sich zu erinnern, daß es auch „Verbrecher am Frieden“ gibt. Ob der Völkerbund sich eines Tages dazu aufraffen wird, auch ihre Bestrafung zu verlangen?

Nach der zwangsweisen Abschiebung des Regierungspräsidenten Dr. v. Winterstein, glaubten die Separatisten freie Bahn zu haben, kam ihnen doch die französische Besatzungsbehörde weiter entgegen denn je. Bekanntlich waren in der Pfalz sämtliche politischen Versammlungen verboten. Dieses Verbot wurde so streng gehandhabt, daß es sogar wirtschaftlichen Verbänden unmöglich war, Mitgliederversammlungen abzuhalten. Nur der Bund „Freie Pfalz“ durfte landauf — landab Versammlungen einberufen; niemals dagegen wurde irgend einer anderen politischen Partei eine Versammlung genehmigt.

In demselben „unparteiischen“ Sinne handhabte General Gérard, der in der Öffentlichkeit immer seine „Neutralität“ betonte, die Pressefreiheit. Der Bund „Freie Pfalz“ überschwemmte das Land mit Flugblättern, in denen er Sturm lief gegen die deutsche, bayerische und pfälzische Regierung und mit schamlosen Verleumdungen deren Autorität zu untergraben suchte. Ihre Verbreitung wurde teilweise direkt von französischen Soldaten vorgenommen. Jeder Versuch, ein Gegenflugblatt zu veröffentlichen wurde jedoch mit schweren Gefängnisstrafen geahndet und die Gefängnisse in Speyer, Kaiserslautern, Homburg, Ludwigshafen und Landau werden späteren Geschlechtern davon erzählen, wie mancher brave Arbeiter und Beamte hinter ihren Mauern saß, weil er seine deutsche Gesinnung nicht verleugnet hatte.

Vom 21. Juni an gaben die freien Pfälzer mit „Erlaubnis der französischen Besatzungsbehörde“ eine eigene Zeitung in Landau heraus. Die Geschichte dieser Zeitung bildet wohl das dunkelste Kapitel deutscher Journalistik. Lediglich um der Chronistenpflicht zu genügen, wird sie hier erwähnt. An Verhetzung und Vergiftung der öffentlichen Meinung leistete das Blatt das Menschenmögliche. Dabei war der gesamten übrigen Pfälzer Presse keinerlei Mög-

lichkeit gegeben, gegen diesen Verleumdungsfeldzug in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen. Unerbittlich waltete die Zensur ihres einseitigen Amtes und so war die gesamte öffentliche Meinung der Pfalz monatelang geknebelt und mit knirschenden Zähnen mußte das Pfälzer Volk die trübe Flut der separatistischen Presseerzeugnisse über sich ergehen lassen. Dazu kam noch, daß die Zeitungen durch die französischen Besatzungsbehörden gezwungen wurden, Elaboraten französischer Autoren ihre Spalten zu öffnen, ohne daß ihnen erlaubt war durch irgend eine Bemerkung auf die Quelle hinzuweisen. Diese Presseerzeugnisse segelten dann unter deutscher Flagge.

Daß in solcher Atmosphäre der Explosivstoff sich bedrohlich anhäuft, liegt auf der Hand, zumal dunkle Gerüchte umgingen, daß Haaß und Genossen durch einen zweiten, besser organisierten Putsch versuchen wollten, die Gewalt an sich zu reißen. Durfte man sich da wundern, wenn Regierung und Volk gleichermaßen gegen diesen neuen Gewaltakt ihre Vorbereitungen trafen? Taten sie nicht ihre Pflicht, wenn sie Schutzwachen aus Beamten, Bürgern und Arbeitern organisierten, um vor Ueberraschungen sicher zu sein?

So hatten treue Beamte das Ludwigshafener Postamt besetzt, da man in der Nacht vom 28. auf 29. August einen Putschversuch der „Freien Pfälzer“ befürchtete.

Die angekündigten Haaßisten kamen nicht. Dafür aber drangen in der Morgenfrühe des 29. August französische Kriminalisten unter Begleitung französischer Soldaten in das Postgebäude ein und richteten unter den getreuen Beamten ein Blutbad an, wobei Postverwalter See und Briefträger Funk ihr Leben lassen mußten und Briefträger Groß schwer verwundet wurde. Dank der Verschleierung der französischen Besatzungsbehörde ist das Dunkel jener Mordnacht heute noch nicht vollkommen gelichtet. Aber mögen auch die jetzigen Herren der Pfalz kein Mittel unversucht lassen ihre Soldateska zu entlasten, die Schuld an dem Opfertod dieser beiden getreuen Beamten werden sie niemals von sich abwälzen können.

Einem Beben gleich ging es damals durch das Pfälzer Volk und in ganz Deutschland zitterte die gewaltige Erregung nach. Wie ein Mann legte die Bevölkerung in Ludwigshafen die Arbeit nieder, alle Vergnügungsstätten, Gast- und Geschäftshäuser schlossen ihre Pforten und durch eine 24stündige, vollständige Arbeitsruhe protestierte die gesamte Einwohnerschaft gegen diesen Gewaltakt. Wiederum spürte Gérard, daß er den Bogen überspannt hatte; es mußte ein Ventil geöffnet werden, um der aufgespeicherten Erregung Luft zu machen.

In einer gewaltigen Versammlung der Arbeiterschaft Ludwigshafens wurde der französischen Besatzungsarmee eine Art Ultimatum gestellt, in dem Freilassung der Inhaftierten, sowie Versammlungs- und Pressefreiheit verlangt wurden. Die Forderungen wurden, wenn auch in verhüllter Form, genehmigt und damit endlich dem schwergeprüften Pfälzer Volke die Möglichkeit gegeben, seine wahre Meinung über das zukünftige Schicksal der Pfalz am Rhein zum Ausdruck zu bringen. In riesigen Volksversammlungen zu Frankenthal, Speyer, Neustadt, Landau, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Zweibrücken und Kirchheimbolanden rechnete das Pfälzer Volk mit den Landauer Hochverrättern ab. Wieder war es ein einmütiges Bekenntnis zum Deutschtum, das Redner aller Parteien unter dem Vorantritt des von den „Freien Pfälzern“ besonders gehaßten und verunglimpften Abgeordneten Profit ablegten.

Dieser Septembermonat des Jahres 1919 wird in der Geschichte des Pfälzer Volkes einen Markstein bilden. Eine berufenere Feder wird jene Ereignisse dereinst dem deutschen Volke für alle Zeiten festhalten. Nur als geschichtliches Dokument sei hier eine der denkwürdigen Entschließungen aus jener Zeit niedergelegt:

„Ueber 3000 im Saalbau zu Neustadt an der Haardt versammelte Pfälzer und Pfälzerinnen aller Parteien und Bekenntnisse geloben Treue dem Deutschen Reich heute und immerdar. Es war nicht schwer in guten Tagen zum machtvollen Vaterlande zu stehen. Das arm und schwach

gewordene in seiner bitteren Not zu verlassen, lehnen die deutschen Pfälzer als schmachvollen Vaterlandsverrat mit flammender Entrüstung ab. Unsere übrigen deutschen Brüder und Schwestern fordern wir auf, die Reichstreue der Pfälzer nicht nach einem kleinen Häuflein selbstsüchtiger oder verführter Abtrünniger zu bemessen: Die Pfalz, des Reiches Perle, bleibt deutsch!“

Die herzerhebenden Kundgebungen der Pfälzer fanden freudigen Widerhall in ganz Deutschland. Für den Bund „Freie Pfalz“ bedeuteten sie allerdings den Todesstoß. Einige Wochen noch dauerte sein Totekampf, dann liquidierte er unter wenig rühmlichen Begleitumständen, wobei es unter seinen Führern noch zu peinlichen Auseinandersetzungen kam wegen Verwendung der ihnen aus allen möglichen „Quellen“ zugeflossenen Gelder. Der Geschichtsschreiber hat an diesen internen Auseinandersetzungen nur insofern Interesse, als sich dabei herausstellte, daß einer der Hauptgeldgeber des Bundes „Freie Pfalz“ der französische Oberst Echard war, Vorstand der Section Economique Française in Ludwigshafen, der seinen Fonds wiederum hauptsächlich aus den Strafgeldern speiste, die französische Kriegsgerichte den Pfälzern abnahmen.

Schon vorher, am 12. Oktober, hatte der einflußreichste Protektor des Bundes „Freie Pfalz“, General Gérard, das Fazit aus seiner verfehlten Pfalzpolitik ziehen müssen. Wenn auch seine Abberufung aus der Pfalz mit der Auflösung seines Armeestabes in Verbindung gebracht wurde, so wissen wir doch aus späteren Interviews und französischen Presseäußerungen, daß sein und Mangins Abschied nicht aus militärischen Gründen erfolgte, sondern aus politischen. Jacquots Buch bestätigt nur diese Tatsache.

Mit Gérards Abschied fällt ungefähr zeitlich zusammen das Ende des Waffenstillstandes und das Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages. Damit trat die „Hohe interalliierte Kommission“ als oberste Verwaltungsbehörde des besetzten Gebietes ihr Amt an. So gering die Hoffnungen an sich waren, die man in der Pfalz hinsichtlich der zukünftigen

politischen Freiheiten im besetzten Gebiet hegte, so groß war doch die Enttäuschung als die „Hohe Kommission“ mit ihren Ordonnanzen zum erstenmal sich präsentierte. Der Geist, der aus diesen Ordonnanzen sprach, war kein Geist der Versöhnung und des Ausgleichs, es war der Geist des Siegers, der dem Besiegten den Fuß auf den Nacken setzt und als Recht sanktioniert, was lediglich Ausfluß der Gewalt ist. Hoffen wir zugunsten unserer schwer bedrängten Volksgenossen, daß auch hier die Macht der Verhältnisse sich stärker erweisen wird als augenblicklicher Siegerwillen.

Der Ausblick, den sonach diese kurze geschichtliche Einleitung bietet, ist kein lichtvoller. Dunkel liegt vor uns das Schicksal unserer Brüder über dem Rhein, denn Frankreich hat seine Gelüste auf das linke Rheinufer nicht aufgegeben. Dazu sind sie zu tief eingewurzelt, wie gerade die jüngsten Kammerreden Barrès über die kulturelle und Tardieus über die wirtschaftliche Durchdringung der Rheinlande jedermann gezeigt haben. Ist Frankreich mit der Annexion und der Neutralisierung nicht zu seinem Ziele gelangt, so hofft es jetzt als einziger Retter in der Kohlen- und Lebensmittelnot die Rheinpfalz wirtschaftlich an sich zu fesseln.

Diese Politik der friedlichen Durchdringung unserer Pfalz ist ungleich ernster zu nehmen, als die Putschpolitik eines Gérard. Aber auch ihr gegenüber wird sich das Pfälzer Volk zu behaupten wissen, hat es doch seit den Tagen des Hambacher Festes mit seinem eigenen Blut auf seine Fahnen den Gedanken von des Reiches Einheit geschrieben!

Bleibt das Pfälzer Volk in dieser Abwehr gallischer Raubgelüste einig, einig in sich und einig mit seinen Brüdern rechts des Rheins, dann wird keine Macht auf Erden imstande sein, die schönste Perle, die Pfalz, aus des Reiches Krone herauszuberechnen.

Und nun geben wir Major Jacquot das Wort.

COMMANDANT PAUL JACQUOT

LE GÉNÉRAL GÉRARD

ET LE

PALATINAT

Novembre 1918 — Septembre 1919

« Ce n'est pas l'organisation qui civilise, c'est la civilisation qui organise. »
Elle FAURE — « La Conquête »

LANDAU-STRASBOURG

Imprimerie du Nouveau Journal
de Strasbourg

Original-Titel zum Jacquotbuch.

Am 30. November 1918 marschierte die 8. Armee unter dem Befehle des Generals Gérard in die bayerische Pfalz ein, deren Besetzung sie gemäss den Waffenstillstandsbedingungen vom 11. November 1918 durchzuführen hatte.

Am 4. Dezember zogen General Gérard und sein Stab ohne jede Feierlichkeit in Landau ein.

Am 11. Dezember war die Besetzung der ganzen Pfalz Tatsache geworden.

Vom ersten Augenblicke an hatten unsere Soldaten den Eindruck, in einem reichen, liebenswürdigen, fröhlichen, gastfreundlichen, keineswegs feindlichen Lande zu sein. Der Geschichtskenner hätte dies voraussagen können. Man braucht nur Funk—Brentano und Aulard nachzulesen, um sich davon zu überzeugen, welche tiefen Spuren im Blute und in der Lebensweise der Bevölkerung des linken Rheinufers durch die Politik und die Soldaten der alten Monarchie, der Republik und des Kaiserreiches zurückgelassen wurden.

Sind wir doch im Lande des Freundes Fritz, des Helden Erkmann Chatrians, und ist — Hand aufs Herz — die elsässische Seele so verschieden von der pfälzischen? Vom Belchen bis zur Haardt, vom Belforterloch bis zum Landstuhler Bruch, von den mit Hütten bedeckten Bergrücken aus dunklem Granit bis zu den Trümmern aus rötlichem Sandstein sehen wir eigentlich nichts anderes als ein sich allmählich senkendes Gebirge, als die immer kleiner werdende Schleife im Haare der Frauen, als den wachsenden, hier 50, dort 100 Jahre alten Einfluss Preussens oder Bayerns. Dieselben Dörfer sind es überall, dieselben Kirchtürme, dieselben Weinberge, dieselben gleich Gärten gepflegten Kleinkulturen, dieselben Hopfengirlanden, die gleich einer Feiertagszierde die Straßen schmücken. Wir finden überall denselben individualistischen, demokratischen und kritischen, realistischen

und doch wieder träumerischen Geist. Woraus schließt man, daß man nicht mehr in Weißenburg ist, sondern in Landau?

Die mehr slavischen als germanischen Preußen bezeichneten übrigens diese undisziplinierten und stolzen Deutschen mit einem Spritzer keltischen Blutes in den Adern, die ihnen so wenig glichen, schon seit langem als „Franzosenköpfe“. Und die Geschichte Landaus, wo das große Hauptquartier aufgeschlagen wurde, war eng verknüpft mit den schönsten Seiten der unseren und dem Geschehen unserer schönsten republikanischen Gestalten.

Als im Jahre 1814 der Kanzler Hardenberg beauftragt wurde, für seinen königlichen Herrn einige schöne Stücke rheinischer Erde, welche vom Rheinbund losgelöst waren und „aus Furcht vor der militärischen Strenge der Preußen“ (Treitschke) holländisch werden wollten, wieder zusammenzuflicken, da machte er sich skrupellos ans Werk. Wer weiß, wo er Halt gemacht hätte, wenn ihm nicht der Minister Stadion im Namen des Kaisers Einhalt gebothen hätte mit den Worten: „Jetzt ist's genug, ihr habt schon 10 Millionen Einwohner.“ In einer etwas jüngeren Zeit, von 1848—1860, war trotz der rauhen und willkürlichen Herrschaft Preußens und Bayerns, Westdeutschland, das Rheinland vom Geiste der Insurrektion angesteckt; von unseren Armeen und unseren republikanischen Verwaltungspolitikern war das Land revolutioniert worden; nach 1814 hatte sich darin eine geistige Umwälzung vollzogen. So wurde es denn der breite und mächtige Herd des Liberalismus, welcher aus dem Deutschland der 48er Jahre eine grosse, reiche und friedliche Bundesrepublik gemacht hätte, wenn nicht zum Unglück unseres Landes und der Menschheit Bismarck, gestützt auf die preußische Armee, „mit Feuer und Schwert“ seine Freiheitsbestrebungen erstickt, die demokratischen Verfassungen weggefegt und im Jahre 1859 den verewaltigten und unterjochten Völkerschaften sowie dem bestürzten und ohnmächtigen Europa die preussische Lösung der deutschen Einheit aufgezwungen hätte.

Können wir es vergessen, dass all dies geschah ohne jede Rücksicht auf den Willen der Bevölkerung, kraft dessen, was Wilhelm I. eine „Fügung Gottes“ (Décret de Dieu) und Bismarck „Existenzberechtigung“ nannte (Droit à l'existence)?

Können wir, dürfen wir vergessen, dass dies vor weniger als 60 Jahren geschah? Nicht ganz 10 Jahre vor der Annexion Elsass-Lothringens?

Preussen hatte von 1818—1853 durch seine geschickte Wirtschaftspolitik des „Zollvereins“, der zunächst die mitteldeutschen Staaten und den Süden, hierauf den Norden in seinen Wirkungskreis einbezog, die politische Annexion dieser Staaten vorbereitet trotz ihres widerstrebenden partikularistischen Geistes. Der Handel war der Fahne, dem Richter und dem Lehrer vorausgegangen und hatte es Preussen ermöglicht, in Deutschland die Grundlage für seine Vorherrschaft und den deutschen Imperialismus zu schaffen und zwar als eine „Fügung Gottes“.

Im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, im Namen der Sicherheit des im Laufe des vergangenen Jahrhunderts dreimal verwüsteten und gemarterten Frankreichs, im Namen des Friedens der Welt, konnten wir da nun nicht unsererseits, und zwar aus edleren Beweggründen, den preussischen „Zollverein“ durch unseren „Zollverein“ ersetzen?

Wenn man Preussen die wirtschaftliche Kontrolle der Pfalz, der Rheinlande und Westfalens entziehen würde, die ihm die Vorbereitung und Unterhaltung „seines Krieges“ gestattet hatte, um diese Kontrolle den zivilisierten Mächten oder dem Völkerbunde anzuvertrauen, wäre die Möglichkeit vorhanden, diese Länder von dem Verwaltungsdrucke, dem sie knechtenden, politischen, moralischen und religiösen Zwänge zu befreien und ihnen ihre soziale Selbständigkeit wiederzugeben. Diese Lösung wäre zugleich, man darf dies nicht übersehen, die vornehmste Garantie für den Frieden Europas.

Der französische Administrator, der am 4. Dezember 1918 sein Hauptquartier im Bezirkskommando Landau aufschlug, kannte diese Erinnerungen, diese Geschichte, diese Psychologie, diese Tendenzen sehr wohl. Er gehörte der Schule der grossen Kolonialverwalter an, die vor dem Kriege so sehr die Dankbarkeit Frankreichs sich verdient hatten. Schüler und Mitarbeiter Gallienis in Madagaskar, trat er an seine neue Aufgabe am Rheine mit jenem Weitblick heran, den ihm seine republikanischen Ueber-

zeugungen verliehen. Dazu kam noch die Sicherheit der Methode, die er durch seine lange Erfahrung mit Menschen und Dingen erworben hatte, eine aus seinem Charakter und seinem Temperament entspringende unverwüsthliche und aussergewöhnliche Arbeitskraft, endlich der feste, harte und unabänderliche Wille, seinen heroischen Soldaten jegliche gesetzliche Befriedigung des Sieges und dem gemarterten und beunruhigten Frankreich die grosse Hoffnung auf die notwendige Wiedergutmachung und eine friedliche Zukunft zu geben.

Für die politische Wirksamkeit des Generals waren die grundsätzlichen Voraussetzungen gegeben, wie wir sie oben analysiert haben.

Sein ständiger Gedanke war es nun, daran anzuknüpfen, sie zu verstehen und auszunutzen, um — in direkter Anlehnung an die grossen Verwaltungspolitiker der Revolution — eine Politik einzuschlagen, wie sie dem Geiste Frankreichs, seinem Menschheits- und Gesellschaftsideale, der Grösse seines Sieges und seiner Opfer sowie dem Heroismus seiner Armee entsprach.

Der keltische Geist in der pfälzischen Seele oder, wenn man will, der rein deutsche Geist, der in Frankreich so viele edle Bewunderer hatte, war zwar von der Verpreussung zurückgedrängt, unterdrückt und verunstaltet worden, tot war er jedoch nicht.

Diese Verpreussung war, wie wir gesehen haben, das willkürliche, brutale, verhältnismässig junge Werk der Gewalt, der Zollunion und des Beamtenkörpers gewesen. Die Gewalt war jetzt gebrochen, man brauchte also nur den Kampf aufzunehmen gegen die Beamten und der Pfalz ihre wirtschaftliche Wohlfahrt wiederzugeben. Das durch den Krieg erschöpfte Land hätte dann nicht nur seinen Reichtum wiedererlangt, für den es seine moralische Unabhängigkeit hingegeben hatte, sondern auch seine Freiheit und die Einrichtungen, die es aus Temperament, Instinkt und Tradition ersehnte.

Mehr als eine Politik, eine dreifache Pflicht war es, die dem republikanischen Führer vorgezeichnet war und seine unermüdhliche Tätigkeit erforderte:

1. Die Pflicht, Frankreich und der Welt die höchste Garantie der Sicherheit zu geben.

2. Die Pflicht, der Rheinpfalz wirtschaftliche Wohlfahrt in enger Anlehnung an Frankreich zu verleihen und sie mit Einrichtungen auszustatten, wie sie ihren unterdrückten Bestrebungen und ihrer Eigenart entsprachen. Auf diese Weise sollte die im Prinzip geplante umfassende Liquidation, welche die Vernichtung der industriellen, politischen und wirtschaftlichen Autokratie Preussens mit Anerkennung der Autonomie jedes einzelnen Staates zum Ziele hatte, in französischem Sinne orientiert werden.

3. Die Pflicht, den unheilvollen Geist zu bekämpfen, der im Namen der Organisation und der Kultur die Welt zum Ruin und zum Tode geführt hatte — den preussischen Geist — und die Pflicht an der Gestaltung einer politischen Organisation in Europa mitzuwirken, welche im Frieden die harmonische Entwicklung der von einem Volke der Beute, des Raubes und des Krieges geknechteten, unterjochten und von ihrem historischen und moralischen Sinn abgedrängten Völkerschaften gewährleisten würde.

Auf den folgenden Seiten werden wir uns zu zeigen bemühen, wie General Gérard, der Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen der Pfalz, diese Gedanken zu verwirklichen wusste.

1. Durch Pflege der Sympathien für Frankreich und der an Frankreich anknüpfenden Erinnerungen.

2. Durch moralische Unterstützung der separatistischen Freiheitsbestrebungen („Freie Pfalz“ — D. H.) *) der Bevölkerung und

**) Diese Stelle wirft ein grelles Schlaglicht auf die Entstehungsgeschichte des Bundes „Freie Pfalz“. Eingeweihten war es ja schon längst klar, in welchem Verhältnis der in der Öffentlichkeit immer seine Neutralität betonende General Gérard zu den Trägern dieser Bewegung stand. Hier wird von seinem Generalstabschef Jacquot offen zugegeben, daß die französische Besatzungsbehörde diesen durch die Namen Dr. Haab, Eichhorn, Schenk, Müller, Nickles, Emmerich, Mehlem, Eggersdorf usw. verkörperten separatistischen Bestrebungen offiziell ihre moralische und „effektive“ Unterstützung gewährte. Aus der Fülle des vor uns liegenden Materials wollen wir nur folgende Tatsachen herausgreifen:*

1. Am 8. Juni 1919 wurden die Veranstalter und Teilnehmer des Putsches in Speyer von General Gérard im Hotel

effektive Unterstützung durch eine Wirtschaftspolitik, die — über die Befriedigung vorübergehender Bedürfnisse, unmittelbarer Interessen und eigennütziger Berechnungen hinaus — das Ziel hatte, die Quellen des Reichtums der Pfalz in unseren nationalen Wirkungskreis herein-zubeziehen, um sie dann zu unserem Vorteile fließen zu lassen. Mußte der General sich nicht bewußt werden, daß in einer solchen

„Schwan“ in Landau empfangen; es waren etwa 40 Personen. General Gérard begrüßte die Erschienenen und riet ihnen vor allen Dingen an, über das Mißlingen des Planes in Speyer größtes Still-schweigen zu bewahren; die Zeitungen dürften darüber nichts bringen. Der Plan der „Proklamierung einer neutralen pfälzischen Republik“ brauche deshalb noch nicht aufgegeben zu werden.

2. Am 12. Juni 1919 fand im Offizierskasino Landau eine Vertrauensmännerversammlung des Bundes „Freie Pfalz“ statt, in der General Gérard den Vorsitz führte. In dieser Versammlung wurde die Art und Durchführung einer großzügig einzusetzenden Propaganda für Errichtung einer Republik „Freie Pfalz“ in allen Einzelheiten besprochen.

3. Am 20. und 21. Juni 1919 wurden in der Südpfalz, Bezirk Germersheim und Landau, durch französische Soldaten Flugblätter in großen Massen verteilt, in denen unter den bekannten Anschuldigungen gegen die bayerische und die deutsche Regierung zur Gründung der Republik „Freie Pfalz“ aufgefordert wurde.

4. Seit 22. Juni 1919 erschien mit Genehmigung der franzö-sischen Militärbehörde die Zeitung „Freie Pfalz“, deren Verbreitung in dem ganzen Gebiet der 8. Armee gestattet und begünstigt wurde. Diese Zeitung durfte unbehindert Propa-ganda machen für eine Loslösung der Pfalz von Bayern und dem Reich, während die anderen pfälzischen Zeitungen keinerlei Artikel bringen durften, die gegen diese Loslösung Stellung nahmen.

5. Während also auf der einen Seite die Verbreitung von Flug-blättern, die für Loslösung der Pfalz von Bayern und dem Reich Stimmung machten, von der französischen Militärbehörde direkt gefördert wurde, wurden Personen, die Flugblätter gegenteiligen Inhalts bei sich aufbewahrten, ohne sie weiter zu verbreiten, mit den schwersten Strafen belegt. So wurden die Beamten Keller und Ruß der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen a. Rh. zu je 6 Monaten Gefängnis und 2000 Franken Geldstrafe verurteilt, weil bei ihnen ein

Politik eine moralischere und sicherere Garantie der Wiedergutmachung lag, als wie man sie von der Bezahlung der problematischen Milliarden erhoffen konnte?

Wir werden sehen, welche internationalen Gegensätze in die Erscheinung traten und seine doppelte Aufgabe durchkreuzten,

Flugblatt, das zum treuen Festhalten bei Deutschland auf-forderte, gefunden worden war.

6. In der Zeit, da sämtliche politischen Versammlungen in der Pfalz verboten waren, durften die Anhänger des Bundes „Freie Pfalz“ in Herxheim, Böhl, Ludwigshafen, Mundenheim ungehindert ihre Versammlungen abhalten. Auf der anderen Seite duldete die französische Behörde keinerlei Gegenversammlungen, ja es wurde nicht einmal wirtschaftlichen Verbänden erlaubt, in wirtschaftlichen Fragen eine Versammlung zu veranstalten.

7. Persönlichkeiten, die sich für die Republik „Freie Pfalz“ erklärten, mochten sie noch so anrücklich sein, erhielten Pässe und Reiseausweise, wohin sie wollten und so oft sie wollten; für sie galt keine nächtliche Polizeistunde und keine Beschränkung und wie nutzten das die Anhänger der „Freien Pfalz“ aus, um neue Mitglieder zu gewinnen!

Da hatte zum Beispiel ein Bauer ein Anliegen wegen seines kriegsgefangenen Sohnes. Auf legalem Wege konnte er keine Auskunft erhalten; endlich schickte ihn sein Nachbar zum „Wunderdoktor Haab“ nach Landau, und siehe da, der brachte es fertig. Ein anderer brauchte einen Brückenausweis, seine Frau lag schwerkrank in Heidelberg. Wochenlang hätte es auf dem Dienstwege gedauert, bis der Mann hätte reisen können; da wandte er sich in seiner Herzensangst an den Bund „Freie Pfalz“ und — am nächsten Tag konnte der Mann reisen. — Ein alter Bauer wurde von den Franzosen verhaftet; er stand in dem Verdacht, französisches Heeresgut erworben zu haben. Zwar handelte es sich nur um ein paar Heustränge, aber mehrere Monate Gefängnis und eine hohe Geldstrafe waren ihm sicher. Da wußte der Sohn Rat: 2000 Mark zahlte er in die Kasse des Bundes „Freie Pfalz“, und der Vater wurde freigesprochen.

Und erst in wirtschaftlichen Fragen! Welcher Terrorismus wurde da mit Hilfe der französischen Wirtschaftsämter ausgeübt! Die Tabakproduzenten von Herxheim wußten ja alle, warum sie dem Bunde „Freie Pfalz“ beigetreten waren. Jetzt wurde ihnen kein Tabak mehr beschlagnahmt, sie konnten ihn verkaufen und verschieben, wie sie wollten.

Dieses Kapitel wäre unerschöpflich, doch wir wollen nur ein einziges klassisches Beispiel anführen, wie der Bund „Freie

welch neue Kraft, welchen Hass der Feind daraus zu schöpfen wußte und welche Enttäuschung General Gérard darüber empfand, aber auch mit welcher Vornehmheit des Charakters, mit welch erhabenem Bewusstsein seiner Rolle, welch stolzer Würde er sich in die neue Lage zu schicken wusste und wie er alle erzielten Erfolge

Pfalz“ und die französischen Wirtschaftsämter zusammengearbeitet haben, um die öffentliche Moral in der Pfalz zu korrumpieren.

Am 28. Juni 1919 hatte der Großhändler Jos. Lechner in Herxheim, Mitglied des Bundes „Freie Pfalz“, den Doktor Haaf-Landau ersucht, er möge bei den französischen Behörden für ihn die Genehmigung zur Ausfuhr von 20 Waggon Zwiebeln in das rechtsrheinische Deutschland erwirken. Der Adjutant des Herrn Haaf, Herr Eggersdorf, gab hierauf folgende Antwort:

30. Juni 1919.

Herrn Bürgermeister, Herxheim!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

*Betrifft: Ausfuhrgenehmigung
von Zwiebeln.*

Es wäre am ratsamsten, wenn schnellmöglichst eine Liste aufgestellt würde aller derjenigen Leute, die Zwiebeln ausführen wollen mit Angabe des Quantums. Nach Erkundigung beim französischen Wirtschaftsamt ist es nicht möglich, einem Einzelnen die Ausfuhrgenehmigung für alle Zwiebeln zu erteilen, da kein Monopol geschaffen werden soll.

Bemerken möchte ich noch, daß Aussicht für eine Genehmigung nur besteht, wenn die Betreffenden, welche Zwiebeln ausführen wollen, unsere Bestrebungen mit Geld unterstützen. Der Vorsitzende des Wirtschaftsamtes erklärt, daß sonst keine Genehmigung erteilt werde. Wir bitten deshalb zu veranlassen, daß die Zwiebelinteressenten sofort zusammenkommen, ihr Quantum angeben und zu gleicher Zeit die Summe beifügen, die sie unserem Bunde stiften. Diese Summe muß sofort mit der Eingabe beim Wirtschaftsamt für uns eingezahlt werden. Der Unterzeichnete ist bereit, die Sache am Mittwoch nachmittag beim Wirtschaftsamt in Ludwigs-hafen zu erledigen, weshalb zu diesem Zeitpunkt das Quantum der auszuführenden Zwiebeln anzugeben ist und das Geld einge-

zu erhalten verstand. Er konnte sie nunmehr dem Urteil und der Würdigung der Zukunft anvertrauen mit dem frohen Bewusstsein, seine Pflicht bis zum Ende erfüllt zu haben und die unbesieglige Hoffnung hegen, seine Politik einst Früchte tragen und vielleicht triumphieren zu sehen.



zahlt werden muß. Naturgemäß ist große Eile geboten, da General Gérard am 15. d. M. sein Amt niederlegt.

gez. Eggersdorff.

Ueber die moralische Qualität der „Freien Pfalz“-Männer war General Gérard hinreichend orientiert. Wenn er es trotzdem nicht verschmäht hat, zu diesen minderwertigen, teilweise mit dem Strafgesetzbuch auf gespanntem Fuße stehenden Elementen in Beziehung zu treten, so beweist das nur, daß eben andere Persönlichkeiten, Männer von Charakter und Qualität, für diese separatistische Propaganda nicht zu gewinnen waren.

Kapitel I.

Die Sympathien für Frankreich.

Eine Seite aus Becker.

Nec pluribus impar — An den Rhein, an den Rhein, zieh nicht an den Rhein, mein Sohn — Aufnahme der Soldaten durch die Einwohner — Schwarze Truppen — Militärischer Gruss — Haltung der Truppen — Proklamation des Generals Gérard — Würdigung der Haltung unserer Soldaten durch die pfälzischen Zeitungen — Militärische Schauspiele — Kinder und Soldaten — Französische Lehrkurse — Pfälzische Universität — „Poilus“ und Pfälzerinnen — Lesehallen — Pfälzische Gastfreundschaft — Einweihung der Landauer Lesehalle am 20. Januar 1919 — Die Ausstellung in Zweibrücken am 20. April 1919; Würdigung durch die Pfälzer Presse — Die „Pfälzische Woche“ — Der „Rhin Français“ (Wochenschrift d. H.) und die „Pfälzische Woche“ — Ein französischer Maler in der Pfalz — Musik- und Theater-Propagandavorstellungen.
— Schluß.

Bei einem Landauer Buchhändler entdeckten wir kürzlich zufällig eine neue Ausgabe eines schon alten Buches über die Pfalz. Der Titel des Buches lautet:

„Pfalz und Pfälzer“, von Becker.

Der reiche Text, die alten Stiche, das gediegene Aussehen, die äußeren Zeichen einer soliden, ernst zu nehmenden Literatur ließen uns das Buch aufschlagen. Das Bild des Verfassers auf der ersten Seite — ein blonder, nachdenklicher, ernster Gelehrtenkopf — bestimmte uns das Buch durchzulesen und dann einige Seiten daraus zu übersetzen:

(„Der Typ des Pfälzers ist leicht von dem der anderen Deutschen zu unterscheiden. An Stelle der germanischen Schwerfälligkeit finden wir hier eine gewisse natürliche Haltung;) schon das Aeußere spricht die Erregbarkeit, die Rührigkeit und Gewecktheit des Geistes aus. Angesichts dieser Eigenschaften soll 1793 oder 1794 jener vom Verstande des pfälzischen Bauern überraschte preussische Offizier gesagt haben, dass ein norddeutscher Bauer in einem ganzen Jahr nicht so viel Gedanken und Worte zutage bringe als jener Bauer in einer halben Stunde.

(Der Unterschied im Temperamente und Gemüte zwischen dem Pfälzer und dem Bayern — vom Preussen ganz abgesehen — hat sich bis auf unsere heutigen Tage erhalten, trotz der unaufhörlichen Bemühungen, ihn zu germanisieren. Lange Zeit blühten bei den Pfälzern die Erinnerungen an die Revolution und an Napoleon. So schreibt Dr. Mehlis:) (Dr. M. zitiert Becker D. H.) „Wenn nun auch nicht gerade jeder Pfälzer Bauer seinen Code Napoleon in der Tasche nachführt, so ist doch jeder so ziemlich mit den Bestimmungen desselben vertraut und hält ihn hoch und wert als sein kostbarstes Gut. Man darf die freien Institutionen wohl als Lohn für so viel ausgestandene Drangsale, als Ersatz für so grosse Unbilden betrachten, welche die Pfalz von Frankreich erfuhr. Das Reich hat ihr nie etwas dagegen bieten können, und in den Jahren 1814 und 1815 benahmen sich die Reichstruppen gegen die Pfälzer noch etwas schlimmer als die Kosaken und Kalmücken. Dazu kamen noch die Erinnerungen einer Menge napoleonischer Veteranen an „die Kaiserzeit“, ja Napoleon nahm in den poetischen Illusionen und Fiktionen des pfälzischen Volksgeistes geradezu die mythische Gestalt des alten Barbarossa ein, der nicht sterben könne und einmal wiederkomme.

(Der Kontakt zwischen den bayerischen und Pfälzer Beamten war zuerst ausserordentlich heikel.) Der altbayerische Beamte findet in der Pfalz vieles anders als daheim. Ihn überrascht vor allem der Mangel an Standesunterschieden und Titeln. Es gibt fast keine Adligen mehr in dem Lande oder sie machen, soweit sie noch vorhanden sind, keinen Gebrauch von ihrem Titel. In den Städten spricht man eine Person nicht mit ihrem Amtstitel, sondern einfach bei ihrem bürgerlichen Namen an, und die Titelsucht und der Titelstolz des übrigen Deutschland bieten hier durchaus keinen

Anreiz. Selbst der Unterschied zwischen Bürger und Bauer besteht nicht in einem Lande, wo jeder Bauer sich als Bürger fühlt und auch als solcher angesehen wird.

(Dieser Mangel an Sympathie und Gemeinschaft trat noch am Vorabend des Krieges von 1870 in die Erscheinung. Hat doch Clodwig von Hohenlohe — der spätere Kanzler — 1865 in seinen Memoiren geschrieben: „Das Volk dieser Gegend, welches niemals Zuneigung weder zu Bayern noch zu Deutschland hatte, würde es sehr wohl ertragen, an Frankreich zu fallen.“

Nach 1870 sogar und nach der Deutschen Reichsgründung) vertragen sich Pfälzer und Bayern „so schlecht wie Wein und Bier“. (Die „Franzosenköpfe“ kapitulieren nicht.) Soldat sein heisst im Volksmunde: „Zu den Bayern müssen“ (gerade so wie früher der Familienvater, wenn er von seinem Sohne beim Militär sprach, sagte: „Er ist bei den Preussen“).

Nach Becker („Pfalz und Pfälzer“) *)

Ein anderes Beispiel von der geringen Sympathie der Pfälzer für die Bayern: Im Jahre 1874 liess König Ludwig II. von Bayern das Giebelfeld mit dem Bilde des „Sonnenkönigs“ vom Landauer Stadttor abnehmen und in sein Schloss Neuschwanstein in Bayern verbringen.

Die Stadtverwaltung Landau konnte die Wiedergutmachung dieses vandalischen Aktes erst im Jahre 1903 durchsetzen. Das

**) Die eingeklammerten Stellen finden sich nicht bei Becker. Die Zitate aus Becker sind willkürlich aus dem Zusammenhang herausgerissen. Es kommt Jacquot darauf an, den Eindruck zu erwecken, als ob nach Becker die Pfalz nur ungern im Verbande des Deutschen Reiches leben würde und als ob ihre Sympathien dem westlichen Nachbarn, Frankreich, gehörten. Dem Beckerschen Buche werden somit Tendenzen unterschoben, die es durchaus nicht besitzt. Im Gegenteil, Becker ist begeisterter Anhänger des deutschen Einheitsgedankens und alles andere als franzosenfreundlich. Diesen Becker hat Jacquot natürlich nicht zitiert. Wir holen es nach:*

Es war nur schade, daß der Untergang der Pfalz (1814/15) nicht der Aufgang der Einheit Deutschlands war....

Es ist wahr, der Pfälzer hat jetzt noch (Das Buch „Pfalz und Pfälzer“ wurde 1857, also lange vor der deutschen Reichs-

Giebelfeld des „Deutschen Tores“ wurde wieder an seinen Platz verbracht und die Inschrift „nec pluribus impar“ wieder eingehauen. Die bayerischen Beamten versuchten wohl an Stelle des Wappens der Bourbonen von Frankreich das bayerische Wappen zu setzen; ihre Bemühungen jedoch blieben vergeblich. Die Landauer gaben dem Denkmal seinen ursprünglichen Charakter wieder.

„1904 war schon eine ziemliche Kühnheit nötig, um auf einem Stadttore symbolische an die französische Herrschaft erinnernde Figuren anzubringen“. (Major Watrin Léandre, Stab 8. Armee „Das Deutsche Tor in Landau und seine Skulpturen“. Broschüre. Landau 1919.)

Nach pfälzischen Zeugnissen wollen wir auch ein charakteristisches preussisches Zeugnis anführen, beweist es doch treffend die Tiefe des Abgrundes, welcher den Mann des Westens (Individualist, Weintrinker, Genießer) von dem strengen und harten Manne des Ostens trennt, dem Manne der „kategorischen Imperative“, der in brutalen, disziplinierten und herrschsüchtigen Massen auftritt.

Ein Preuße erschrickt bei dem Gedanken an die Abreise seines Sohnes, der an den Ufern des grossen mächtigen Flusses studieren will, auf dessen lärmenden Wogen die ihm pervers erscheinenden anmutigen Gesänge der westlichen Seele dahinschweben und wo

gründung, geschrieben — D. H.) mehr spezifisch pfälzischen Stolz als den Stolz als Deutschen. Aber leider ist das ja in Deutschland überall so und ist immer so gewesen. Sicherlich würde heute (1857! — D. H.) jeder Pfälzer seinen Lokalpatriotismus dem allgemeinen opfern, wenn es zu einem einigen Deutschland käme....

Prinzessin Elisabeth Charlotte, die spätere Herzogin von Orleans, war das Opfer der Politik, und als ihr Vater nun dennoch seine Pfalz wieder durch die Franzosen in Rauch aufgehen und verwüstet sah, so dass er selbst die französischen Heerführer zum Zweikampf forderte, da mochte der Kurfürst einsehen, wie wenig ihm alle Opfer bei der gefährlichen Nachbarschaft helfen konnten. . . . Frankreich riß ein Stück um das andere vom Deutschen Reich; das Elsass und die Pfalz flehten am Reichstag bei Kaiser und Fürsten, . . . Da brachen die Hunnen und

die Lorelei den Wanderer immer wieder mit dem Sang der „Sappho“ betört.

Er ruft:

An den Rhein, an den Rhein,
Zieh nicht an den Rhein,
Mein Sohn, ich rate dir gut.
Da geht dir das Leben zu lieblich ein,
Da blüht dir zu freudig der Mut.
An den Rhein, zieh nicht an den Rhein,
Mein Sohn, ich rate dir gut.
Dich bezaubert der Laut, dich betört der Schein,
Ein Schrecken fasst mich, ein Graus,
Nun singst du immer am Rhein, am Rhein
Und kehrst nicht wieder nach Haus.

Eine wirkliche Sympathie umgab bald unsere Soldaten, besonders auf dem Lande. Ueberall werden sie glänzend aufgenommen. Die Offiziere haben bei der Unterbringung ihrer Leute keinerlei Schwierigkeiten. Die Einwohner öffnen ihnen weit ihr Haus, in der Gewissheit, nicht belästigt zu werden. Eine alte Frau von Landau verabschiedete sich mit folgenden Worten von einem Soldaten, der bei ihr gewohnt hatte: „Wenn Sie wieder einmal hier vorbeikommen, vergessen Sie ja nicht uns zu besuchen. Für Sie haben wir immer noch eine Flasche Wein und Kuchen. Sie sind jetzt das Kind unseres Hauses.“ („Generalanzeiger“ Neustadt, 2. 4. 1919.) Die Einwohner von Marienthal und Dörrmoschel verlangen Soldaten beim Kontrollloffizier von Rockenhausen. Die besten Beziehungen werden angeknüpft. Nicht selten sieht man,

Vandalen des 17. Jahrhunderts, die Henkersknechte und Mordbrenner des „grossen Ludwig“ wiederholt herein — „der König will, dass die Pfalz verwüstet werde“ —, und das unglückliche, herrliche Land am Rhein und Neckarufer war eine einzige Brandstätte, die Einwohner wurden gemordet und vertrieben. „Rex dixit et factum est“ (Der König sprach und also geschah es) schrieb der vierzehnte Ludwig triumphierend auf seine Münze, als die entsetzlichste Schandtats der Geschichte zu Deutschlands Hohn und Schmach geschehen war.

wie ein die Landwirtschaft liebender „Poilu“ einem pfälzischen Bauern beim Pflügen und Heumachen hilft, oder was er besonders gerne tut, ihm seine Reben schneidet. Diese Sympathie erstreckt sich auch auf die Soldaten unserer Kolonien. „Am 2. April wurden schwarze Truppen in Hambach einquartiert. Die Kinder aus der Umgebung kommen in die Küche der Neger, von denen sie mancherlei erhalten und die sie seit langer Zeit nicht mehr als Feinde betrachten.“ (Paul Caron und Marcel Fontaine „Histoire de la ville de Landau, 1919“.) In den südlichen Bezirken gibt es keinen Bauer, der nicht jeden Offizier, dem er begegnet, respektvoll grüssen würde.

Der militärische Gruss wird unfehlbar *) erstattet von allen, die eine Uniform tragen, eine Amtsmütze, eine sonstige Dienstmütze oder gar nur eine einfache Armbinde: Polizeibeamte, Hotelbedienstete, Angestellte der Gaswerke, Briefträger, Lokomotivführer usw.

„Die wohlwollend gehandhabte Kontrolle der Zivilverwaltung, die Leichtigkeit, mit der die Einwohner eine friedliche Existenz führen können sowie die gute Haltung unserer Soldaten sind angetan, die Sympathien für Frankreich wieder zu erwecken.“

Man kann wohl sagen, dass die Haltung der Bevölkerung mit der der Truppen gewissermassen in Wechselwirkung steht. Die Gefühle der Bevölkerung sind ein Ruhmesblatt für die französischen Truppen. Die Armee fand bei ihrer Ankunft tatsächlich eine angst-erfüllte Bevölkerung vor, welche die schlimmsten Repressalien von den Soldaten befürchtete, die ihre Provinzen verwüstet sahen und während vier Jahren Krieges so vieles mitgemacht hatten. Manche Einwohner hatten in ihrer Furcht ihr wertvollstes Hab und Gut schleunigst über den Rhein gebracht.

Schon der erste Erlaß des Generals Gérard beruhigte sie. Folgende Sätze vor allem flössten ihnen Vertrauen ein: „Soldaten,

**) Warum die uniformierten Beamten in der Pfalz den militärischen Gruss französischen Offizieren und der Fahne gegenüber unfehlbar erwiesen, hat seinen ganz bestimmten Grund, den allerdings Jacquot wohlweislich verschweigt. Wer den von der französischen Behörde befohlenen Gruss nicht erwies, wurde ebenso „unfehlbar“ mit hoher Gefängnis- und Geldstrafe belegt, ganz nach dem Muster von weiland Gessler in der Schweiz,*

Ihr werdet jetzt ein Land besetzen, worauf vor wenig mehr als einem Jahrhundert, dank unserer grossen Vorfahren, unsere drei Farben flatterten. Deren Werk werdet Ihr fortsetzen. Als Sieger werdet Ihr die Hochachtung und die Ehrfurcht dieses Landes erzwingen, wie Ihr die Bewunderung der Welt erzwungen habt; . . . Der Sieg legt Euch Pflichten auf. . . .“ *)

Die Presse machte sich bald zum Echo der Gefühle, welche eine solche Haltung im Lande erweckte.

Ein Deutscher war es, welcher schrieb: „Die Armee hat uns keinerlei Kränkung ausgesetzt, die französische Behörde ist gegen Uebergriffe immer streng eingeschritten, sie ist für uns ein wahrer Segen; Ruhe und Ordnung herrschen.“

„Nirgends vernehmen wir ernsthafte Klagen; es sei dies zur Ehre einer Armee gesagt, deren Soldaten und Offiziere zum grössten Teil aus einer schrecklich verwüsteten Gegend Frankreichs stammen. Diese Leute haben nicht nur ihr Hab und Gut verloren; oft auch sind ihre nächsten Verwandten getötet worden oder sind als Opfer unqualifizierbarer Massnahmen gestorben.“ (Paul Caron u. Marcel Fontaine „Histoire de la ville de Landau“.)

Die militärischen Veranstaltungen, wie: Besichtigungen, Konzerte, Paraden, Aufzug der Wache, Fahnengruss usw., erregen das Interesse und die Neugierde der Bevölkerung. Eine Menge Buben, darunter viele mit der französischen Soldatenmütze, marschieren jedem militärischen Umzuge in Schritt und Tritt voran oder pfeifen

*) *Generalbefehl Nr. 387.*

Soldaten!

Der Sieg hat Euren Heldentaten den Lorbeer aufgesetzt.

Ihr werdet jetzt ein Land besetzen, worauf vor wenig mehr als einem Jahrhundert, dank unserer grossen Vorfahren, unsere drei Farben flatterten. Deren Werk werdet Ihr fortsetzen. Als Sieger werdet Ihr die Hochachtung und die Ehrfurcht dieses Landes erzwingen, wie Ihr die Bewunderung der Welt erzwungen habt.

Der Sieg legt Euch Pflichten auf. Grossherzig im Triumph werdet Ihr diese Pflichten ohne Hass wie ohne Schwäche erfüllen.

Der zerstörenden Wut der Barbaren werdet Ihr die feste und weise Gerechtigkeit unserer befreienden Rasse entgegenstellen.

so laut sie nur können, die *Marseillaise* oder das Lied von der *Madelon*.

Im Quartier verkehren die Kinder vertraulich mit den Soldaten. Ein gewohnter Anblick ist es, an der Schwelle der Türen oder Scheunen, am Abhang einer Böschung oder auf einer Wiese einen „Poilu“ als improvisierten Professor des Französischen — und welch ein Professor! — zu sehen, der sein pittoreskes Wissen einem aufmerksamen Kreise kleiner Jungens mit nackten Beinen und dichtem Flachshaare mitteilt:

„Gib mal acht kleiner Junge... du fragst mich, was „j' m'en fous“ bedeutet! Es heisst auf deutsch „ganz egal“.... Hast du verstanden?“

Fast jeder Pfälzer kann sich auf Französisch verständlich machen. Seinen Wortschatz hat er entweder vom Soldaten, dem unvermeidlichen Hausfreund, oder aus dem Lehrkurse für Erwachsene.

Es gibt keine Stadt und kein grösseres Dorf, wo es nicht einen französischen Lehrer gäbe, einen diplomierten „Poilu“, dessen Kurs eifrig besucht wird. Zur Durchführung seines schweren Amtes verfügt er übrigens über die besten, von der Armee (Unterabteilung des öffentlichen Unterrichts) gelieferten Lehrmethoden (Tafeln von Delmas, Lektüre von Toutey usw.)

Die Dörfer ohne Garnison fühlen sich als Stiefkinder; denn sie haben nicht immer einen Lehrer: „Schicken Sie uns einen französischen Lehrer“, so schrieb der Bürgermeister von Rockenhausen, „wir werden, wenn nötig, die Kosten tragen.“ Die Schüler dieser Kurse erweisen ihren Lehrern oft rührende Aufmerksamkeiten.

Einem unter einer hundertjährigen Tyrannei gebeugten Volk werdet Ihr zeigen, was eine ihrer Macht und ihrer Ehrlichkeit bewusste Nation kann und will und, im Gegensatz zu dem System, das die Kultur verworfen hat, werdet Ihr weder die Sicherheit noch das Eigentum gefährden. Durch Eure Disziplin ebenso wie durch Euren Heldenmut werdet Ihr der Welt ein Beispiel und eine Lehre sein.

Das republikanische Frankreich strahlt nicht nur im Glanze seiner Tapferkeit; es ist und bleibt in der Geschichte das ewige Vaterland des Rechts.

H. Q., den 28. November 1918.

(gez.) General Gérard.
Kommandeur der 8. Armee.

Am 5. März findet ein vom Urlaub zurückgekehrter Lehrer einer Mädchenklasse der Volksschule (Mädchen im Alter von 10—13 Jahren) auf dem Tische des Schulsaales zwei weisse Blumensträuße und folgende Widmung: „Herzlich willkommen in unserer Klasse!“ Einem Sergeanten werden anlässlich seiner Entlassung aus dem Heeresdienst von seiner Erwachsenenklasse in der Winterschule (nahezu 120 Schüler, Männer und Frauen) ein Kunstgegenstand und Blumen überreicht. Einer der Schüler drückt ihm im Namen aller seinen Dank aus sowie das Bedauern über den Abschied. („Histoire de la ville de Landau“.)

Die Lokalpresse hält die Bevölkerung auf dem Laufenden über Tag und Stunde des Unterrichts; sie berichtet über den Erfolg und die Fortschritte: „In Landstuhl liessen sich 4000 Personen für die französischen Unterrichtskurse einschreiben“ („Pfälzer Volksbote“ vom 18. Januar 1919).

„In Kaiserslautern sind 2000 Personen eingeschrieben worden“ („Rheinpfälzer“ vom 11. Januar 1919).

„In Deidesheim werden die Unterrichtskurse von französischen Offizieren abgehalten.... In Germersheim haben die Kurse einen vollen Erfolg....“

Der Bürgermeister von Edenkoben, Herr Knorr, ein Greis von 65 Jahren, erklärt: „Enkel eines französischen Offiziers des grossen Napoleon, rechne ich es mir zur Ehre an, mich als ersten bei diesen Kursen einzuschreiben, um meinen Mitbürgern trotz meines hohen Alters ein gutes Beispiel zu geben.“

In Landau-Stadt unterrichten 12 Lehrer in 10 Wochenklassen 1380 Schüler in 3 Abteilungen. Die Kurse im ganzen Bezirk (Landau, Edenkoben, Herxheim) zählen 3150 Schüler, darunter 1150 Erwachsene.

„Zweimal wöchentlich vereinigt der Kurs der Abteilung III die Lehrer der verschiedenen Unterrichtsanstalten sowie das gebildete Publikum von Landau. Der Kursleiter, Volksschulinspektor Leutnant Domain, von dem wir diese Auskunft haben, hat lebhaften Erfolg mit einigen beifällig aufgenommenen Seiten von Flaubert, Maupassant und Anatole France.“

„Im ganzen unterrichten im vierten Monat der französischen Besatzung über 75 Lehrer in 50 Gemeinden zusammen 9500 freiwillige Schüler.“

„Nur der Mangel an Personal ist schuld daran, dass man den Gesuchen der Bevölkerung nicht im vollen Umfang gerecht werden kann.“ (Halbmonatsbericht März.) Zahlreiche Kräfte: im Heeresdienst stehende Lehrer, Volksschulinspektoren und Professoren, hatten es sich zur Aufgabe gemacht, unsere Sprache zu verbreiten, aber alle wurden unnachsichtlich von der Demobilisierung betroffen und mussten nur zu früh das Werk verlassen, von dem der General die dauerhaftesten und fruchtbarsten Ergebnisse erhofft hatte.

Die Bestimmungen des Friedensvertrages, welche die Rolle unserer Armee auf eine rein zeitliche, ausschliessliche Besatzungstätigkeit beschränkten und die erhoffte Verwirklichung eines autonomen Staates hinausschoben, gestatteten nicht die Durchführung der vom kommandierenden General sorgfältig geprüften Pläne, insbesondere die Organisation von öffentlichen Vorträgen, die Errichtung von technischen Schulen sowie die Gründung einer Universität in Kaiserslautern als Ersatz für Heidelberg und München.

Der Regierungspräsident der Pfalz selbst, Herr v. Winterstein, überreichte dem General in einer mit guten Unterlagen versehenen vollständigen Abhandlung den Plan einer Universität für die vergrösserte Pfalz, deren etwa mögliche Grenzen er genau untersucht hatte und deren erster Beamte er wohl zu werden hoffte für den Fall, dass der Friedensvertrag das linke Rheinufer vom übrigen Deutschland loslösen würde.

Er schloß seinen Bericht mit folgenden Zeilen: „Am Tage, an dem die Pfalz 2 Millionen Einwohner haben wird und eine entsprechende Steuerkraft, wird Veranlassung sein, an die Gründung einer bedeutenden Universität unverzüglich heranzutreten.“ (Bericht des Herrn v. Winterstein an General Gérard vom 8. April 1919.) *)

*) Am 1. April 1919 hatte der Regierungspräsident den militärischen Befehl erhalten, über die von General Gérard ins Auge gefasste Errichtung einer Universität für die Pfalz, und zwar zunächst mit einer theologischen, rechtswissenschaftlichen, philosophischen und naturwissenschaftlichen Abteilung sich gutachtlich zu äussern. Der Regierungspräsident erstattete den Bericht und kam zu dem aus der Natur der Sache sich ergebenden Schlusse dass der Gedanke der Schaffung einer pfälzischen Universität sich nicht zur Verwirklichung eigne; die Lebensfähigkeit der Hoch

Bei dieser Studie der „Sympathien für Frankreich“ dürfen wir die Erfolge unserer Soldaten beim weiblichen Geschlecht nicht mit Stillschweigen übergehen. Sie sind sehr real und leicht zu konstatieren. Ein humorvoller Journalist konnte darüber in köstlicher Weise schreiben: „Die Soldaten, die nicht ins Kino gehen und nicht Musik hören wollen, wissen ihre Zeit sehr wohl zu verbringen. Ich bin den Pärchen zwar nicht nachgegangen, welche in der Dämmerung unter den Kastanienbäumen der Queich dahinwandelten, um in diskreter Weise die in Dunkel getauchte Ebene zu erreichen. Aber ich weiss, was ich von so manchem Idyll zu halten habe, das ich von meinem Fenster aus sich abspielen sah, über das Gitter eines Gartens hinweg oder durch den Efeu eines Gartenhäuschens. Dabei halfen weniger Zitate aus „Hermann und Dorothea“, als das Spiel der Gebärden. (F. Monneja, Kriegsberichterstatte des „Temps“.)

In den Städten allerdings sind gewisse Beamte damit beauftragt, die Moral der Frauen zu überwachen. Viele junge Mädchen verheimlichen daher ihren „Flirt“ und erwarten die Nacht, um ihren „Poilu“ in den Gärten zu treffen, welche die Stadt mit einem breiten, diskreten Schattenrand umgeben; auf dem Lande dagegen verschwindet diese Furcht und sehr häufig sieht man in der Nachbarschaft der Soldatenmütze (Calot) hinter den Rebstöcken am Rande der Getreidefelder und der Hecken oder unter den Apfelbäumen gleich einem roten oder blauen Schmetterling die Bandschleife flattern — kleinere Auflage der grossen Elsässerschleife —, die den einfachen und graziösen Schmuck bildet der blonden, reichgelockten Haare der Pfälzerin mit den Kornblumenaugen,

schule müsse schon wegen der unzureichenden Bevölkerungsziffer der Pfalz und der daraus sich ergebenden geringen Frequenz in Abrede gestellt werden. Anders wäre die Sache, wenn vielleicht einmal die Pfalz eine Bevölkerung von etwa 2 Millionen aufweise. Für diese Bemerkung war lediglich der Gedanke massgebend, dass aus einer etwaigen künftigen Neuregelung der staatsrechtlichen Verhältnisse der einzelnen Länder im Verbands des Deutschen Reiches „eine vergrösserte Pfalz“ hervorgehen könnte, die dann — aber nur dann — eines eigenen geistigen Mittelpunktes in der Gestalt einer Universität bedürfte.

Die Jacquotsche Darstellung ist also mehr als schief.

den nackten Armen, dem viereckig ausgeschnittenen geblumten Leibchen und dem koketten grünen Schürzchen.

Diese „Sympathie“ ist dem Bischof von Speyer und seinem Generalvikar wohl bekannt. Ohne Zweifel wurde sie ihm von den Pfarrern gelegentlich seiner Firmungsreisen mitgeteilt. Man muß sogar glauben, daß die Pfarrer diese Tatsache sehr nachdrücklich betont haben, denn der Generalvikar schließt mit den Worten: „Ihre Aktion wird unwiderstehlich, ich merke es wohl an der großen Anzahl von Heiratsgesuchen. Haben sie Geduld.“ *)

In Speyer allein schätzt unser Nachrichtendienst im neunten Monat der Besetzung auf mindestens 200 die Zahl der ... französisch-pfälzischen Geburten.

Die Pfalz hat keine großen Städte wie Köln, Mainz oder Wiesbaden, wohin infolge des regen Geschäftslebens, der vielseitigen Zerstreung die Fremden zusammenströmen und diesen Städten einen gewissermaßen internationalen Charakter verleihen.

Landau, Neustadt, Speyer usw. sind Rheinstädte mit ruhigem gemütlichem Leben.

Das „Garnisonsleben“ ist dort notgedrungen ein wenig eintönig. Offiziersheim, Kasino und Vorstellungen des Armeetheaters in der Festhalle bilden die einzigen Zerstreungen. Man kann jedoch recht oft beobachten, daß bürgerliche Familien: Händler, Grundbesitzer, Kaufleute, Fabrikanten und Abgeordnete sich bemühen, in ihren Familienkreis die bei ihnen wohnenden französischen Offiziere hereinzuziehen, die ihnen am wenigsten reserviert, kalt und voreingenommen erscheinen. Wir kennen so manchen Kameraden, der sich zwar gelobt hatte, keinen Verkehr zu pflegen, in kalter und stolzer Würde, der aber doch allmählich der Versuchung erlag, durch andauernde Freundlichkeit, wiederholte Einladungen sowie die Aussicht auf einen erleuchteten Salon, in dem man von der „Republik“ sprechen würde und wo zwischen zwei Stücken französischer Musik die erlesensten Gewächse vom Rhein

*) *Dazu folgende zuverlässige Information:*

„Tatsächlich sind keine Heiratsgesuche bei der kirchlichen Behörde eingelaufen, da Ehen französischer Militärs mit Deutschen durch die französischen Behörden verboten wurden. Auch diese Äußerung hatte einen anderen Sinn.“

abwechselnd mit einem Gläschen Kirschwasser vom besten kredenzt würden.

So haben wir bei einem dieser Abende gesehen, wie ein Rechtsanwalt, früherer Vorsitzender des „Arbeiter- und Soldatenrates“, einflußreiches Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, *) eine bei ihm wohnende Künstlerin vom Armeetheater inständig bat, unsere herrliche *Marseillaise* zu singen. Die Künstlerin sang sie die *Marseillaise* und mit welcher Begeisterung! Und als wenn der Advokat ganz Deutschland zum Zeugen seines Aktes hätte nehmen und die eingeschlummerten Echos der Hambacher Wartburg (freiheitliche Kundgebung in der bayer. Pfalz im Jahre 1832) hätte wieder aufwecken wollen, öffnete er die Fenster, alle Fenster. Der gewaltige und mächtige Gesang drang hinaus in die laue Nacht und lange lange schien er dahinzufloten, wie eine Herausforderung, wie ein Appell, dahin über die stillen Ebenen, wo die Dörfer schliefen, der im Dunkel der Wälder und der Nacht daliegenden Haardt zu, welche den Horizont mit ihren Burgruinen umsäumte. ...

Als der Beifallsturm sich gelegt hatte, schwiegen wir und waren ein wenig verlegen. Der Rechtsanwalt, der unsere Gedanken erriet, unterbrach die Stille mit den Worten: „Die Kunst hat kein Vaterland und übrigens, findet sich ihre *Marseillaise* nicht auch bei Schumann? Luise, spiele doch den Herren die Stelle von Schumann“....

In der Hauptstadt eines jeden Bezirkes befindet sich eine von der Armee eingerichtete Lesehalle. Den geistigen Hunger der Pfälzer suchen sie mit den aufgelegten Zeitschriften, Broschüren und Propagandaschriften zu befriedigen, die unter den nachsichtigen Augen des Wachtpostens von den Kindern wegen der darin befindlichen Bilder immer wieder weggenommen werden! „Die Pfälzer können an den Wänden und auf den Tischen die, ach

*) *Feibelman und Goldberg (siehe Seite 101) können niemals als „einflußreiche Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei“ angesprochen werden. Irgend ein Mandat im Auftrage dieser Partei zu sprechen, haben sie nie gehabt.*

so erschütternden Photographien sehen, welche die Belgien und Frankreich von der Nordsee bis Belfort durchschneidende Ruinenkette veranschaulichen.“

Um diesen Lesehallen einen Anziehungspunkt mehr zu geben, erbat der Generalstab die örtliche Mithilfe. Die Pfalz war früher französisch. Landau war es während zweier Jahrhunderte; zahlreich sind daher die Dokumente, welche aus den Schubladen und den Archiven hervorgeholt und unseren Lesehallen geliehen oder geschenkt werden.

Am 20. Januar 1919 werden alle diese Dokumente in einer Art Ausstellung zusammengestellt, welche General Gérard eröffnet. Die Armeezeitung der Pfalz enthält einen Bericht über diese Feierlichkeit und zeigt uns, was dieser kurze Rückblick auf zwei Jahrhunderte französischer Geschichte zu bedeuten hatte. (Seite 35 und 36 Beschreibung der Ausstellung: Stadtplan von Landau aus dem Jahre 1697, alte Stiche und Bilder usw. D. H.)

Die Bevölkerung drängt sich neugierig zu dieser Ausstellung, welche die alte Anhänglichkeit ihrer Stadt an Frankreich wieder in die Erinnerung ruft.

Viele rechnen es sich zur Ehre an, ihre Vorfahren auf der Ehrentafel einschreiben zu lassen, welche die Armee den während der Kriege der Revolution und des Kaiserreiches für Frankreich gestorbenen Pfälzern gewidmet hat. Jede Familie erhält dann zur Weihe dieser kostbaren Erinnerungen ein vom General unterzeichnetes, hochkünstlerisches Diplom. Die auf die Initiative des Generals Lebrun hin sattgefundene Ausstellung in Zweibrücken zählte 500 Aussteller; sie hätte durch die Rührigkeit des Oberstleutnants Nikolas 4000 vereinen können, wenn sich nicht unser bekannter bürokratischer Zopf dem entgegengestellt hätte. Es war dies die erste französische Kundgebung wirtschaftlicher Art im besetzten Gebiete. Sie hatte einen Erfolg, den man bei der geringen Bedeutung der Stadt nicht hätte erwarten können. Ihr Glanz drang weit hinaus über die Grenzen der Pfalz.

Eröffnet wurde die Ausstellung am 20. April 1919 vom Kommandierenden General der 8. Armee, Gérard, in Gegenwart sämtlicher deutschen Behörden der Stadt. Der Präsident des

Oberlandesgerichtes von Ziegler *) begrüßte den General im Namen der Justizverwaltung, Bürgermeister Rösinger *) im Namen der Stadt; sie versicherten ihm nachdrücklich ihre Mitwirkung bei diesem Werke gerechter Verwaltung. Dr. Barth, Chemiker von Landau, schloß seine Ansprache mit den Worten: „Auch ich bin überzeugt, daß die Ausstellung die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern begünstigen und fördern wird.“

Die Lokal- und Provinzpresse widmete dieser Darbietung von Kunst, Geschmack und Eleganz wiederholt lange Artikel. Einer dieser Artikel (von einem französischen Offizier geschrieben D. H.) zitierte in fetter Schrift (eine reizende Aufmerksamkeit) folgenden Ausspruch Goethes: „All dies erschien uns wie eine ferne Vision von Paris und rückte uns die Stadt in greifbare Nähe“.... Der Artikel schloß mit den Worten: „Sicher werden viele Pfälzer die Ausstellung besuchen, um für die Erzeugnisse der französischen Industrie Verständnis zu bekommen. Notwendigerweise wird dadurch eine Annäherung herbeigeführt und die friedlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern werden dadurch gefördert werden.“ (Pfälz. Merkur vom 28. 4. 1919.)

Der Kommandierende General der 8. Armee hatte die Absicht, die Ausstellung als Wanderausstellung in den größeren Städten der Pfalz zu wiederholen. Er beabsichtigte ferner die Einrichtung von Mustermessen; da es jedoch scheinbar unlogisch war, die

**) Die Herren Oberlandesgerichtspräsident v. Ziegler und Bürgermeister Rösinger äußern sich hierzu:*

1. Oberlandesgerichtspräsident v. Ziegler:

„Meine Ansprache erfolgte nach wiederholtem Befehl des Generals Gérard, eine Ansprache zu halten. Seine erste Aufforderung lehnte ich ab mit dem Bemerkten, daß ich nicht politischer Beamter sei, worauf er mir durch einen Offizier erwidern ließ, ich hätte zuerst eine Ansprache zu halten, dann der Bürgermeister.“

Ich habe lediglich dabei zum Ausdrucke gebracht, daß die pfälzischen Justizbehörden bestrebt sein werden, wie bisher das gute Einvernehmen mit der französischen Armee aufrechtzuerhalten. Von einer „Mitwirkung bei dem Werke gerechter Verwaltung“ habe ich nicht gesprochen.

Die Beteiligung an der Feier war keine freiwillige, sondern geschah zufolge Aufforderung der französischen Behörde.“

Durchführung einer Handelspropaganda den „Militärs“ zu überlassen, wartete die Pfalz auf „die berufenen Handelsfachleute“. Sie wartet heute noch darauf, während indessen unsere amerikanischen und englischen Verbündeten, ob sie nun Militärs sind oder nicht, ihren Aufenthalt in den Rheinlanden mit Vorteil zur Erweiterung ihres Kundenkreises benützen!

Die vom Publizisten R. Bouchard-Straßburg redigierte und herausgegebene Zeitschrift „Pfälzische Woche“ ist unter den Auspizien des Generalstabes kaum gegründet, als auch schon die Mitarbeiter sich herandrängen: Dichter von Ludwigshafen oder Berlin, Schriftsteller von Germersheim, Homburg und Zweibrücken. Der Zweibrücker Korrespondent legt zur Illustrierung seines Artikels über Zweibrücken und Umgebung eine Photographie bei. Sie zeigt uns den beweglichen Schatten unserer auf einem Nachbargebäude wehenden Fahne, die, je nach den Launen des Windes und der Sonne, die finstere Gestalt eines bronzenen, nachdenklichen Bismarck in der straffen Preußenuniform und mit wuchtigem Helme bedeckt und dann wieder freigibt...

Die deutschen Buchhändler machen der Ausstellung und dem Verkauf der Zeitschrift (Pfälz. Woche D. H.) nicht die geringsten Schwierigkeiten: Der erste Buchhändler von Ludwigshafen, H...., empfiehlt aus eigenem Antriebe die Lektüre und fördert ihre Verbreitung durch Annoncen in den pfälzischen Hauptblättern.

2. Bürgermeister Rösinger:

„Als die Feier zur Eröffnung der Ausstellung bereits im Gange war, kam plötzlich der Militärverwalter, Herr Oberstleutnant de Préval, nachdem er vorher mit Herrn Oberlandesgerichtspräsident v. Ziegler wiederholt Rücksprache genommen hatte, zu mir und teilte mir mit, Herr General Gérard verlange, daß ich nachher als Vertreter der Stadt Zweibrücken einige Worte spreche.“

Angesichts dieser Sachlage mußte ich dem Auftrage nachkommen und habe dann anschließend an die Worte des Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten etwa folgendes ausgeführt:

Herr General! Ich habe die Ehre, im Namen der Stadt Zweibrücken zu sprechen. Ich freue mich, daß Herr General hierher gekommen sind und die Ausstellung eröffnet haben. Ich hoffe, daß auch fernerhin zwischen der Besatzungsbehörde und der Stadtverwaltung dieselben Beziehungen bestehen werden wie seither.“

(Anderes Beispiel dieser Anpassungsfähigkeit des pfälzischen Buchhandels: In Rotlingen (Reutlingen [Württemberg] D. H.!) hat die Buchhandlung Enßlin einen „französischen Sprachführer“ herausgegeben. Das Deckblatt ist geschmückt mit den Farben der Trikolore und ineinander verschlungenen französischen und deutschen Fahnen [Contrôleur].)

Einen derartig guten Willen werden wir nicht immer bei den französischen Verkäufern finden. So mancher von ihnen lehnt den Verkauf der „Pfälz. Woche“ ab, weil darin Reklame für den „Petit Parisien“ gemacht wird und er für das „Echo de Paris“ verpflichtet ist. Von der Haltung des „Rhin français“ gegenüber der „Pfälz. Woche“ wollen wir nicht weiter sprechen. Der Lancierungsartikel enthält folgende Worte: „Die Pfalz“ oder vielmehr die „fröhliche Pfalz“, wie sie vom Volke genannt wird, erfreut sich einer bevorzugten Lage auf dem linken Rheinufer. Zu allen Zeiten ist sie die große Handelsstraße gewesen und das Bindeglied zwischen Nord- und Südeuropa. Sie ist mit Wasserläufen geradezu glänzend versehen; sie besitzt verhältnismäßig reiche Schätze über und unter der Erde und erfreut sich eines für den Anbau vieler Pflanzen günstigen Klimas. All diese Bedingungen verleihen der Pfalz eine der Arbeitsamkeit seiner Bewohner entsprechende Wohlfahrt. Dazu kommen nun die sagenhaften Schönheiten des Landes: Das Haardtgebirge mit seinen malerischen Plätzen, seinen romantischen Tälchen, seinen immer noch imposanten alten Burgen, deren Ruinen Zeugnis ablegen von der bewegten Geschichte des Landes, der rauhe und etwas wilde Westrich, die sonnigen mit Weinbergen bedeckten Hügel, welche den goldenen Wein, den Stolz des Pfälzer Winzers, hervorbringen.

Die Pfalz ist also eine Gegend, die man kennen muß, und die es verdient bekannt zu werden.

Die Zeitschrift „Pfälzische Woche“ hat dieses Ziel und nimmt sich vor, die Pfalz im Auslande, besonders in Frankreich, beliebt zu machen. (Paul Caron.) Die Zeitung des Abbé Wetterlé nimmt diese Zeilen zum Vorwand, um sich mit einer heftigen, kleinlichen, jeglichen Weitblicks entbehrenden Ironie gegen eine Art nationaler Propaganda zu wenden, welche den französischen Einfluß in der Pfalz mitzufördern wagte! Der Abbé wollte der Zeitschrift das Brandmal des Wortes „Boche“ für immer aufdrücken; das mußte

natürlich unbeantwortet bleiben — das beste Mittel, der beginnenden Polemik ein rasches Ende zu machen!

Dasselbe bewundernde Interesse zieht zahlreiche Pfälzer zu der Ausstellung der Werke des Malers Balande von den „Artistes Francais“, dessen kühne persönliche Pinselführung und kräftige koloristische Manier mehr überraschen als interessieren. Und hier auf dem Gebiete der Kunst und im rein Geistigen, wo äußerer Zwang ihn nicht erreichen kann, nimmt der Pfälzer, als guter Deutscher, seine stille, kühne, man könnte fast sagen etwas anarchistische Revanche für die Tyrannei der Behörden auf dem Gebiete der Politik und der Verwaltung: „Meine Gedanken gehören mir, mir ganz allein und ich schulde Ihnen darüber keine Rechenschaft“, so antwortete der wegen des Verdachtes separatistischer Ideen verhaftete Landauer Rechtsanwalt Feibelman dem Staatsanwalt von Mannheim.

Der von dem Maler Balande hervorgerufene Eindruck war so stark, daß er nicht nur zahlreiche Angebote für seine Bilder erhielt, sondern sogar unter den pfälzischen Malern Schule machte. Seitdem haben wir wiederholt von seinem Geiste unmittelbar beeinflusste Bilder und Aquarelle ausgestellt gesehen.

Leider war unseres Wissens Balande der einzige Künstler, der die Pfalz bereiste, wo doch so viele Plätze, Erinnerungen, Sagen und Sitten verdienen würden, „à la française“ behandelt zu werden.

Den gleichen Erfolg hatten ferner die Theater-Propagandavorstellungen (die Vorstellungen werden von der Lokalpresse bekanntgegeben, und häufig findet man Artikel folgender Art: „In Neustadt reißt man sich um Karten für die beiden Vorstellungen des Theaters Porte St. Martin“ [„Generalanzeiger“]), die vom Orchester der Armeegruppe Fayolle gegebenen öffentlichen Konzerte und die von französischen Offizieren gehaltenen literarischen Vorträge in deutscher Sprache, lauter Darbietungen, welche der Lokalpresse Anlaß zu eingehender und oft lobender Würdigung gaben (z. B.: Vortrag in deutscher Sprache über Heine und Musset von Leutnant Anescout vom 7. Schützen-Regiment). Wachen wir jedoch, dies sei nebenbei gesagt, wachen wir aufmerksam darüber, daß diese Theatervorstellungen aus Achtung vor der moralischen Würde unseres Landes sowohl als auch mit Rücksicht auf

die Kunst etwas mehr und Besseres sind als Vorstellungen zufällig anwesender Theatergesellschaften, die manchmal so gerne den Boulevard du Rhin . . . mit dem anderen verwechseln!

Die Fahne, deren Schatten in Zweibrücken über der Statue Bismarcks zittert und die man nur noch mit einem Fanfarengruß aufzieht, ist von einem zärteren, empfindlicheren und leichter brüchigen Stoff als irgendwo anders; vergessen wir das nicht, wenn wir wollen, daß sie geliebt und geachtet sei.

Dies war also der „Honigmonat“ der französischen Besetzung. Sympathie und Empfang, wie ich sie geschildert habe, waren zum großen Teil die Folge der guten und wunderbaren Haltung der Soldaten der 8. Armee, ihres ausgezeichneten Geistes und ihres instinktiven Begreifens der Situation. Wer von ihnen hätte sich nicht vorgenommen, beim Einzug in das verfluchte „Vaterland“ des unbarmherzigen Eindringlings alles zu verwüsten, zu zerschlagen, zu zertreten und zu schänden! Und siehe da: entwaffnet von dem unerhofften, immer korrekten, oft herzlichen und gutmütigen Empfang — voll Zuvorkommenheit, Manieren, Worten und Gebärden, wie man sie in Frankreich findet — vergaß er, überrascht und beinahe gerührt seinen alten Groll, seinen Zorn und seine Rachlust. Er begann das milde, fruchtbare, reiche und üppige Land so ein bißchen zu lieben. Gleich es doch mit seinen freundlichen Bewohnern, seiner einnehmenden und jovialen Fröhlichkeit, seinen artigen und lachenden Töchtern, seinen Rebenhügeln, seinem ruhigen Himmel und seinen schlanken Türmen den vertrautesten, liebsten und anziehendsten Bildern der Heimat, welche er verlassen hatte, um am Rhein „auf Wache“ zu ziehen.

Diese friedliche Durchdringung mußte über kurz oder lang die alten demokratischen Instinkte der pfälzischen Seele wiederbeleben, deren Freiheitskundgebungen s. Zt. niedergesäbelt worden waren von den in einem unfruchtbaren, sandigen Heidelande wohnenden Männern des Ostens: harten, armen, disziplinierten und gewalttätigen Prusso-Slaven.

Das Entstehen und die Entwicklung dieser neuen Gefühle werden wir in den folgenden Blättern miterleben.

Kapitel II.

Stimmung im März und April 1919.

I. Die Bevölkerung.

Beziehungen zu den Franzosen — Politische Gespräche — Wirtschaftspolitik des Kommandierenden Generals der Besatzungsarmee — Wirtschaftsabteilung der 8. Armee — Die Badische Anilin- und Sodafabrik — Finanzpolitik — Die wirtschaftlichen Hilfsquellen des Landes — Französisches Lebensmittelamt — Arbeitslosigkeit — Gemeinsame wirtschaftliche Massnahmen der Alliierten — Bedauernswerte Zentralisierung — Moralische, wirtschaftliche und politische Folgen — Verwaltungspolitik — Republikanische Politik — Versammlung vom 22. Februar 1919 und Rede des Abgeordneten Hofmann — Versammlung des Notabelnrats vom 31. März 1919 — Stimmung und Wünsche der Masse.

II. Die Presse.

Allgemeincharakter — Organe der Regierungssozialisten — Organe der Deutschen Demokratischen Partei — Organe der Deutschen Volkspartei — Organe der Bayerischen Volkspartei — Bayerische Presse — Schluss.

III. Die Parteien.

Haltung der sozialdemokratischen und konservativen Parteiführer — „Die Rallierten“ (als „ralliés“ werden in Frankreich die mit der Republik ausgesöhnten Monarchisten bezeichnet. Dies will auf die Verhältnisse der Pfalz angewendet werden. D. H.) Die Republikaner.

I. Die Entwicklung dieser herzlichen Beziehungen wurde gefördert durch das Vertrauen, welches die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe durch unsere Truppen hervorrief; ferner durch die räumliche Trennung von der deutschen Armee und das Ende ihres militärischen Ansehens, durch die Unsicherheit und die Wirren im rechtsrheinischen Deutschland; durch die Kommunistenexzesse in Bayern; durch die wohlwollenden Anordnungen der französischen Militärbehörde mit ihren strengen, jedoch wenig schikanierenden Maßnahmen. Begünstigt wurde sie ferner durch Versprechungen wirtschaftlicher Art, welche jetzt schon angedeutet werden konnten; durch das Echo, das die aus bester Quelle stammenden politischen Ideen fanden und endlich durch die regelmässigen Artikel der grossen französischen Presse über das künftige Geschick der Rheinlande.

Die Beziehungen zwischen Offizieren und Notabeln werden immer enger, häufiger und intimer. Ihre Gespräche, besonders die vertraulichen, bewegen sich stets in derselben Richtung. Infolgedessen tauchen denn recht bald die ersten annexionistischen Ideen auf, hauptsächlich bei den Leuten, die durch ihre unmittelbaren Interessen, ihre Familien- oder Handelsbeziehungen instinktmässig zu Frankreich sich hingezogen fühlten. Die ersten Unterhaltungen dieser Art behandeln die Frage der glatten Annexion, zum mindesten aber der Annexion von Landau und der südlichen, eng mit Elsass-Lothringen verbundenen, besonders mit französischen Traditionen durchdrungenen Bezirke. Nicht selten kam es hier vor, dass in den Dörfern französische Offiziere mit dem Rufe „Es lebe Frankreich“ empfangen wurden (Gegend Dahn und Bergzabern).

Von jetzt ab vergeht kein Tag, an dem das Hauptquartier nicht persönliche Bittschriften für die Annexion erhalte, bald für ein Dorf, bald für eine Stadt oder einen Bezirk.

Bei einer in einem Landauer Hotel stattgefundenen Notabelnversammlung wurde einem französischen Offizier klipp und klar gesagt, dass ein Referendum der Bevölkerung von Kandel, Bergzabern, Dahn, Germersheim und Landau fast sicher zugunsten Frankreichs ausfallen würde, wenn diese Bevölkerung durch den Willen der Alliierten dem Einfluss der mit Drohungen arbeitenden Beamten und einiger notorischen Alldeutschen entzogen würde und wenn sie frei über ihr Geschick entscheiden könnte.

Wenn auch der General für einzelne Träger dieser Wünsche Sympathien hatte, so liess er es doch nicht bei der Beachtung der Bestrebungen eines zu engen Kreises bewenden, zumal dieser Kreis keineswegs die allgemeine Stimmung der Bevölkerung repräsentierte. Dagegen liess er diese Personen wissen, dass es besser wäre, von ihren persönlichen Ideen und Gefühlen abzusehen, da sie den Massen zu wenig vertraut seien und nicht offen diskutiert werden könnten; sie sollten sich vielmehr einer fester umrissenen Idee anschliessen, welche dem Temperament der Pfälzer, ihrem Charakter, der Geschichte ihres Landes, den revolutionären Erinnerungen, dem rein deutschen Geist sogar (der doch dem preussischen Geist so überlegen und entgegengesetzt ist) entsprechen würde: der Idee nämlich einer autonomen, von Bayern und Preussen getrennten Republik.

In dieser Zeit hegen nur gewisse, der preußischen Kultur ergebene hohe Beamte: Akademiker, Justiz- und Verwaltungsbeamte usw., feindselige Gefühle gegen Frankreich. Allerdings lassen sie dieselben nicht merken. Industrie und Handel halten zurück, je nachdem sie für ihre Interessen besorgt sind.

Die Masse der Bevölkerung hat sich an unsere Gegenwart gewöhnt und lässt sich leicht von den Vorteilen der Okkupation sowie einer etwaigen Annäherung an Frankreich überzeugen, die, wie jedermann einzusehen beginnt, kommen muss, ohne noch zu wissen, wie weit sie gehen wird.

Folgende Punkte bilden die Grundlage für die Wirtschaftspolitik des Kommandierenden Generals:

1. Die vom Präsidenten Wilson hinsichtlich der territorialen Regelungen formulierten allgemeinen Prinzipien: „Jegliche territoriale Regelung darf nur geschehen im Interesse der in Frage kommenden Völkerschaften; sie darf nicht Gegenstand sein eines Vergleiches oder Kompromisses zwischen rivalisierenden Staaten.“ (Rede vom 11. Februar 1918.)

2. Die historischen und militärischen Tatsachen. Sie fordern die Regelung der rheinisch-pfälzischen Frage im Sinne der Sicherheit des Westens und des Weltfriedens ohne Verletzung jedoch des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

3. Ein Wirtschaftsprogramm mit dem Ziele möglichst intensiver Wechselbeziehungen zwischen den Rheinlanden und Frank-

reich sowie der Gründung einer Wirtschaftsunion, die der Vollständigkeit halber Luxemburg und Belgien mit einbegreifen müsste.

Ein Werk der Befreiung — diesen Charakter verlieh General Gérard seiner Aufgabe — ist nicht ein Werk der Wiedergutmachung oder der brutalen Ausbeutung, sondern ein Werk des politischen und wirtschaftlichen Schutzes.

Dieser Sinn dürfte wohl auch folgenden Zeilen des Ministers des Aeussern unterzulegen sein: „Den Rheinländern muss klar gemacht werden, dass die Wohlfahrt ihres Landes nicht unbedingt von den politischen Banden mit dem rechten Rheinufer abhängt und dass die Entscheidung, welche man über sie treffen wird, ihre eigenen Interessen nicht beeinträchtigt. (11. März 1919.)

Notwendige Voraussetzung für eine solche Politik wäre die völlige oder teilweise Entlastung der Rheinländer von ihrem Anteil an der Wiedergutmachung und der Kriegsentschädigung, mit Ausnahme gewisser Staatseinkünfte und eines Beitrages zu unserer Kriegsschuld sowie die Wahrung der historisch überlieferten territorialen Einheit des Landes.

So aufgefasst musste der wirtschaftspolitische Plan des Kommandierenden Generals der 8. Armee unabweislich zu folgenden Ergebnissen führen:

1. zur wirtschaftlichen Vereinigung der Pfalz mit Frankreich;
2. zur Proklamation der politischen Unabhängigkeit des Landes.

Von solchen Gesichtspunkten geleitet, den Blick auf das erstrebte politische Ziel gerichtet, geht nun der Kommandierende General zur Tat über.

Der Waffenstillstand vom 11. November 1918 hat ihm die Pflicht auferlegt, den Charakter der Pfalz als Faustpfand voll und ganz zu wahren.

Es gibt zwei Auffassungsmöglichkeiten für diese Pflicht:

Die erste, engbegrenzte „statische“ Auffassung beschränkte sich auf die Sicherung der zu einem bestimmten Zeitpunkte vorhandenen Werte (stocks); die zweite, grosszügige, weiterblickendere „aktive“ Auffassung erhielt ihre Impulse durch die Entwicklung des oben erwähnten politischen und wirtschaftlichen Programmes.

General Gérard entscheidet sich für die zweite, folgendermaßen zu definierende Aufgabe: Wertsteigerung des Faustpfandes durch Fortsetzung der Produktion. Sein Ziel ist es, zu verhindern, dass das durch die Bedingungen des Waffenstillstandes abgeschnittene Land an „Ueberfluss und Mangel“ dahinsterbe. (General Verraux. L'Oeuvre 23. August 1919.)

Das Oberkommando hat in Ludwigshafen eine wirtschaftliche Abteilung, die „Section Economique“ geschaffen. Diese Abteilung soll das Verbindungsorgan zwischen den Militärverwaltern und den Kontrolloffizieren einerseits, der Bevölkerung andererseits sein. Sie ist auf dem Laufenden über Angebot und Nachfrage und hat die Aufgabe, die von den deutschen Wirtschaftsausschüssen formulierten Gesuche und Vorschläge zu kontrollieren sowie die etwa vorgebrachten Gesuche um Ausnahmebehandlung zu prüfen.

Von vornherein ist sich General Gérard klar darüber, dass die Handelsbeziehungen begünstigt und die vorgebrachten Gesuche weitherzig verbeschieden werden müssen, um das durch so viele Wochen der Unsicherheit und der Untätigkeit schon gefährdete Wirtschaftsleben der Pfalz wieder hoch zu bringen.

In diesem Geiste nun orientiert er die Aufgabe der neuen Organisation.

Der General wollte ferner den bewundernswerten industriellen Organismus der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen mit ihren 15 000 Arbeitern unter unserer Aufsicht und mit unserem Kapital wieder in vollen Betrieb bringen. Aeussere Einflüsse und widersprechende Entschliessungen, welche einmal die Requisition oder den Ankauf der Fabrik, dann wieder den Status quo ins Auge fassten, ermöglichten es dem General nicht, diese einzigartige und unschätzbare Quelle des Reichtums ausschliesslich für die französische Industrie abzuleiten und nutzbar zu machen. Die Fabrik wurde schliesslich doch wieder unter deutscher Leitung in Betrieb gesetzt nach zwecklosen Reibungen und Scherereien, welche unnötigerweise Arbeitgeber und Arbeitnehmer verstimmt, die Produktion verlangsamt und den integralen Wert des Pfandes in Frage gestellt hatten. Der Patriotismus des Arbeiters hängt anerkanntermassen ab von der Befriedigung seiner materiellen Interessen. Und doch haben wir leichten Herzens (*de gaieté de coeur*) zugegeben,

dass die Arbeiter wieder unter den Einfluss und die Leitung der Sozialdemokratie kamen, Arbeiter, die von nun an bereit waren, in blindem Gehorsam jeden gegebenen Befehl zu befolgen, um sich mit Gewalt den Emanzipationsbestrebungen der pfälzischen Republikaner zu widersetzen.

Die Finanzlage ist in Deutschland inniger als in jedem anderen Lande mit der Wirtschaftslage verbunden. Die Banken der Pfalz sind die unentbehrlichen Bundesgenossen der Fabrikanten und Kaufleute. Das Beispiel dazu wird von oben gegeben. Die bayerische Regierung besitzt eine „Staatsbank“, die in Bayern die Rolle der „Trésorerie générale“ (Schatzamt) spielt und vor allem zugleich eine Bank zur Förderung des Handels und der Industrie darstellt. Die verfügbaren öffentlichen Gelder werden von ihr dem Geschäftsleben zugeführt. Der Gewinn ist im Verhältnis zu dem grossen Umsatz minimal. Das Hauptziel besteht ja nicht im Gewinn, sondern in der Unterstützung von Handel und Industrie durch Kapital. Die übrigen Banken folgen diesem Beispiel. Die Transaktionen sind ausserordentlich vereinfacht und jeder Fabrikant und Kaufmann, selbst der kleinste, ist mit der Praxis der Bankgeschäfte vertraut. Die Banken haben eine gründliche Kenntnis des Handelsmarktes und sind in der Lage, über die Fabrikanten und Kaufleute ihres Bezirkes sofort Auskunft zu geben.

Die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen der Pfalz mit dem Auslande waren seit dem Waffenstillstande abgeschnitten. Auch konnten die pfälzischen Banken nicht mehr mit dem rechtsrheinischen Deutschland korrespondieren, wo sie ihre Filialen oder ihr Stammhaus hatten. Die Folge davon war eine Stockung der Geschäfte und die Anhäufung einer Unmenge unproduktiver Werte in den Kassen.

Anfang März genehmigte der General die Regelung der mit dem rechtsrheinischen Deutschland abgeschlossenen Geschäfte durch vier Banken unter Kontrolle einer Finanz-Unterabteilung.

Unsere befreiten Provinzen grenzen an die Pfalz an. Es fehlt ihnen alles. Hier gibt es Holz, Eisenbahnschwellen, Telegraphen-

stangen, Papier, Werkzeuge, Backsteine usw. Man könnte uns das Land den Ueberschuß seiner Produktion gegen die ihm fehlenden Lebensmittel liefern lassen; die uns so ausserordentlich günstige Valuta bildet einen Antrieb zu solchen Geschäften. Andererseits würden die Pfälzer mit Freuden auch das geringste Entgegenkommen in diesem Sinne begrüßen. Der General läßt ein vollständiges Verzeichnis der Hilfsquellen der Pfalz in einer glänzend abgefassten Studie aufstellen. (Anhang zum Armeebblatt Nr. 24. Wirtschaftliche Studie über die Pfalz.) Er veranlaßt ihre Verbreitung in mehreren tausend Exemplaren — ein Versuch, der Untätigkeit und Unentschiedenheit ein Ende zu machen, die der Wiederaufrichtung unseres Landes den grössten Abbruch tun.

Da in einem von jeher auf Einfuhr von Lebensmitteln angewiesenen Lande die Beibehaltung der Kriegsverordnungen mit ihren Einschränkungen notwendig ist, wird die Verteilung der Lebensmittel durch die Kommunalverbände (lokale Organe für die Rationierung der Lebensmittel in Deutschland) von einem französischen Lebensmittelamte kontrolliert. Dieses Amt ist gleichfalls als Unterabteilung der S. E. F. (Section Economique Française D. H.) angegliedert und überwacht die Lieferung der von der Zentralstelle in München für die Pfalz bestimmten Kontingente. Das Amt entscheidet ferner über Requisitionen. Diese müssen geregelt sein, sonst würde die auf einer strengen Erfassung aller Hilfsquellen beruhende Zivilversorgung gefährdet werden.

Die fast absolute Isolierung der Pfalz durch den Waffenstillstandsvertrag sowie das Stocken der Handelsbeziehungen und der Produktion wirken störend auf den Arbeitsmarkt und vergrößern beträchtlich die Zahl der Arbeitslosen. Der General gibt den Kontrolloffizieren der Bezirke eingehende Anweisungen für Heranziehung dieser Arbeitslosen zu Notstandsarbeiten. Ihr Programm wurde von unseren Militärverwaltern im Einvernehmen mit den deutschen Behörden aufgestellt.

Der durch die Besatzungstruppen aufrecht erhaltenen Ordnung ist es zu danken, dass die von der Regierung Kurt Eisner provozierten und moralisch unterstützten Streiks ein rasches Ende finden. Die Arbeiter erzielen nur Teilerfolge.

Besondere Maßnahmen des Generals zur Besserung der Arbeiterverpflegung wurden mit Befriedigung aufgenommen und trugen ihm Dankadressen ein.

Dies waren im April die hauptsächlichsten wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen, die getroffen waren oder noch getroffen werden sollten. Zu Beginn der Besetzung war die Initiative des Generals in bezug auf wirtschaftliche Fragen seines Armeegebietes noch unbeschränkt. Dank einer Organisation, deren charakteristische Merkmale Einfachheit, Kenntnis der Bedürfnisse, der ständige und unmittelbare Kontakt zwischen Verwaltern und Bevölkerung, Einheit der Leitung, Dezentralisation, Raschheit in der Ausführung und Folgerichtigkeit waren, war das der Pfalz durch den Waffenstillstand auferlegte Ausnahmeregime für diese Provinz erträglich. (Hauptmann de la Valette. Stab 8. A.)

In der Folge trat eine neue Organisation für das ganze besetzte Gebiet in Kraft. Sie umfaßt folgende Organe:

1. In Paris die „interalliierte Kommission für die Rheinlande“. Sie prüft im Namen der verbündeten Regierungen alle Fragen allgemeiner und wirtschaftlicher Art und arbeitet Verfügungen prinzipieller Natur aus.

2. In Luxemburg ein „interalliiertes Ausschuss für die besetzten Gebiete“ mit der Aufgabe, den Geschäftsgang und die Arbeit des Verwaltungsapparates im Namen des Marschalls Foch zu überwachen.

3. Wirtschaftsabteilungen unter dem Befehle der Armeeführer. Unterstellt sind diese Abteilungen dem interalliierten Generalstabe in Luxemburg. Solche Abteilungen wurden eingerichtet: in Krefeld für die belgische Zone, in Köln für die englische Zone, in Trier für die amerikanische Zone, in Mainz für die französische 10. Armee, in Ludwigshafen für die 8. Armee und in Saarbrücken für das Saargebiet.

Für die Kohlenverteilung wurden die „Kommissionen“ in Köln und Saarbrücken eingerichtet. Sie unterstehen dem Generalstabe in Luxemburg und sind in enger Fühlung mit der Section Economique. Die Finanzfragen und die Lebensmittelversorgung gehören gleichfalls zum Ressort der Wirtschaftsorganisation der besetzten Gebiete. Schliesslich sind von ihr noch einige Spezial-

organisationen mehr oder weniger abhängig: in Mainz eine Art Inspektion zur Kontrolle der chemischen Produktion, in Paris ein Handelsbureau usw.

Diese Organisation hat die Aufgabe, die Produktion der deutschen Industrie wirksam zu kontrollieren und die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen zu überwachen. Von Fall zu Fall jedoch gewährt sie Erleichterungen, um das wirtschaftliche Leben des Landes aufrecht zu erhalten.

Folgende Grundsätze sind oder sollten wenigstens für die getroffenen Maßnahmen bestimmend sein: Nichts genehmigen, was ohne Vorteil und ohne Kompensation für die Alliierten den feindlichen Ländern förderlich wäre; Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiete, damit nicht durch Not und Arbeitslosigkeit den Besatzungstruppen Schwierigkeiten erwachsen; Vorbereitung einer Zukunft, wie sie der Wirtschaftspolitik der Alliierten entspricht.

Trotz der unnötigen und daher schädlichen Umständlichkeiten, hervorgerufen durch die Existenz zu vieler „Nebenorgane“, die sich „à part“ mit gar nicht voneinander zu trennenden Fragen beschäftigen, erscheint diese Organisation auf den ersten Blick als bis zu einem gewissen Grade geschlossen — eine Illusion, die bald vor den Tatsachen verblassen sollte.

Die interalliierte Kommission in Paris besitzt keine eigene Befehlsbefugnis. Sie beschränkt sich nur darauf, Wünsche auszusprechen. Diese Wünsche werden erst durch Uebereinkommen der Regierungen zu Verordnungen. Sogar der aus Vertretern sämtlicher alliierten Armeen zusammengesetzte Luxemburger Ausschuss hat keine eigene Befehlsbefugnis.

Ein Ausschuss kann nicht Befehlsstelle sein. Er kann dem kommandierenden Marschall wohl die Unterlagen für seine Entscheidungen liefern; diese Entscheidungen müßten dann aber in militärischer Form gefasst und als militärische Verordnungen ausgeführt werden.

Der Ausschuss arbeitet nun selbständig und verliert so — die Folgen werden wir sehen — die Autorität, wie sie ihm die Person des Oberkommandierenden verleihen würde. In Wirklichkeit ist es so, dass die fremden Armeen die Anordnungen des Ausschusses keineswegs beachten. Jede handelt so, wie sie es im Sonderinteresse

der von ihr vertretenen Nation tun zu müssen glaubt. (Oberst E. Vermutlich Oberst Echard. — D. H.)

Die Nachteile dieser Zentralisation sollten sich bald in der Pfalz fühlbar machen und zwar in dreifacher Hinsicht: in der Moral der Bevölkerung, im Handel und in der Politik.

In der Moral der Bevölkerung: Die durch Tradition und den General zu wirtschaftlicher Disziplin erzogene pfälzische Bevölkerung erhält den Eindruck der Unordnung, an welche sie die raschen, klaren, bestimmten Verfügungen zu Beginn der Besetzung nicht gewöhnt hatten. Dieser Eindruck ist unserem sozialen und militärischen Prestige sehr nachteilig, um so mehr, als unsere Aengstlichkeit und unsere Achtung vor den interalliierten Entschliessungen uns in der Rolle des Düpierten erscheinen lassen.

Im Handel: Komplikationen, Reibungen, unerträgliche Verzögerungen werden geschaffen. Die Langsamkeit in der Verbescheidung der Gesuche, das Stocken im Transportwesen, die aktenhäufenden Umständlichkeiten, die Formalitäten in der Zollabfertigung sind noch die geringsten Klagen der Interessierten. Die grosse französische Presse macht sich daher immer wieder zum Echo der von allen Seiten sich erhebenden Reklamationen. Sie werden um so nachdrücklicher vorgebracht und sind um so begründeter, als die Entscheidungen der interalliierten Kommission, wie wir soeben erwähnt haben, nur in der französischen Zone streng gehandhabt werden.

Andererseits wieder werden durch Häufung der Verbote die Schleichhandelsgeschäfte vermehrt; man züchtet geradezu die Schieber, vor deren Treiben ehrliche Leute sich entsetzen. Durch ihre unglaublichen, oft an lebensnotwendigen Erzeugnissen verdienten Uebergewinne tragen sie zur Lebensmitteleuerung bei.

In der Politik: Diese Irrungen waren im Zusammenhang mit der Annexion des Saarbeckens, wodurch die Pfalz um ihre sämtlichen Kohlengruben kam, die hauptsächlichsten Gründe für das Scheitern einer separatistischen Politik. Eine solche Politik konnte sich in diesem Lande nur auf reale und grosszügige wirtschaftliche Maßnahmen stützen, wie sie General Gérard erfaßt, empfohlen und mit deren Ausführung er begonnen hatte. In der Folge jedoch wurde es ihm absolut unmöglich gemacht, seine Politik durchzuführen und ihr zum Siege zu verhelfen. Wir werden

weiterhin sehen, wie Preußen zum größten Vorteil für die neue Zentralisation des Deutschen Reiches und seine militärische Wiederaufrichtung diese Stimmung der enttäuschten und entmutigten Bevölkerung auszubeuten verstand, die nicht mehr voll und ganz auf unsere wirtschaftliche Unterstützung — die Vorbedingung ihres moralischen Rückhalts und ihrer politischen Emanzipation — rechnen konnte.

Die Zivilverwaltung beim Stabe der 8. Armee (5. Bureau) besteht aus 5 Unterabteilungen: Geschäftszimmer und Personalfragen — Finanzen und allgemeine Verwaltung — Wirtschaftsfragen — Gerichte und Prozesse — Presse, Nachrichtendienst, öffentlicher Unterricht, „Bulletin du Palatinat“ (Armeezeitung) und später die „Pfälzische Woche“.

Die steten Truppenverschiebungen machen die Schaffung bodenständiger Kommandostellen notwendig. Im Befehlsbereiche einer jeden Division wird ein lokales Unterkommando eingerichtet und am Sitze eines jeden Bezirksamtes eine Etappenkommandantur.

Den bodenständigen Kommandostellen obliegen der Truppendienst und die Landpolizei sowie die Einleitung von Strafverfahren vor den Militärgerichten.

Um dem Prinzip gerecht zu werden, daß keine Strafe ausgesprochen werden darf ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren, werden einfache und höhere Polizeigerichte geschaffen. Sie haben die Fälle abzuurteilen, die weder ein Verbrechen noch ein Vergehen darstellen. Das Urteil wird auf Antrag des Staatsanwaltes gesprochen. (Ein Offizier von der Kontrolle der deutschen Zivilverwaltung).

Die einfachen Polizeigerichte sprechen Strafen aus von 1 Tag bis zu 3 Monaten Gefängnis und von 1 Frs. bis zu 2000 Frs. Geldstrafe; die höheren Polizeigerichte strafen bis zu 6 Monaten Gefängnis und 5000 Frs. Geldstrafe.

Dies wäre also kurz die vom kommandierenden General der 8. Armee entworfene Verwaltungs- und Kontrollorganisation im 4. Monat der Besetzung.

Die Wahlen zur Nationalversammlung und zum bayerischen Landtag finden unter dem Schutze der Armee ohne Zwischenfälle statt. Die Wähler drängen sich zur Wahlurne. Bei der Nationalversammlung in Weimar erhielten in der Pfalz: Die Sozialdemokratie und die Bayerische Volkspartei (Zentrum) je 2 Sitze, die Deutsche Volkspartei (Konservative) und die Deutsche Demokratische Partei je 1 Sitz.

Der internationale politische Horizont ist noch ungetrübt. Frankreich spricht und scheint noch gehört zu werden. Seine diplomatische Tätigkeit findet in der Presse und in der öffentlichen Meinung der ganzen Welt noch Widerhall genug, um den Militärbehörden Richtlinien für ihr Handeln und der Bevölkerung eine von jedem Zwang und jeder Furcht freie Haltung zu verleihen sowie den widerspenstigen und feindlichen Elementen eine respektvolle Reserve aufzuerlegen: den Führern der Sozialdemokratie und den bayerischen Beamten, den beiden großen disziplinierten Körperschaften, über welche nach Ausschaltung der Armee das verpreußte Deutschland noch verfügt.

„Die deutsche Sozialdemokratie ist genau nach dem Muster und im Geiste der preußischen Armee organisiert“ (Fürst Bülow).

Die Stunde der Entscheidung scheint bevorzustehen. Der Kommandierende General weiß, daß seine Ideen und Handlungen mit denen der großen Philosophen, Politiker und Historiker, etc. übereinstimmen, die im vergangenen Jahrhundert den unheilvollen Einfluß Preußens auf Deutschland und die Welt gefühlt haben.

„Die soziale Ueberlegenheit und die militärische Macht der Junkerkaste flößen allen Deutschen einen Respekt und eine Furcht ein, die sie zu jedem Widerstande gegen deren Anordnungen unfähig machen. Solange noch ein aus den Junkern sich rekrutierendes Offizierskorps besteht, kann Europa gewiß sein, daß die Deutschen ihnen weiter gehorchen und auch weiterhin eine kriegerische Haltung bewahren werden.“ (Chr. Seignobos.)

Der General ist sich bewußt, daß die vornehmste Garantie für den Frieden die endgültige Befreiung Deutschlands von der preußischen Kaste ist, eines Deutschland, das auf der von Bismarck und den Hohenzollern mit all ihrer Politik der Heuchelei, List, Willkür und Gewalt unterbrochenen Schicksalsbahn des Liberalismus weiterschreitet, und das sich in die politische Ordnung eines

neuen, nach Grundsätzen des Gleichgewichtes besser zusammengesetzten Europa harmonisch einfügen würde.

Und nun geht die klare, freie, loyale, offene Politik des Generals dahin, jegliche das ihm vorschwebende Ziel fördernde Kundgebung mit Wohlwollen aufzunehmen, zu ermutigen, zu unterstützen und zu protegieren.

Am 22. Februar 1919 fand im Hotel Schwan in Landau eine Versammlung von Notabeln statt. 45 Personen wohnten ihr bei, darunter 2 Abgeordnete der Nationalversammlung: Die Herren Richter und Hofmann vom Zentrum. Alle sind erschüttert über die letzten Ereignisse. In Berlin und München herrscht Aufruhr; Ruhe und Ordnung herrschen in der Pfalz. Frankreich strahlt im Glanze seines Prestiges und erscheint als Befreierin. Die Schicksalsstunde der Pfalz scheint gekommen. Nach einer kurzen Aussprache ergreift der Abgeordnete Hofmann das Wort: „Ich glaube, daß augenblicklich der Unterschied zwischen Rußland und Deutschland nur sehr gering ist; was in Berlin vorgeht, ist unbeschreiblich. Am hellen Tage werden dort harmlose Leute totgeschossen. Wir sind zwar Deutsche, aber es widerstrebt uns, daß die Weltgeschichte um der imperialistischen Träume cäsarischer Machthaber willen, welche die ganze Welt in ihre Netze verstrickten, mit Hekatomben Menschenblutes geschrieben werde. Wir Rheinländer können zurückblicken auf eine tausendjährige Geschichte. Am 1. August 1914 ergriff uns ein Gefühl des Schauerns. Wir haben dann vier Jahre lang den Donner der Kanonen gehört, wir haben gezittert, geblutet, geweint wegen dieses verbrecherischen und traurigen Unternehmens. Die Weltgeschichte hat nun ein Blatt umgedreht und wir stehen in einer neuen Zeit. Das Urteil der Völker ist gesprochen. Mit bedrücktem Herzen stehen wir vor der Tatsache; Ein schlecht geführtes Volk ist von der Höhe seiner Zivilisation herabgestürzt in eine abscheuliche Barbarei, in den Bolschewismus und Bruderkrieg. Ich wage, ohne jede Umschreibung es auszusprechen: Wir hier haben niemals preußische, militaristische Gefühle gehabt; in der Pfalz haben wir niemals einen Pfennig übrig gehabt für den „Kriegsverein“. (sic! D. H.)

Als Grenzländer wissen wir, was es heißt, zivilisierten Nationen einen Krieg aufzuerlegen. Die höchste und dringendste Pflicht für ein zivilisiertes Volk ist heute die Verhinderung des Krieges. Wir sprechen es laut aus: Der Rhein ist unser Strom, der Strom unseres Heimatlandes. In der Zukunft dürfen über seine Brücken keine Menschenwogen mehr dahinfluten, um zur Verwirklichung wahn-sinniger Pläne einer Hand voll verrückter, allmächtiger Egoisten dahingeschlachtet zu werden. Die Lehre, die wir aus den 4 letzten Kriegsjahren ziehen wollen, heißt: Menschlichkeit und Brüderlichkeit! Wir können patriotische Gefühle haben; wir beweisen es, indem wir danach trachten unsere Pfalz zu beschützen. Wir leben in einer ernsten Stunde, in einer Stadt, die wahrhaft das pfälzische Leben personifiziert.

Wir sind dabei, das wieder zu werden, was wir waren. Ich verstehe den Sozialdemokraten, welcher kein Vaterland hat; die Mehrzahl dieser Leute ist in einem dieser Riesenhäuser, fast Kasernen, geboren! Sie haben kein Vaterhaus, kein Heimatland und folglich kein Vaterland. Wir haben unser Vaterhaus, wir haben ein Heimatland, unser aller Heimatland, das unsere Herzen mit unauslöschlicher Liebe erfüllt.

Wie oft ist unser Heimatland zerstückelt worden! Möge es nun unter dem Schutze des Rechtes und des Völkerfriedens gedeihen, unser Land der Zivilisation und der Arbeitsfreudigkeit. Nicht Hochverrat, sondern Sorge und Angst um die Interessen unseres armen Volkes haben uns zur Tat angespornt. Wenn es uns gelingt, daß unter dem Schutze der siegreichen Nationen unser Heimatland, unser kleines Vaterland, uns als Geschenk verbleibt, dann haben wir eine große Sache erreicht: Das Glück der Pfalz...“

Am Schluß der Versammlung fassen die Teilnehmer folgende Resolution, deren Text der Friedenskonferenz in Versailles übergeben werden soll. „Eine sehr große Anzahl Pfälzer wünschen die Errichtung einer autonomen Republik Pfalz. Die Vertreter dieser Idee sind davon überzeugt, daß sie nur mit Zustimmung der Friedenskonferenz verwirklicht werden kann. Auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bitten sie Herrn General Gérard ihren Wunsch der Friedenskonferenz gütigst unterbreiten.“

zu wollen. Die Art und Weise der Ausführung dieser Idee wird von der Stellungnahme der Konferenz abhängen.“

Landau, 22. Februar 1919. *)

Eine Abschrift dieses geschichtlichen Dokumentes wurde von einem höheren Offizier dem Marschall Foch unterbreitet, welcher antworten ließ: „In kurzem könnten die Pfälzer frei und offen sprechen und Garantien würden ihnen gegeben, damit sie handeln könnten, ohne die Wiederkehr der deutschen Behörden fürchten zu müssen.“

Um für jede Eventualität gerüstet zu sein, gründet inzwischen General Gérard am 31. März einen Notabeln-Rat. Dieser Rat sollte bis auf weiteres zwischen dem Oberkommando und der Bevölkerung

**) Bemerkungen zu den Ausführungen im Jacquotschen Buché, soweit meine Person dabei in Betracht kommt.*

Auf Einladung meines Fraktionskollegen Richter besuchte ich am 22. Februar 1919 — am Tage nach der blutigen Sprengung des Bayerischen Landtags — eine Versammlung von etwa 30 Herren, meist Vertreter von Industrie und Handel aus Landau und Umgebung, welche im Hotel „Schwan“ zu Landau tagte. Von den Anwesenden waren mir nur zwei persönlich als Parteifreunde bekannt. Erst im Versammlungslokale erfuhr ich den wahren Zweck der Zusammenkunft: Stellungnahme zur Schicksalsfrage der Pfalz. In jenen Tagen war die Erregung unter der pfälzischen Bevölkerung ob der Putsche in Berlin und München und anderen Orten des rechtsrheinischen Deutschland sehr groß. Blätter der verschiedensten Parteirichtungen drohten direkt oder indirekt mit einer Loslösung der Pfalz von Bayern, wenn den bolschewistischen Zuständen kein Einhalt geboten würde. Beängstigende Nachrichten von einer Annexion bzw. einer Zerstückelung der Pfalz kursierten in unserer Pfälzer Bevölkerung. Dazu kam noch die sichere Kunde von Versailles, daß bei den Friedensverhandlungen die deutsche Regierung völlig ausgeschaltet sei und nur zur Unterzeichnung eines Diktatfriedens zugelassen werde.

Im Mittelpunkt obenerwähnter Zusammenkunft stand eine bereits vor der Tagung verfaßte Entschließung, welche mit stark francophilem Einschlag die wirtschaftliche Orientierung der Pfalz nach dem Westen verlangte. Nicht etwa als bestellter offizieller Redner, sondern lediglich als Diskussionsredner trat ich dort auf.

In Erwiderung auf Angriffe eines „Freien-Pfalz-Anhängers“ erklärte ich in Nr. 250 des Landauer Anzeigers (v. 27. Okt. 1919),

als Bindeglied dienen für alle wirtschaftlichen Fragen und sollte sich zu gegebener Zeit — mit einigen unbedingt notwendigen Personenveränderungen — in einen geeigneten, provisorischen, politischen Ausschuß umwandeln, um die Orientierung der künftigen Geschicke des Landes in die Hand zu nehmen.

Diese Periode fällt in die Zeit der Berliner und Münchener Wirren, der Streiks an der Ruhr und der Eisenbahnstreiks im unbesetzten Deutschland. Es ist jene Zeit, in der eine alte deutsche Dame, Mutter dreier Offiziere, zu einem französischen Offizier sagte: „Gewiß, wir haben kein Vaterland mehr, wir haben nur noch unser Heim.“ (Bericht über die politische Lage in der Pfalz, Major D. (Vermutlich Major Denis [Landau] — D. H.)

also unter Zensur der französischen Besatzungsbehörde, über meine ehemalige Stellungnahme folgendes:

„Die Unterschöbung, als hätte ich einem Protektorat der Entente über die Pfalz das Wort geredet, wird von selbst durch die Tatsache widerlegt, daß ich einer jener Versammlung vorgelegten Resolution deshalb entgegentrat und ihre Ablehnung erzielen half, weil darin der wirtschaftliche Anschluß der Pfalz an Frankreich gefordert wurde; daß ich ferner bei dieser Gelegenheit für uns Pfläzler deutsches Nationalempfinden und Vaterlandsliebe mit demselben Rechte in Anspruch nahm, wie dies ihrerseits den Franzosen nachgerühmt wird.“

Bezüglich der im Jacquotschen Buche (nicht im Originalwortlaut) angeführten Resolution habe ich im Landauer Anzeiger Nr. 215 (v. 15. Sept. 1919) folgendes ausgeführt:

„In der Diskussion erklärte ich, daß ich hier nicht als Parteimann sprechen könne; aber als einer, der seine Pfläzler Heimat und sein Vaterland liebt, möchte ich vor Schritten warnen, die landesverräterisch gedeutet werden könnten. Die Meinung der Anwesenden wurde schließlich in einer Resolution niedergelegt, welche der Friedenskommission zugeleitet werden sollte.

Darin suchte man den Gedanken einer Annexion oder Zerstückelung der Pfalz unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu parieren mit dem Wunsche: Lieber eine autonome, ungeteilte Pfalz! (Nicht aber eine neutrale Pfalz.) Ausdrücklich wurde dabei freie Hand vorbehalten gegenüber einem diesbezüglichen Bescheid der Friedenskommission.“

In Nr. 250 des Landauer Anzeigers (v. 27. Okt. 1919) schrieb ich weiter darüber:

„Tatsächlich war aus wohlweislichen Gründen in der Resolution nur von einer autonomen Republik die Rede. Den Ver-

In diesem Augenblick hat man den Eindruck, daß Frankreich nur ein Zeichen zu geben brauche, auf daß, ohne jede Spur von Opposition, die pfälzische Republik erstehe!

Die bei der Bevölkerung gesammelten Eindrücke sind symptomatisch und stimmen überein. In Homburg, Waldsee, Germersheim usw. sind die Gefühle der Abneigung gegen Preußen augenscheinlich genug, um von den Kontrolloffizieren gemeldet zu werden.

Die Bevölkerung will und verlangt jedoch vor allem eine rasche Entscheidung; nur eine schnelle Lösung der Frage, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, wird es ihr ermöglichen, vor aller Welt ihre Gefühle und Sympathien zu

„Jasser der Entschließung, wie auch die Anwesenden jener Tagung habe ich darüber nicht im Zweifel gelassen, daß es sich für mich dabei nur um einen Fühler handle, der bei dem Ausschluß der deutschen Regierung von der Friedenskonferenz in die beängstigende, drückende Ungewißheit über die Schicksalsfrage unseres lieben Pfälzerlandes endlich Klarheit und damit auch Stellungnahme des gesamten Pfälzervolkes zu dieser, seiner Lebensfrage bringen sollte, bevor über unsere Köpfe hinweg entschieden sei“.

Über die Wirkung der angeführten Resolution erlaubte ich mir in Nr. 214 des Landauer Anzeigers (v. 15. Sept. 1919) folgende Ausführungen:

„Durch die Brille der Jetztzeit betrachtet, mag man geteilter Meinung sein, ob dieses Vorgehen politisch klug und zweckmäßig war; meinerseits war es damals im Interesse der pfälzisch-deutschen Sache ehrlich und gut gemeint. — Ich kam mit den damals in Landau versammelten Herren nicht mehr in Fühlung. Von der Friedenskommission der Entente erfolgte darauf kein Bescheid; ein Beweis dafür, daß in dieser Resolution kein Entgegenkommen gegen Ententewünsche erblickt wurde. Tatsächlich beschloß ja auch die Friedenskommission die Abtretung der westpfälzischen Gebiete an das Saarbecken.

Der Tag, an dem mir dann in Weimar von maßgebender Regierungsseite versichert wurde, daß die Gefahr der Annexion des linksrheinischen Gebietes vorüber sei, brachte mir Erlösung von drückender Sorge. Die Friedensbedingungen bestätigten auch bald darauf die Richtigkeit dieser Regierungsmittelung. Damit war für mich die Landauer Resolution abgetane Sache“.

Was die im Jacquotschen Buche angeführten Bruchstücke aus meiner angeblichen Rede bei dieser Tagung betrifft, so habe ich in einer diesbezüglichen Auseinandersetzung mit Anhängern

bekunden, ohne von seiten der bayerischen Behörden Repressalien befürchten zu müssen.

Der Ruf nach Entscheidung gab diesem Märzende seine charakteristische Note.

Man fühlt, daß der erreichte Grad politischer Temperatur nicht mehr ohne Gefahr überschritten werden kann. Wunsch und Wille sprechen immer deutlicher aus den Blicken.

Es liegt mehr in der Luft, als es laut und deutlich ausgesprochen wird: „Vorwärts, gebt das Signal, der entscheidende Augenblick ist da!“ Niemand entzieht sich dem Einfluß dieser, wie man fühlt, entscheidenden Stunde.

des „Freie-Pfalz-Bundes“ schon in Nr. 250 des Landauer Anzeigers (27. Okt. 1919) mit Verweis auf dasselbe Zitat in einer französischen Broschüre „Aus der Geschichte der Stadt Landau“ erklärt: „daß weder nach Form noch nach Inhalt meine Darlegungen richtig getroffen sind. Über die Ursachen solcher Unrichtigkeiten will ich keine weiteren Betrachtungen anstellen“.

Jedenfalls besteht ein Unterschied zwischen dem Jacquotschen Zitate und den von mir ausgesprochenen Gedanken: Wir könnten unter den gegebenen Umständen uns wieder zurückentwickeln auf das Gebiet der Kurpfalz vor hundert Jahren. — Der Rhein sei unser Strom, nicht unsere Grenze. — Gegen den Bolschewismus seien wir vorläufig geschützt durch die Besatzungstruppen.

Autor Jacquot berichtet auch von einer geheimen Unterredung mit Herrn Präsidenten von Winterstein.

Jedenfalls fühlte ich mich verpflichtet, den Präsidenten der Pfalz auf Dinge aufmerksam zu machen, welche für die Landesregierung Lebensinteresse hatten.

Das Gelöbnis treudeutscher Gesinnung und Handlung, welches ich dabei dem Herrn Regierungspräsidenten als Mitkämpfer für das bedrohte Deutschtum gab, habe ich unverbrüchlich gehalten.

In zwei öffentlichen Erklärungen tat ich dies auch namens der Bayerischen Volkspartei am 14. April in der Presse (Beilage Nr. 1) und am 18. Mai 1919 in jener denkwürdigen Kundgebung im Regierungsgebäude zu Speyer (Beilage Nr. 2).

In der Einheitsfront sämtlicher politischer Parteien der Pfalz gegen die separatistische Bewegung „Freie Pfalz“ stand ich mit in vorderster Reihe und bekundete meiner Partei meine persönliche

Die Republikaner ahnen und fühlen schon das Werk der Reaktion, das im Dunkeln und Geheimen die offiziellen Drahtzieher vorbereiten! Sie wittern die zwar noch unsichtbare, aber doch bestimmt vorhandene Gefahr.

Genügt denn nun aber auch all das, um eine so ernste Entscheidung zu treffen, so könnte man fragen?

Diese Stimmung, diese unausgesprochenen Wünsche, dieser latente Wille, diese schüchternen Sympathien sind ja ganz gewiß beachtenswert, sind sie aber auch hinreichend, um ein klares Bild zu geben von den politischen Aspirationen in einem Volke? Verwechselt man nicht mit diesen Aspirationen einfache, ganz

Gegnerschaft gegen Loslösungsbestrebungen vom Reiche als Redner in jener historisch denkwürdigen Demonstrationsversammlung im Saalbau zu Neustadt a. H., am 7. Sept. 1919, unter Hinweis auf meine Meinung vor Bekanntgabe der Friedensbedingungen. (Siehe „Pfälz. Kurier“, Nr. 208 v. 8. Sept. 1919.)

Francophilen Bestrebungen habe ich nie gehuldigt. Ich war, bin und bleibe deutsch, mag kommen, was da will. Daß mein Heimatsort dem neutralen Saarland angehören muß, ist mir ein bitterer Schmerz.

Ludwigshafen a. Rh., den 16. Februar 1920.

Hermann Hofmann

Oberlehrer und Abgeordneter.

Beilage Nr. 1. Veröffentlichung in verschiedenen pfälz. Zeitungen: Vom Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei (Zentrum), Herrn Abg. Hofmann-Ludwigshafen, erhalten wir folgende

Erklärung:

Um allen offenen und versteckten Angriffen und Verleumdungen in letzter Zeit zu begegnen, erklärt die Vorstandschaft der Bayerischen Volkspartei (Kreis Pfalz), daß sie niemals einer Annexion der Pfalz durch die Entente noch einem Protektorat derselben über die Pfalz das Wort geredet hat.

Wenn in unserer pfälzischen Parteipresse oder von Parteimitgliedern zur Frage einer linksrheinischen Republikbildung Stellung genommen wurde, so geschah dies immer in der Voraussetzung einer durch den Friedensschluß zu erwartenden Zwangslage. Das Bekenntnis zum Deutschtum ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Im übrigen sind wir Anhänger der Idee einer allgemeinen Völkerverständigung und eines dauernden Weltfriedens.

Ludwigshafen a. Rh., den 14. April 1919.

H. Hofmann, Abg.

allgemeine Gefühle der Freundschaft und der Sympathie ohne jeden politischen Unterton, gar nicht zu reden von einem neuen Regierungssystem?

Diese Frage ist wohl berechtigt. Jedoch urteilt so unsere westliche Mentalität, eine Mentalität von Bürgern, die ihre politischen Freiheiten wohl zu gebrauchen verstehen, deren Initiative durch die Organisation noch nicht getötet, bei denen der Ehrgeiz noch nicht zum System erhoben, das Selbstbewußtsein noch nicht geknechtet und die „methodische Kultur“ noch nicht an die Stelle der wahren Zivilisation gesetzt worden ist. Diese fordert immer, um die Geister anzuspornen, ihren wohlbemessenen Teil an irrationalen, unvorhergesehenen und zufälligen Faktoren.

Rheinländer und Pfälzer besitzen diese westlichen Eigenschaften oder genauer gesagt, haben sie besessen und ohne den Noske von 1859, der sich Bismarck nannte, wäre daraus ein föderalistisches System mit den nämlichen politischen Freiheiten und der nämlichen sozialen Ordnung hervorgegangen, wie sie sich der Wille Frankreichs allmählich schuf.

Preußen jedoch, „die große reaktionäre Macht in der internationalen Politik“ hat sich dem politischen Fortschritt der rheinischen Völker hindernd in den Weg gestellt und seitdem haben diese ihrer politischen Selbständigkeit beraubten Völkerschaften

Beilage Nr. 2.

Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) in der Pfalz zu den Loslösungsbestrebungen vom rechtsrheinischen Deutschland.

In einer gemeinsamen Tagung sämtlicher Abgeordneten, Landratsmitglieder, Vertreter von Handel, Industrie, Genossenschaften, Arbeiterorganisationen, Beamten- und Lehrerbund, sowie der Vorsitzenden der politischen Parteien am Sonntag, den 18. Mai 1919 zu Speyer unter dem Vorsitz des Herrn Regierungspräsidenten von Winterstein und in Gegenwart des französischen Zivilgouverneurs vertrat der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Herr Abgeordneter Oberlehrer Hofmann-Ludwigshafen, den Standpunkt seiner Partei mit folgender

Erklärung:

Im Auftrage der Bayerischen Volkspartei bin ich ermächtigt, bezüglich der Pfalzfrage unsere Meinung dahin zusammenzufassen, daß wir sagen: Was Gott verbunden hat, sollen Menschen nicht trennen!

ununterbrochen „in einem Zustande der Unmündigkeit und der Bevormundung“ gelebt.

„Deutschland wurde in politischer Hinsicht ein zweites Spanien, nur mit größerer wirtschaftlicher Wohlfahrt.“ (Charles Sarolea; Le problème anglo—allemand.)

Man muß, wir müssen es immer wieder betonen, die Geschichte nacherleben und darüber nachdenken, um all dieses verhaltene Klingen und kraftvolle Werden in diesen Kundgebungen einer instinktiven Sympathie zu verstehen, Kräfte, welche die moralische Basis für die politische Wiedergeburt des pfälzischen Volkes werden könnten und sollten, eines Volkes, das demokratisch ist aus Tradition, deutsch aus Realismus und Interesse,* antipreußisch aus Temperament!

(* Albert Sorel über das rheinische Volk: „Diejenige Macht, welche sein Los verbessern und es am besten behandeln wird, wird alle Sympathien haben.“)

Wie dem auch sei, Ende März haben wir die Masse für uns gewonnen; man braucht sie nur noch zu verstehen, sich in sie hinein-zufühlen, sie zu leiten, Ruhe und Sicherheit in ihr aufrecht zu

Nach Abstammung, Sprache, Sitte und Kultur sind wir Pfälzer seit Menschengedenken Deutsche. Wir wollen auch fürderhin Deutsche bleiben und dem Deutschen Reiche wie in guten, so auch in schlechten Zeiten angehören.

Die Abtrennung der westpfälzischen Bezirke zum Saarbecken, wie solche in den Friedensbedingungen vorgesehen ist, empfinden wir als eine sehr schmerzliche, lebensschwächende Amputation, als ein wahres Unglück für unser Pfälzer Land und Volk. Wir erhoffen mit aller Sehnsucht, daß beim endgültigen Friedensschluß auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes die Pfalz ungeteilt bleibt.

In bezug auf die zukünftige, staatsrechtliche Gestaltung unseres Pfälzer Landes vertreten wir den Standpunkt, daß die Zugehörigkeit der Pfalz zu Bayern oder einem anderen deutschen Gliedstaat eine rein innerdeutsche Frage ist, worüber der Wille unserer pfälzischen Bevölkerung nach Maßgabe der neu zu schaffenden Reichs- und Landesverfassung nach Friedensschluß entscheiden kann.

In Erkenntnis der schrecklichen Folgen des Weltkrieges hegen wir den Wunsch, daß die bisher feindlich gesinnten Völker sich wieder in friedlich versöhnender Weise einander nähern, sich wirtschaftlich und kulturell anregen und fördern und so dem Begriff Frieden seinen wahren, völkerbeglückenden Inhalt geben.“

erhalten und durch die Arbeit ihr Fortschritt und Wohlfahrt zu ermöglichen.

Die agrarischen oder nationalliberalen Alldeutschen Gebhardt, Katholy usw. sowie der sozialdemokratische Abgeordnete Profit erkennen dies ganz genau — mit blutendem Herzen.

Aus einem fremden Willen entspringen die Regungen des Volkes, nicht aus seiner Seele. Gestern noch war es der Wille Bayerns; jetzt haben wir es in der Hand, an seine Stelle den Willen Frankreichs zu setzen!

II.

Wir haben nun eine unmittelbare Vorstellung gewonnen von dem Fühlen des pfälzischen Volkes; es ist für uns wichtig zu wissen, wie zu gleicher Zeit diese Stimmung in den insgesamt 56 Zeitungen der pfälzischen Presse zum Ausdruck kam.

Wir müssen uns dabei vergegenwärtigen, daß die Lokalzeitungen in der Provinz von den Behörden abhängig sind und daß die Regierung das Monopol bezw. die Kontrolle der Nachrichten-Bureaus besitzt. *)

*) *Die Behauptung Jacquots, daß die Lokalzeitungen in der Provinz von den Behörden abhängig seien, ist eine bewußte Fälschung der Tatsachen, denn selbst wenn Jacquot nicht wüßte, daß eine Abhängigkeit der Zeitungen von den deutschen Behörden nicht existiert, so mußte ihm, als dem Generalstabschef Gérards, unter allen Umständen bekannt sein, daß nicht die deutsche Regierung die Nachrichtenkontrolle ausübte, sondern die französische Besatzungsbehörde. Bald nach der Besetzung war von der Besatzungsbehörde über die pfälzischen Zeitungen die Vorzensur verhängt worden. Von diesem Zeitpunkt ab findet man auf der ersten Spalte der ersten Seite jeder Zeitung den charakteristischen Vermerk „Autorisé à paraître“. Damit hatte die Pressefreiheit in der Pfalz ein Ende gefunden, ein Faktum, das man bei der Beurteilung des Inhaltes der pfälzischen Zeitungen von jetzt ab nie aus dem Auge lassen darf. Die Zusage, daß die Zensur sich mit den innerpolitischen deutschen Verhältnissen nicht befassen werde, ist eben so oft gegeben und nicht gehalten worden, wie die von General Gérard wiederholt gegebenen feierlichen Versicherungen der strikten Neutralität gegenüber den Loslösungsbestrebungen in der Pfalz. General Gérard hat vielmehr die Vorzensur als Handhabe zur Erreichung seiner politischen Ziele in der skrupellossten*

Wenn wir auch aus diesem Grunde nicht hoffen können, in den Zeitungen den getreuen Reflex der Volksseele und ihrer Meinung zu finden, so werfen sie uns doch, was nicht weniger wertvoll und unbedingt zu beachten ist, lehrreiche Schlaglichter auf die klugen Konzessionen, die der allgemeinen Stimmung selbst von den konservativsten oder den der mehrheitssozialistischen Regierungspartei am meisten ergebene Blättern gemacht werden mußten, sowie auf den Wechsel in ihrer Haltung.

Wir befinden uns in jener entscheidenden Epoche, Ende März 1919, wo das französische Prestige noch unversehrt ist und der französische Wille, wo er nicht ausgesprochen ist, zum mindesten unzweideutig vorausgesetzt wird.

In zahlreichen Zeitungsartikeln wird schon mit der Tatsache gerechnet, daß der Rhein die militärische Grenze werden könnte. Die Pfälzer Presse hat allgemein die Tendenz, die Diskussion auf die den Gebieten des linken Rheinufers zu gebende Verwaltungsform zu beschränken.

Das Organ der sozialistischen Regierungspartei (Pfälzische Post) steht aus Prinzip dem Loslösungsgedanken feindlich gegen-

Weise mißbraucht. Mit rücksichtsloser Strenge wurden sogar alle Presseäußerungen unterdrückt, die nur irgendwie den französischen Zensoren geeignet erschienen, die pfälzische Bevölkerung in ihrem zähen Ringen um ihr Deutschtum zu unterstützen. Alle Meldungen, die trotz der strengen Absperrungsmaßnahmen vom Rechtsrheinischen über den Rhein in die Pfalz kamen und den Pfälzern kund taten, daß ihre rechtsrheinischen Stammesbrüder ihnen jede mögliche, moralische und materielle Unterstützung zuteil werden ließen, wurden von den Zensoren gestrichen. Einige von ihnen, die trotz ihrer deutschen Abstammung der Besatzungsbehörde die Henkersdienste leisteten, für die sich charakterfeste Franzosen zu gut dünkten, waren Mitglieder des „Bundes Freie Pfalz“. So der berühmte Zensor Zimmermann in Ludwigshafen a. Rh., ein Hochverräter aus Köln, der durch seine Beteiligung an dem Putsch der Haafisten am 1. Juni in Speyer der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde. Er warb in Ludwigshafen durch Geldversprechungen Anhänger und erhielt, als die Haafisten im Speyerer Regierungsgebäude die pfälzische Republik proklamieren wollten, einen solchen Denkkzettel, daß er mehrere Tage an der Ausübung seines Zensorenamtes verhindert war. Wie die französische Zensur arbeitete, nur ein Beispiel von Hunderten: Sogar die Meldung über die Bewilligung von 10 Millionen für kulturelle

über. Muß es jedoch mit dieser Lösung als einem unabänderlichen Faktum rechnen — für den Fall, daß man vor eine vollendete Tatsache gestellt wird (fait accompli) — so richtet es sich gegen die Vereinigung der Pfalz mit dem Rheinlande: „Wir haben mit diesem Lande durchaus keine Gemeinschaft, weder in bezug auf Abstammung, noch Sprache, Sinnesart oder Geschichte.

..... Das ist ein Zentrumsgeanke und Zentrumsmanöver.“
(Pfälzische Post; 25. März.)

Am 29. März muß dieselbe Zeitung anerkennen, daß Bayern die Pfalz von jeher als Stiefkind behandelt hat! Ein unbestreitbares Zeugnis des von der Volksstimmung ausgeübten Druckes!

Das Organ der deutschen demokratischen Partei richtet sich ebenfalls, allerdings weniger bestimmt, gegen die Loslösung. Man findet bei ihm folgende Ideen — Konzessionen gegenüber der Volksstimmung: „Die wirtschaftliche Vernachlässigung der Pfalz durch Bayern sowie der Druck der Zentrumsheerrschaft, der so viele Jahre lang schwer auf dem Lande lastete, haben allmählich einen großen Teil der Bevölkerung von Bayern abge-

und künstlerische Zwecke in der Pfalz durch den bayerischen Landtag durften die meisten pfälzischen Zeitungen nicht veröffentlichen.

Durch die sogenannten Zwangsartikel, die die pfälzischen Zeitungen, wie in der Einleitung schon kurz ausgeführt wurde, ohne Quellenangabe bringen mußten, verfolgte man einen doppelten Zweck. Sie wurden als „Auslassungen der pfälzischen Zeitungen“ in der französischen Presse veröffentlicht, um bei den anderen Alliierten, namentlich bei den Engländern und Amerikanern, den Eindruck zu erwecken, daß die öffentliche Meinung in der Pfalz große Sympathien entgegenbringe und die Annexion durch Frankreich, mindestens aber eine neutrale pfälzische Republik, wünsche. Gleichzeitig suchte General Gérard, der ohne jeden Zweifel von dieser geistigen Vergewaltigung Kenntnis hatte und sie billigte, mit diesen Zwangsartikeln bei der pfälzischen Bevölkerung den Anschluß an Frankreich durch eine neutrale pfälzische Republik zu propagieren, bewies freilich dadurch aufs neue, wie falsch er die Psyche der Pfälzer einschätzte. Denn mit wenigen Ausnahmen erkannten diese gar bald, wer die Verfasser dieser Schandartikel waren und auf welche Weise sie in die pfälzischen Zeitungen kamen. So war die Wirkung gerade die entgegengesetzte, wie sie General Gérard erwartete. Als die rechtsrheinischen Zeitungen

wendet und den Wunsch nach einer Loslösung erweckt. („Speyerer Zeitung“, 22. März 1919.)

Das Organ der Deutschen Volkspartei nimmt eine ziemlich klare Stellung ein: „Die Zeit ist vorüber, in der nur Wünsche formuliert werden. . . . Nur ein Recht bleibt uns: das Recht einer Verbindung mit einem anderen Staat, z. B. Hessen.“

Der Redner erblickt in dieser Verbindung eine Reihe von Vorteilen unter der Voraussetzung, daß die Pfalz vergrößert würde. Auf jeden Fall aber wünscht er einen autonomen Staat innerhalb des Reiches, wie es vorher Bayern war. („Pfälzischer Kurier“, 19. März 1919.)

Die „Pfälzische Rundschau“ (31. März 1919) spricht sich gegen eine Vereinigung mit dem Rheinlande aus, welches das ganze Wirtschaftsleben an sich reißen würde. Sie verlangt das Saarbecken. Der „Pfälzische Kurier“ (22. März 1919) veröffentlicht einen Artikel des Rechtsanwalts Stenglein: „Wir brauchen zu unserer Pfalz noch Saarbrücken, Kreuznach, Meißenheim, Spohnheim, Birkenfeld sowie die Bezirke im Norden, die ihr einst zugehörten.“ („Pfälzischer Kurier“, 31. März 1919.)

die geistige Vergewaltigung an den Pranger stellten und gegen die schamlose und gemeine Brunnenvergiftung protestierten, griff General Gérard, um den Schein der brutalen Vergewaltigung zu vermeiden, zu einem ebenso gemeinen wie kindischen Mittel, indem er erklärte: Zwang zur Aufnahme der Artikel wird nicht ausgeübt, die Nichtaufnahme wird jedoch als feindlicher Akt betrachtet, deren Folgen die Zeitungen zu tragen haben. Diesen blieb auch hiernach nichts anderes übrig, als die Schandartikel zu veröffentlichen, wollten sie sich nicht dem Erscheinungsverbote aussetzen und damit das Feld räumen für eine „Gazette du Palatinat“, deren Gründung von der französischen Besatzungsbehörde erwogen wurde. Daß diese Gefahr für die Publizistik in der Pfalz nicht gering war, zeigte die auf Veranlassung der französischen Besatzungsbehörde erfolgte Gründung des mit französischem Gelde finanzierten „Mittelrheinischen Korrespondenzbureaus“ in Ludwigshafen. Dieses Nachrichtenbureau brachte neben unverfänglichen, als Lockspeise dienenden Nachrichten Uebersetzungen von Hetzartikeln der chauvinistischen Pariser Presse und aus dem Zusammenhang herausgerissene Auszüge aus deutschen Zeitungen, hauptsächlich aus kommunistischen, die scharfe Angriffe gegen Regierung und Parlament in Deutschland enthielten. Später

Die Organe der Bayerischen Volkspartei führen eine sehr aktive separatistische Campagne für eine rheinische Republik. („Pfälzer Zeitung“, 19. März 1919.)

Der „Rheinpfälzer“ (21. März 1919) allerdings schreibt: „Besser wäre eine autonome Pfalz mit 1½ Millionen Einwohnern und völliger Freiheit, ein Staat, in dem Industrie und Landwirtschaft in gleicher Weise zu ihrem Rechte kämen mit Wegen zum Meer und Handelsfreiheit nach Ost und West.

Im großen und ganzen verkünden die Organe der verschiedenen pfälzischen Parteien ihr Festhalten an Deutschland. Mit Ausnahme der sozialistischen Mehrheitsblätter lassen jedoch alle den Gedanken einer Loslösung von Preußen und Bayern zu und diskutieren über die Form und die etwaigen Grenzen des neuen Staates, sowie die Art und den Umfang der Beziehungen, die ihn mit Deutschland verbinden sollen.

suchte dann der berüchtigte Journalist L. Emrich durch das Mittelrheinische Korrespondenzbureau seine Propagandaartikel für die Freie Pfalz in die pfälzischen Zeitungen zu lanziern, hatte damit aber ebenso wenig Glück wie das „französische neutrale Korrespondenzbureau“ mit seinen Tendenzmeldungen.

Nachdem also diese Versuche General Gérards, Einfluß auf die pfälzische Publizistik zu gewinnen an der Unbestechlichkeit und Reichstreue der pfälzischen Zeitungen kläglich gescheitert waren, mußte man sich wohl oder übel entschließen, ein eigenes Blatt zu gründen. So entstand das Organ der Französlinge, die „Freie Pfalz“. Hauptschriftleiter wurde L. Emrich, den seine Großmannssucht und sein an Größenwahn grenzender Dünkel, der „Retter“ der Pfalz zu werden, zum Hochverräter werden ließ. Gedruckt wurde das Blatt bei Deluse Nachfolger in Landau, Inhaber Heinz Obelode. Das Blatt, das fast nur Freixemplare verteilte und auch aus dem Inseratenteil keinerlei Einnahmen hatte, wurde mit französischem Gelde unterhalten. Der Charakter und die Tendenz dieses Revolverblattes sind bereits in der geschichtlichen Einleitung gebührend gewürdigt worden. Als nach dem Putsch in Ludwigshafen im September die Fesseln der Presse und Redefreiheit von den Franzosen gelockert werden mußten, und sich die pfälzischen Zeitungen wenigstens einigermaßen gegen die „Freie Pfalz“ wehren durften, war deren Schicksal bald besiegelt. Mit ihrer „Jubiläumsnummer 50“ mußte sie Ende Dezember 1919 ihr Erscheinen einstellen.

Zwei Speyerer Zeitungen, die „Pfälzer Zeitung“ und das „Rheinische Volksblatt“ (Zentrum) versprechen ihre politische Unterstützung für den Tag, an dem die Republik ausgerufen würde. (Dr. Wülk an den Kontrolloffizier von Speyer. Mai 1919.)

Die Abneigung der Pfälzer gegen Preußen und Bayern findet nicht allein in den pfälzischen Zeitungen ihren Niederschlag. Auch große Zeitungen des unbesetzten Deutschland regen sich darüber auf und suchen nach den Gründen für diese Erscheinung. Ein charakteristisches Beispiel hierfür bietet das offizielle Organ des bayerischen katholischen Zentrums. [Das offizielle Organ des bayerischen katholischen Zentrums, die „Augsburger Postzeitung“, konstatiert die unleugbare Abneigung der Pfälzer gegen Bayern. Als Gründe für die Abneigung führt sie an:

In erster Linie die Ungeschicklichkeit und der Mangel an Takt der bayerischen Beamten, welche die Empfindlichkeit des Pfälzers beleidigen; dann die völlige Unkenntnis der wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes, die kleinlichen Scherereien bei der Aufstellung des Staatshaushaltes für die Pfalz, die Unbekümmertheit um die Entwicklung des Eisenbahnnetzes, ferner die schlechten Verbindungen mit dem Saargebiet, Elsaß und Baden.

Der öffentliche Unterricht kommt nicht besser weg: Ludwigs-hafen hat noch kein Staatsgymnasium trotz einer Bevölkerung von 100 000 Einwohnern. Man hat der Pfalz ihre forstliche Schule weggenommen. Die Pfalz hat auch unter dem gegenwärtigen Regime, welches vieles zerstörte, aber nichts neues schuf, weder Museen noch Theater. Endlich fürchten die Katholiken und auch die Protestanten die Religions- und Schulpolitik des neuen Regimes. („Temps“, 6. Juni 1919.)]

Man muß beachten, daß diese Presseäußerungen von Jacquot in tendenziöser Absicht aus dem Zusammenhang gerissen sind. Daß der Plan einer Trennung der Pfalz von Bayern überhaupt erörtert wurde, ist in dem Zeitraum von Beginn der Revolution bis zur Besetzung, also in einer Zeit, in der eben erst die hundert-jährigen dynastischen Bande zwischen der Pfalz und Bayern sich gelöst hatten und die politische Atmosphäre mit Neugruppierungs-plänen geschwängert war, begreiflich, wenn es auch Mangel an politischem Weitblick verrät. Die beiden führenden Blätter der Pfalz „die Pfälzische Post“ und die „Pfälzische Rundschau“ in Ludwigshafen haben trotz ihrer sonstigen verschiedenen politischen

III.

Die allgemein theoretische Haltung der Parteien (bei den pfälzischen Wahlen im Januar 1919 erhielten Stimmen: Konservative [Deutsche Volkspartei] 88 000; Zentrum [Bayerische Volkspartei] 124 000; Deutsche Demokratische Partei 59 000; Sozialdemokratische Mehrheitspartei 171 000; U. S. P. 7000) wird in dieser Epoche der politischen Geschichte der Pfalz (März) durch die Presse wiedergegeben; in Wahrheit jedoch liegt, wie wir es täglich bestätigt finden, die Sache so, daß die Fraktionsvorsitzenden der pfälzischen Parteien Kompromisse suchen für den, wie es scheint, nahe bevorstehenden Tag, an dem Frankreich die von General Gérard in ihren Linien vorgezeichnete Rheinpolitik — der Rhein die militärische Grenze, rheinische und pfälzische Autonomie — bestätigen wird.

Die durch Ministerpräsident Hoffmann in enger Verbindung mit der Münchener Regierung stehenden mehrheitssozialistischen Führer ordnen die Zukunft der Pfalz ihren Parteiinteressen unter. Ihre Truppe jedoch steht nicht geschlossen hinter ihnen.

Von General Gérard glücklich getroffene Maßnahmen, wie die Versorgung der Arbeiter von Ludwigshafen und Frankenthal mit Lebensmitteln, Unterstützung der Arbeitslosen usw., haben einen gewissen Zwiespalt in den sozialdemokratischen Block hineingebracht und die Unabhängigen zu einer noch feindlicheren Haltung veranlaßt. Die Sozialistenführer sind vor allem um die Erhaltung

Richtung von allem Anfang ab in richtiger Erkenntnis der dem Deutschtum in der Pfalz durch die bevorstehende Besetzung drohenden Gefahr dem Rufe „Los von Bayern“ die Parole „Fest bei Deutschland“ vorangestellt. Den pfälzischen Zeitungen, die vor der Besetzung die Frage der Trennung von Bayern in befürwortendem Sinne erörterten, daraus den Vorwurf mangelnden Nationalgefühls machen zu wollen, wäre ganz und gar ungerecht, da diese Trennungsbestrebungen mit den späteren Loslösungsbestrebungen nicht das Gerिंगste gemein hatten. Wenn später nach der Besetzung etwa im März 1919 die Erörterungen über eine Neuorientierung der Pfalz abermals aufgenommen wurden, so hat das seinen Grund darin, daß den Zeitungen ebenso wie den führenden Politikern von den französischen Behörden wiederholt auf das Bestimmteste versichert wurde, daß die

ihrer Wählerschaft besorgt aus persönlichem Interesse, welches ihnen rät, das sie mit ihren Truppen verbindende Band nicht zu zerschneiden. Sie sind entschlossen, sich einer neuen politischen Lage gegebenenfalls anzupassen, einen etwaigen Umschwung zu ihren Gunsten jedoch auszubeuten. So erklären sie sich denn, gleich ihren natürlichen Verbündeten, den konservativen Führern, gewissermaßen... als bedingte Republikaner! Aber als unbedingte Rallierte!

Sie kennen wohl den deutlich bekundeten Willen Frankreichs; die französische Presse hat sie davon in Kenntnis gesetzt. Außerdem sind ja auch schon diplomatische Widerstände in die Erscheinung getreten.

Diesen Willen Frankreichs respektieren sie, die „Tatsache“, das „fait accompli“, dem man sich eben beugen muß. Für sie bedeutet Recht immer Gewalt.

Von jetzt ab haben die konservativen und sozialistischen Führer nur noch einen Gedanken, der bei Männern mit Selbstbewußtsein und politischer Ueberzeugung zum mindesten verfrüht wäre: Stellung nehmen für die Zukunft unter Anpassung an die Gegenwart.

Wir haben diese Führer gesehen und haben uns in jener Zeit mit den meisten von ihnen lange unterhalten. Wollen wir ihre Namen, die wir späterhin wieder finden werden, im Gedächtnis behalten: die Konservativen Gebhardt und Katholi; der Mehrheitssozialist Profit, der Regierungspräsident der Pfalz, Herr v. Winter-

Trennung des linken Rheinufers vom rechten eine unabänderliche Tatsache sei. Daß die pfälzischen Zeitungen mit Ausnahme einiger Zentrumsblätter trotzdem, soweit es ihnen von der Zensur erlaubt wurde, ihr Festhalten am alten Deutschland immer wieder verkündeten, muß ja auch Jacquot, wenn auch nur widerwillig, zugeben. Er hätte daher, wenn er am Schlusse seiner Ausführungen die Gründe aufzählt, die den Plan des General Gérard zum Scheitern brachten, auch die pfälzischen Zeitungen nennen müssen, die durch ihre Unbestechlichkeit und Standhaftigkeit gegenüber allen Drohungen und Verlockungen, an denen es sicher nicht fehlte, dem Herodot der Etappe eine der schärjsten Waffen vorenthielten, die Stimmung der pfälzischen Bevölkerung in seinem Sinne zu beeinflussen und das Ringen um die Seele des pfälzischen Volkes zu seinen Gunsten zu entscheiden.

stein, der zwar vom König von Bayern in seinem Amte bestallt worden war, von der revolutionären Regierung jedoch in seiner Verwaltungstätigkeit belassen wurde!

Welches ist nun ihre Haltung? Oh, eine sehr klare! Sie fühlen, daß die moralisch schon eroberte Bevölkerung nach der Seite neigt, wo sie bestimmte wirtschaftliche und finanzielle Vorteile, wie: Lebensmittel, Kohlen, Rohstoffe usw., zu finden hofft. Die Befriedigung dieser Bedürfnisse jedoch, alle Welt fühlt es, hängt mehr als je von dem Willen und dem Schutze Frankreichs ab.

Und nun sehen wir, wie aus Berechnung, Interesse, zweifellos auch aus Scheinheiligkeit, dann aus persönlichem Ehrgeiz diese Männer, welche, wenn irgendmöglich, eine politische Rolle spielen möchten, auf dem Bauch liegen vor dem Oberkommando (s'aplatissent devant le commandement), die größte Ergebenheit heucheln, unverzüglich den Einladungen des Oberkommandos Folge leisten und die Illusion ergebener Bundesgenossen erwecken! Was ihre politische oder soziale Stellung anbelangt, so haben sie dieselbe meistens unter dem bayerischen, königlichen Regime sich errungen. Ganz gewiss hätten sie es vorgezogen, sie unter demselben Regime zu bewahren; aber lieber als daß sie ihre Stellung verlieren möchten, wollen sie mit dem Strom schwimmen! Als ihre Entschuldigung muß die „Tatsache“ herhalten! Dieses „fait accompli“ von morgen, welches jetzt schon den Willen des Volkes für sich gewinnt, zum mindesten aber seinen Wünschen Richtung gibt.

In dieser Gemütsverfassung nun lassen sie sich herbei, sich im Armeehauptquartier selbst darüber auszusprechen, welche politische Gestaltung für ihr Land ihrer Ansicht nach am vorteilhaftesten wäre. Alle, aber auch alle: Gebhardt, Katholy, Zapf, Profit *) usw. entscheiden sich nach Berufung auf das „fait accompli“ für einen von Bayern getrennten, um gewisse Distrikte im Norden und Westen sowie Birkenfeld vergrößerten, vor allem aber von Köln unabhängigen republikanischen Staat. Mir selbst gegenüber sprach

**) Die Herren Gebhardt, Katholy, Zapf und Profit äußern sich:*

1. Gebhardt: Eine persönliche Unterredung mit General Gérard habe ich nie gehabt; ich habe den Herrn General nur gesehen:

- 1) bei dem Empfang in Kusel, zu dem ich befohlen war,*
- 2) bei Eröffnung der Ausstellung in Zweibrücken und*

sich der sozialistische Abgeordnete Profit in dem Sinne aus, daß die künftige Republik durch Verschmelzung mit den Rheinlanden gar nichts gewänne, deren „Klerikalismus“ und „Papismus“ er für äußerst gefährlich hält.

3) bei den Sitzungen des Notabelnrates, zu denen ich eingeladen war.

Die Bemerkungen in der Niederschrift des Jacquotbuches über meine Haltung gegenüber den Franzosen entsprechen den Tatsachen nicht. Wohl habe ich bei amtlichen Zusammenkünften als Bürgermeister stets versichert, daß ich bestrebt sei, im Verein mit der Besatzungsarmee und den französischen Behörden für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung einzutreten. Dabei habe ich aber stets betont, daß ich ein guter Deutscher sei und an keiner Stelle einen Zweifel gelassen, daß ich auch Deutsch bleiben wolle. Vor dem Oberkommando bin ich nie auf dem Bauch gelegen. Es ist mir nie eingefallen, vor irgend jemand, und sei er wer er mag, auf dem Bauch zu rutschen, den Scheinheiligen zu spielen oder Ergebenheit zu heucheln. Ich war mir immer bewußt und weiß, daß wir 15 Jahre unter der Herrschaft der Franzosen zu leben haben und in dieser Erkenntnis habe ich danach getrachtet, ein erträgliches Verhältnis zwischen der französischen Besatzungsarmee und der einheimischen Bevölkerung herzustellen und zu bewahren. Was die politische Gestaltung der Pfalz anbelangt, so wurde ich einmal von einem französischen Major darüber einem förmlichen Verhör unterzogen. Zu diesem Verhör wurde ich telephonisch nach Landau befohlen, ohne daß mir mitgeteilt wurde, was ich dort zu tun habe. Nach Feststellung meiner Personalien wurde mir unerwartet und plötzlich die Frage vorgelegt, wie ich mir die Zukunft der Pfalz denke. Prompt antwortete ich, wir Pfälzer wollen bei dem Reich verbleiben. Mindestens dreimal wurde die Frage wiederholt und von mir dann in demselben Sinne beantwortet. Als der vernehmende Offizier sah, daß als Deutscher nichts mit mir anzufangen war, wurde er etwas erregt und erklärte: „Ich sagte Ihnen doch wiederholt, daß der Rhein die künftige Grenze für die Pfalz nach dem Reich bildet; sagen Sie mir, wie Sie sich linksrheinisch den Pfalzstaat denken?“ Ich sagte ihm, daß die Pfälzer für den Anschluß an die rheinische Republik nicht zu haben seien, für sich seien sie aber wirtschaftlich zu schwach, um ein eigenes Staatsgebilde zu schaffen und müßten infolgedessen Gebiete, die wirtschaftlich, geschäftlich, religiös, politisch, verkehrstechnisch die gleichen Interessen wie die Pfalz hätten, dem Pfalzstaat angegliedert werden. Zu diesen Gebieten gehöre das hessische linksrheinische Gebiet; die preußischen Landratsämter Kreuznach, St. Wendel, Neunkirchen, Ottweiler, Saarbrücken und das Fürsten-

Der konservative Abgeordnete Gebhardt gab, nach dem Journalisten Stenglein, zu, daß die große Masse der Bauern „erledigt“ („à plat“) und willenlos wäre und daß sie mit Leib und Seele für jede beliebige Macht zu gewinnen sei, die ihr Los

tum Birkenfeld. Herr Major Jacquot ließ mir sodann mitteilen, daß ich mich bereit halten müsse, Herr General Gérard wolle mich sprechen. Auf meine Bemerkung, daß ich nach Weimar reise und vorerst nicht zur Verfügung des Herrn Generals stehe, wurde ich entlassen.

Ich, als Gegner der „Freien Pfalzbewegung“ wendete mich an Herrn Dr. Stenglein, machte ihn auf die Gefahren, die sein Vorgehen für das Deutschtum bringe, aufmerksam, und forderte denselben auf, von seinem Gebahren, falls die mir bekannt gewordenen Nachrichten zutreffend seien, abzustehen. Gerade, weil ich unsere Bevölkerung nicht an Frankreich ausliefern wollte, warnte ich den Anwalt Dr. Stenglein und bat ihn, von seinem Beginnen abzulassen.

2. K a t h o l y: Zu den Bemerkungen, soweit sie mich betreffen, könnte ich ganz kurz sagen: lauter Unrichtigkeiten, um mich nicht schärfer auszudrücken.

Zunächst zähle ich nicht zu den Konservativen, sondern gehörte mein ganzes politisches Leben lang der Nationalliberalen, jetzt Deutschen Volkspartei an.

Nicht einer einzigen Einladung des Oberkommandos habe ich Folge geleistet, mit Ausnahme jener zu Sitzungen des Wirtschaftsrates. Ich ließ mich nicht bewegen, der Ausstellung in Zweibrücken anzuwohnen, ebenso bin ich den Einladungen zu hiesigen Konzerten nicht gefolgt.

Daß die Pfälzer Bevölkerung moralisch für Frankreich nicht gewonnen war, haben ja wohl am deutlichsten die Tatsachen gezeigt.

Mit Entschiedenheit muß ich es ablehnen, daß ich, aus welchem Grunde es auch gewesen sein möge, vor dem Oberkommando auf dem Bauche gelegen habe. Die Einladung zur Besichtigung der Ausstellung in Zweibrücken habe ich mit folgendem Brief abgelehnt:

Den 20. April 1919.

Herr General!

Die mir gestern abend in Ihrem Namen telephonisch übermittelte Einladung zur Besichtigung einer Ausstellung in Zweibrücken wurde mir nach meiner Rückkehr unterbreitet. Zur Zeit des Telefongesprüches war ich nicht zu Hause. Ich bitte den Herrn General, meinen verbindlichsten Dank für die freundliche Einladung entgegennehmen zu wollen.

Zu meinem lebhaften Bedauern kann ich derselben nicht Folge geben.

verbessern würde; zynisch oder offenherzig fügte er hinzu: „Sie dürfen nicht in Ungewißheit belassen werden, man muß sie vor die vollendete Tatsache stellen; sie werden jedem folgen, der sie führen will und zu führen versteht.“

Einmal bin ich erkältet, dann muß ich zu einer landwirtschaftlichen Versammlung, die auf morgen angesetzt ist, noch ein größeres Referat ausarbeiten. Außerdem ist mir auch der Charakter der Ausstellung nicht bekannt.

*Mit vorzüglicher Hochachtung ergebent
gez. Katholy.*

Ich lehne es mit Entschiedenheit ab, daß mich Berechnung, persönlicher Ehrgeiz oder gar Scheinheiligkeit geleitet haben, sondern für mich war nur ausschlaggebend, das Interesse der pfälzischen Bevölkerung zu wahren gegenüber den Einschränkungen durch die Besatzungstruppen.

Die Aussprache im Armeehauptquartier erfolgte auf Einladung des letzteren zu einer Besprechung. In derselben wurden fast nur wirtschaftliche Fragen erörtert. Ueber die zukünftige Zugehörigkeit der Pfalz zu einem deutschen Staategebilde legte ich die verschiedenen Möglichkeiten dar. Eine positive Stellung nahm ich nicht ein. Eine mir nahegelegte wirtschaftliche Orientierung nach dem Westen lehnte ich ab und hielt nur eine solche nach Rechtsrhein für die Pfalz diskutierbar. — Bereits am 16. Februar 1919 hatte ich bei meinen Ausschüssen eine Kundgebung angeregt für die treue ungeteilte Zugehörigkeit der Pfalz zum deutschen Vaterlande, welche einstimmige Annahme fand und auch in der Presse veröffentlicht wurde. Ich dürfte damit wohl der erste gewesen sein, der mit einer Kundgebung der Zugehörigkeit der Pfalz zu Deutschland an die Öffentlichkeit getreten ist. — Keine Gelegenheit ließ ich unbenützt vorübergehen, die treudeutsche und treubayerische Gesinnung zum Ausdruck zu bringen.

3. Zapf: Den mehrfachen Besprechungen, welche ich im Winter 1918/19 und im Frühjahr 1919 mit französischen Offizieren gehabt habe, lag allerdings eine vollendete Tatsache (fait accompli) zu Grunde, nämlich die Besetzung unserer Provinz durch fremde Truppen, deren Wirkungen damals recht fühlbar wurden. Mangel an Kohle, an Rohstoffen, Abschluß von dem bisherigen Absatzgebiet jenseits des Rheins waren die Klagen, welche aus allen Industriezweigen erklangen, vielfach zum Betriebsstillstande und zur Arbeitslosigkeit führten und mir nahestehende Industrien besonders hart betrafen. Ich habe deshalb wiederholt versucht, diese Schwierigkeiten zu beseitigen und die Bedingungen, unter denen unsere Bevölkerung zu leben und zu arbeiten hatte, zu mildern, habe aber

Dieser notorische, an seiner Sache verzweifelnde Alldeutsche kannte und lehrte uns die gute, sichere, allein wirksame Methode bei einem Volke, das durch eine hundertjährige bayerische Verwaltung jeden Willens und jeder politischen Initiative beraubt

jede politische Stellungnahme vermieden. Nachdem die pfälzische Industrie sich im Verband pfälzischer Industrieller, zu dessen Erweiterung und Befestigung ich mein möglichstes beigetragen habe, organisiert hatte, konnte ich meine Schritte einstellen.

Die sogenannte „Freie Pfalz“ habe ich immer für ein politisch und wirtschaftlich unmögliches und in der Zeit der Friedensverhandlungen besonders gefährliches Gebilde gehalten und aus dieser Ueberzeugung niemals und bei niemand ein Hehl gemacht.

* * *

4. Profit: Die Haltung des Abgeordneten Profit erhellet mehr wie jede andere Abhandlung folgender Brief, den Abgeordneter Profit am 23. März 1919, also unmittelbar nach seiner Zusammenkunft mit Jacquot, an den damaligen Reichskanzler Scheidemann geschrieben hat:

Herrn Scheidemann, Minister

Weimar.

Werter Genosse! Der bevorstehende Frieden wirft bereits Schatten voraus, die uns auf der linken Rheinseite ernstlich beunruhigen. Was geschieht mit uns? Diese bange Frage bewegt seit langem unsere Herzen und Gemüter. Ist im Rate der Alliierten darüber gar schon entschieden, ohne daß es unserer Regierung bzw. deren Unterhändlern möglich ist, dabei mitzureden und das uns Drohende — vom übrigen Deutschland abgeschnitten zu werden — zu verhindern? Fast scheint dies der Fall zu sein. Gestern war ich in das „Lager“ des Oberstkommandierenden der Pfalz nach Landau, 5. Bureau, 5. Sektion (Propagandaabteilung), berufen. Hier erklärte man mir, es sei entschieden unabänderliche Tatsache, daß in Zukunft

1. der Rhein die Sicherungsgrenze sei,
2. auf der linken Rheinseite dürfte deutsches Militär nicht sein und die Bewohner seien von jeglicher Militärdienstleistung befreit,
3. an der Zahlung der Kriegsentschädigung würden wir „Linksrheinener“ nur zu einem geringen Teil partizipieren. (Wie gnädig!)

Der Zweck dieser Berufung nach Landau war nun neben dieser Eröffnung, meine Meinung zu hören, wie ich mir, obige Tatsache vorausgesetzt, die Gestaltung der linken Rheinseite denke; denn, so meinte der Offizier, es würde uns vollkommen freigestellt sein, auf dem Gebiet von Weiffenburg bis Holland ein „Haus“

worden war. Da all diese Männer außerstande sind, den Volkswillen zu leiten, folgen sie ihm willig (docilement); denn sie wissen ganz genau, daß das Volk für die von ihnen befürchtete Lösung schon im voraus gewonnen ist und daß seine Ungeduld, seine

oder mehrere Häuser nach eigenem Belieben einzurichten. Man wolle uns von der Entente hier nichts dreinreden. „Sollte es eine unabänderliche Tatsache sein, daß unsere linken Rheinlande „neutrales“ Gebiet werden müßten, so könnten wir Pfälzer der Vereinigung mit dem Kölner Gebiet bis zur belgischen und holländischen Grenze keinen Geschmack abgewinnen. Eine Zusammenlegung der Pfalz mit dem linksrheinischen Hessen, Simmern, Birkenfeld und Saarbecken, weil mehr stammesverwandt, würde uns eher zusagen. Voraussetzung sei immer die wirtschaftliche Lebensfähigkeit.“ Dies sagte ich dem Herrn. Ich versäumte natürlich auch nicht, mit Entschiedenheit zu betonen, daß es unser aller Wunsch sei, bei dem übrigen Deutschland zu bleiben. Ebenso wir Pfälzer bei Bayern, von dem wir in der Ernährung bisher abhängig waren und es in Zukunft noch sind.

Werter Genosse Scheidemann! Nun das Entscheidende! Ist es überhaupt richtig, daß die oben erwähnten „Entscheidungen“ bereits getroffen sind? Ich zweifle immer noch daran. Ich halte es für aufgelegten Schwindel. Die Franzosen wollen es schließlich so haben, finden aber bei ihren Freunden nicht das nötige Verständnis. Sie wollen nun diesen sagen können, was wollt ihr, die Pfälzer, Hessen und Rheinländer wollen es ja selbst so, hier die Aussage des Abgeordneten Soundso, hier der, hier der usw. Dabei verschweigen sie wohl, daß man uns obige Punkte bereits als feste, unabänderliche Tatsache vorgetragen hat. Wenn diese meine Annahmen zuträfen — Herr Dr. Raschig von hier, Mitglied der Nationalversammlung ist der gleichen Auffassung —, und dieser Plan von „Weimar“ aus durchkreuzt werden könnte, wäre uns sehr gedient. Ich möchte ganz besonders Wert darauf legen, daß den Herren Franzosen eine etwaige Absicht unterbunden wird, aus solchen Erklärungen Nutzen zu ziehen.

Bis jetzt war uns nach Erledigung der Wahlen jegliche politische Zusammenkunft versagt. Für kommenden Sonntag hat man uns nun eine Konferenz genehmigt, in der wir den ganzen Fragenkomplex besprechen wollen. Natürlich unter Aufsicht der Franzosen. Es wäre mir nun sehr lieb, wenn Sie oder ein anderer eingeweihter Genosse uns Ihre Auffassung mitteilen und evtl. einige Verhaltensmaßregeln geben würden. Ich hoffe, diese Bitte nicht vergebens ausgesprochen zu haben und verbleibe

*mit den besten Grüßen:
gez. Profit.*

Unruhe und Nervosität nicht von der Verletzung seiner loyalen Grundsätze durch die Besatzungstruppen herrühren, sondern von der Ungewißheit, die noch über seinem Schicksale schwebt.

Der Regierungspräsident selbst, Herr v. Winterstein, nimmt jetzt unzweideutig Stellung. In einer geheimen Unterredung mit den Zentrumsabgeordneten Hofmann und Richter, worüber letzterer dem französischen Generalstab am 21. März 1919, zehn Tage nach der Unterhaltung, Bericht erstattet, sagte der Präsident: „Ich bin Anhänger der Trennung von Bayern; aber ich glaube, daß die Pfalz in ihrer gegenwärtigen Gestalt zu klein ist, um einen unabhängigen Staat zu bilden. Sie müßte um Birkenfeld, Kreuznach, Alzey, Meisenheim usw. vergrößert werden. Man müßte ferner für den neuen Staat eine Universität vorsehen, damit die Jugend nicht mehr gezwungen wäre, in Heidelberg oder München zu studieren. Der Zentrumsabgeordnete Richter fügte noch hinzu: „Herr v. Winterstein ist ein bedeutender Mann, der genau in den Angelegenheiten des Landes Bescheid weiß. Er wird einen ausgezeichneten Präsidenten der Republik abgeben. Den ganzen Beamtenkörper wird er hinter sich haben.“ *)

Nichts zu tun mit diesen „Rallierten“ haben andere Republikaner: die Annexionisten, die auf den Rat des französischen Oberkommandos selbst sich mit den unabhängigen Republikanern — Parteigängern einer autonomen und neutralen Pfalz — verbinden.

*) Am 11. März 1919 kamen die Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung, Hofmann (Ludwigshafen) und Richter (Landau), zum Regierungspräsidenten nach Speyer. Hierbei berichtete Hofmann, daß nach einer eben erfolgten mündlichen Erklärung des Generals Gérard es feststehe, daß der Rhein die politische, militärische und wirtschaftliche Grenze nach Osten bilden und dadurch eine Umbildung der staatsrechtlichen Verhältnisse auf dem linken Rheinufer notwendig werde; die Pfalz müsse sich schleunigst auf die Errichtung eines selbständigen Staatswesens einrichten. Hofmann stellte an den Regierungspräsidenten die Bitte, die Pfalz nicht zu verlassen, sondern im Amte zu bleiben, auch wenn die Pfalz vom Reiche getrennt würde. Der Regierungspräsident antwortete darauf, daß gegenüber den Gérardschen Aeußerungen größte Vorsicht am Platze sei. Für die Pfalz gelte

Endlich haben wir noch Republikaner, die den Gedanken einer im deutschen Bundesstaat mehr oder weniger verankerten rheinischen Republik vertreten. Diese letzteren gehören zum größten Teile der ehemaligen Zentrumsparlei an. Zu erwähnen ist noch die unzweideutige Haltung des Bischofs von Speyer und seines Generalvikars. Letzterer sagte einmal zum französischen Kontrolleur in Speyer (Oberst de Metz — D. H.): „Wo ist heute mein Vaterland? Es ist bei meinem Volke, für das ich verantwortlich bin und das zu retten ich alles versuchen muß. Ich stehe völlig auf dem Boden Ihrer Idee einer autonomen vergrößerten Pfalz. Wir können nicht mit den Idealisten gehen, die da sagen, daß sie in Schönheit sterben wollen, denn: ‚primo vivere‘.“

So haben sich denn wohl oder übel die politischen Führer der Pfalz der Volksmeinung angepaßt, teils aus Ueberzeugung, teils in Erkenntnis der Notwendigkeit der Volksströmung folgen zu müssen, teils aus Ehrgeiz oder Verstellung.

In den Regierungskreisen des Reiches ist die Unruhe auf ihrem Höhepunkt angelangt. Wenn wir Franzosen auch nicht alle Gründe kennen, warum Pfälzer und Rheinländer sich von Preußen und Bayern loslösen möchten, so kennen doch Berlin und München diese Gründe ganz genau! Am 28. Mai 1919 macht Herr Herold, der Führer der Zentrumsfraktion, in Gegenwart des Ministerpräsidenten und des Plenums des Preußischen Landtags folgende Ausführungen: „Wenn die Bewegung zur Lostrennung von Preußen — nicht vom Reiche, woran niemand denkt — eine so

die Parole, im Verband des Deutschen Reiches zu verbleiben. Sollte das vom Feindbund wirklich nicht zu erreichen sein und eine Neuformung des staatlichen Lebens auf dem linken Rheinufer notwendig werden, dann müßte in erster Reihe die Bildung eines möglichst großen Staatswesens angestrebt werden; sollte der Feindbund auch diese Lösung nicht zulassen, dann müßte jedenfalls die Pfalz durch Zuteilung der ihr benachbarten und völkisch verwandten Landstriche von Birkenfeld, Rheinhessen und des Saargebiets zu einem lebensfähigen Gebilde gemacht werden. Er, der Präsident, werde die Pfalz nicht im Stiche lassen, sofern er es mit seiner Ehre und seinem Gewissen verantworten könne. Abgeordneter Hofmann erklärte wiederholt, daß nach den Versicherungen des Generals der Pfalz schwerste Gefahr drohe und kam hierbei auch darauf zu sprechen, daß für den Fall der Abreißung der

große Entwicklung genommen hat, so rührt das u. a. auch daher, daß die alte Verwaltung die Sympathien der rheinischen Bevölkerung nicht zu erwerben verstand. (Sehr gut! und lebhafter Beifall im Zentrum.) Wie oft haben wir warnend unsere Stimme erhoben und bei der Regierung die Einführung eines anderen Verwaltungssystems beantragt und gebeten, uns vor allem nicht andauernd Verwaltungsbeamte aus dem Osten zu schicken! Wie oft und seit wie langer Zeit schon haben wir unsere Klagen hier vorgebracht, um eine gleiche Behandlung zu erreichen, ohne daß uns geholfen wurde. Jahrzehntlang haben die Rheinländer eine ihren Bedürfnissen angepaßte Verordnung über die Landgemeinden verlangt usw....“ („Temps“, 6. Juni 1919.)

Mit der charakteristischen Glätte und dem heuchlerischen Anpassungsvermögen der preußischen Politik wird Dr. Trimborn — vor dem Waffenstillstand einer der Führer der rheinischen republikanischen Bewegung — zum Gouverneur der Rheinprovinz ernannt, kurz bevor gegen die anderen republikanischen Führer, Dr. Dorten und Dr. Haaß, das Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet wird!

Die Stunde ist ausserordentlich günstig für die Verwirklichung des pfälzischen Planes (Plan palatin). Man hat den bestimmten, sicheren Eindruck, daß das durch unsere Armee vom Bolschewismus und Aufruhr gerettet, von uns auf den Weg der größten politischen und wirtschaftlichen Hoffnungen geführte und durch eine schon zu

Pfalz von Deutschland eine Universität zu gründen sei. Dem letzteren Gedanken stimmte der Regierungspräsident mit dem ausdrücklichen Bemerken zu, daß wenn wirklich das linke Rheingebiet neutralisiert würde, an die Bildung einer pfälzischen Hochschule herantreten werden müsse, damit die akademische Jugend nicht gezwungen sei, französische Universitäten zu besuchen. Am Schlusse der Unterredung versicherte der Abgeordnete Hofmann dem Regierungspräsidenten, daß er sich zur Mitarbeit an dem Werke der Erhaltung der Pfalz in der Treue zu Deutschland voll und ganz zur Verfügung stelle.

Jacquot flunkert, wenn er dem Präsidenten die Worte in den Mund legen läßt, er sei Anhänger der Loslösung von Bayern und man müsse für die vergrößerte Pfalz eine Universität vorsehen, damit die jungen Leute nicht mehr in Heidelberg oder in München zu studieren gezwungen seien.

lange Wartezeit mürbe gemachte Land nur noch auf den Anstoß und entscheidende Garantien wartet, um den letzten Schritt zu tun.

Wir werden nun sehen, wie die an diesem kritischen Punkt angelangte Stimmung allmählich umzuschlagen begann, wie und aus welchen Gründen allgemein politischer Natur die Masse wieder in ihre Indifferenz und ängstliche Neutralität zurückfiel. Wie dann vor allem die Opposition, der all das zugute kam, was die Republikaner geschwächt hatte, unter Führung der Beamten und durch Methoden, bei denen List, Drohung und Gewalt rasch aufeinander folgten, den verlorenen Einfluß und die dahingeschwundene Autorität wieder an sich zu reißen begann.

Kapitel III.

Die Entwicklung im April.

I. Frankreich und die rheinische Frage.

Plötzliches Verstummen der französischen Presse über die Forderung militärischer Garantien am Rheine — Der 7. April 1919 — Die Diskussion über das Saargebiet — Versagen unseres diplomatischen Willens — Appell der desannektierten Lothringer und der elsäß-lothringischen Republikanischen Volkspartei — Beunruhigung der öffentlichen Meinung Frankreichs.

II. Folgen des Verzichtes auf unsere Rheinpolitik.

Beunruhigung der öffentlichen Meinung in der Pfalz — Zertrümmerung der wirtschaftlichen, politischen und religiösen Einheit der Pfalz — Triumph der deutschen Presse — Das Losungswort aus Weimar — Wechsel in der Haltung der pfälzischen Abgeordneten — Ihre Verachtung der öffentlichen Meinung — Die Weimarer Depesche.

III. Haltung des Oberkommandos und ihre Folgen.

Worte des Kommandierenden Generals zur Beruhigung der Gemüter: Rede und Zusicherungen von Zweibrücken — Campagne der großen französischen Presse für die pfälzische Republik — Die Republikaner fassen wieder Mut und entscheiden, daß die Pfalz „Fare da se“.

I.

Am Ende des vorausgehenden Kapitels haben wir die öffentliche Meinung der Pfalz in dem Augenblick verlassen, wo sie, noch im Vertrauen auf den Schutz Frankreichs, seine politische und wirtschaftliche Hilfe, auf die Verminderung der Kriegslasten und die Abschaffung des Militärdienstes, im festen Vertrauen ferner auf die gemachten Zusagen und die versprochenen moralischen und materiellen Garantien nur noch auf ein Zeichen von uns wartete, um die Republik auszurufen. Den Augenblick hielt man für um so günstiger, als neue in München ausgebrochene spartakistische Wirren, die Ermordung Kurt Eisners, die vorübergehende Abwesenheit (éclipse) Hoffmanns, die Streiks in Thüringen und Sachsen, Berlin und Leipzig, die Unruhen in Hamburg und Braunschweig, sowie das allgemeine Wiederaanwachsen des Bolschewismus die Gegner der republikanischen Idee beunruhigten und wenn nicht ihre Unterstützung erhoffen, so doch wenigstens ihre Neutralität erwarten ließen.

Am 7. April 1919 befindet sich die Aktion für die pfälzische Republik auf ihrem Höhepunkt. Die telegraphische Nachricht vom Aufruhr in München ist gerade eingetroffen; eine Gruppe fieberhaft erregter (frémissants) Pfälzer hat unsere bevorstehende Abreise nach Paris erfahren; sie umdrängen unseren Wagen, bestürmen uns, für sie zu sprechen, ihre Sache zu vertreten und übergeben uns ein Schriftstück, das mit folgenden Worten schließt: „Sagen Sie (in Paris — D. H.), die Frucht wäre reif, und es wäre eine Schande, noch länger zuzuwarten. (Es möge durch Funkspruch bei Herrn General angefragt werden, wann? Die Frucht ist reif, am besten sofort. Es ist eine Schande, noch weiter zu verbleiben. Abgeordneter Richter an Major J[acquot], 7. April 1919.)

Leider konnte das Zeichen, das man hätte geben müssen, vom Kommandierenden General nicht mehr gegeben werden.

In der Tat hatte sich gerade jetzt die französische Presse, wie auf Befehl, über die möglichen Gesicke der Pfalz und der Rheinlande in Schweigen gehüllt. Es ist nur noch die Rede vom Saarbecken, seiner künftigen wirtschaftlichen und politischen Verfassung und Verwaltung sowie unserem Kohlenmangel. Hie und da schneidet eine Tageszeitung die rheinische Frage wieder ein-

mal an, jedoch nur um im Namen der militärischen Notwendigkeit Annexionsideen auszusprechen, an welche in den diplomatischen Kreisen niemand mehr zu denken wagt. Diese Scheincampagne hat obendrein noch den gewaltigen Nachteil, dem Präsidenten Wilson die französische Durchschnittsmeinung, wie sie für die Leser dieser Blätter charakteristisch ist, als von imperialistischen Ideen erfüllt darzustellen. Der diplomatische Wille Frankreichs tritt also immer noch nicht in die Erscheinung — 5 Monate nach dem Waffenstillstand, 5 Monate, in denen die Hoffnungen des pfälzischen Volkes nur durch vage und offiziöse Versprechungen genährt werden konnten. Er versteift sich auf das Saargebiet, wo er übrigens nur bei einem Kompromiß zu landen scheint.

Was den Rhein anlangt, so ist er nur noch in Gerüchten von einer zeitweiligen Besetzung zu erkennen.

Dem beredten Appell des Stadtrats von Metz, den der Bürgermeister Prevel selbst in Paris übermittelte, will nicht stattgegeben werden.

(Deutschland wolle in politischer und militärischer Hinsicht über den Rhein zurückgeworfen werden. Auf dem linken Rheinufer — mit den noch notwendigen Anschlußgebieten — wollen ein oder mehrere unabhängige und protegierte Staaten gebildet werden: Dies ist die Bitte sämtlicher desannektierter Lothringer und das einstimmige Verlangen des Stadtrats von Metz. [7. April 1919.]

Nachstehender, 3 Wochen später vom Ausschuß der elsäß-lothringischen Republikanischen Volkspartei ausgesprochene und von Herrn Millerand der Regierung übermittelte Wunsch hatte das gleiche Schicksal: „Der Vorstand der Republikanischen Volkspartei betont die Notwendigkeit der Sicherung des Gebiets der Nation, insbesondere des Elsaß, der Grenzmark Frankreichs, gegen jeglichen neuen Angriff durch Aufrechterhaltung der Besetzung des linken Rheinufers usw.“

Wir verzichteten auf die wertvolle Garantie des linken Rheinufers, wir verzichteten darauf, dort, allerdings von einem andern Ideale geleitet, die moralische Rolle Preußens zu spielen!

Wir verzichteten ferner auf unsere Propaganda, auf unsere Rolle als Zivilisatoren, wie sie doch der geschichtlichen Ueber-

lieferung, der normalen Entwicklung und der sozialen Psychologie der von uns besetzten Gebiete so angemessen war.

Dieser Verzicht wurde von den deutschen Drahtziehern als Bankrott unserer Hoffnungen und als Erfolg Erzbergers ausgelegt. Er sollte der Ausgangspunkt werden für einen Feldzug des Hasses und der Repressalien mit der Spitze gegen Frankreich, die Besatzungsarmee, ihren Führer, die pfälzischen Separatisten und sogar gegen unsere Industriellen und Kaufleute!

Man fühlt und errät wohl, daß Frankreich nicht allein ist, daß es — was ja ganz natürlich ist — mit seinen Verbündeten rechnen muß; man fühlt aber noch mehr — und das ist die schmerzliche, die beunruhigende Seite dieses Eindrucks — daß in der Beurteilung des europäischen Problems, welches Frankreich unmittelbar berührt, von dem seine Sicherheit, sein Leben, seine Zukunft abhängen, sein Standpunkt diskutiert, bekämpft und letzten Endes abgelehnt wurde — der Standpunkt Frankreichs, dessen Recht zu sprechen so teuer erkauft worden ist!

Diese (peinliche — D. H.) Tatsache vor allem findet in der französischen Presse und in der öffentlichen Meinung ihren Ausdruck in einer gewissen Unruhe, Niedergeschlagenheit, einem Sichgehenlassen und einer passiven Resignation. Hie und da finden wir einige Hoffnungsschimmer auf problematische Zwischenfälle, eine unerwartete plötzliche Wendung der Lage und unvorhergesehene Theatercoups, wodurch unsere Vertreter die diplomatische Leitung der Verhandlungen wieder an sich bringen könnten.

II.

Wenn nun schon die öffentliche Meinung Frankreichs durch diese Unentschiedenheit, dieses Umhertasten, diese konfuse Unklarheit verwirrt wurde, wo man fühlt, daß wir jegliche Leitung, jegliche Initiative und jegliche Handlungsmöglichkeit verloren haben, überlassen wir es dem Leser, einmal nachzudenken, wie der Eindruck war auf das pfälzische Volk. Es glaubte und es hatte Grund dazu, daß Frankreich kein Interesse mehr habe an der Pfalz und den Männern, die als Träger des Gedankens einer autonomen Republik unserem eigenen Interesse gedient und sich dadurch den Drohungen der Reichsregierung ausgesetzt hatten sowie einer unvermeidlichen Bestrafung an dem

Tage, an dem das Land wieder unter die ausschließliche Herrschaft Berlins zurückfallen würde.

Die französische Presse hinwiederum ließ die Angliederung gewisser Bezirke des Westrichs (St. Ingbert, Homburg, Zweibrücken) an das Saargebiet durchblicken, beruhigte aber gleichzeitig die Großindustriellen dieser Gegend, die befürchteten vom Kohlengebiet abgeschnitten zu werden, über ihre wirtschaftliche Zukunft. Die Ost- und Nordpfälzer jedoch sahen darin einen weiteren Beweis für den Wechsel in der Haltung Frankreichs, das mit der Desinteressierung an den politischen Geschicken des Landes noch nicht zufrieden, nun obendrein auch noch seine wirtschaftliche Einheit und sein religiöses Gleichgewicht zerschlug und in gewissem Sinne die Pfalz physisch und moralisch zerstückelte. (Infolge der Annexion des Saargebiets gehen 80 000 zum Bistum Speyer gehörige Katholiken an den französischen Kultus über.)

Zahlreiche francophile Pfälzer verzweifeln jetzt und schicken sich an, ihr Land zu verlassen und ins Elsaß einzuwandern. Andere wieder wollen versuchen, eine Bewegung für die Angliederung an das Saargebiet hervorzurufen. Wieder andere endlich sind entschlossen, den Kampf weiterzuführen im Vertrauen auf den unser Land repräsentierenden militärischen Führer und im Vertrauen auf Frankreich. Sie spekulieren auf die Ungewißheit, welche noch über der diplomatischen Lage schwebt. Im nächsten Kapitel werden wir sie wiederfinden.

In dem Augenblicke, wo die französische Presse keinerlei Bestimmtheit zeigt und ihre Unruhe verrät, von Uneinigkeit des Viererrats spricht, von Abreisedrohungen des Präsidenten Wilson sowie von vergeblich tagenden „Commissions de suggestions“; im Augenblick, wo das Fehlen einer diplomatischen Leitung und die sich daraus ergebende Unmöglichkeit einer festen, entscheidenden Rheinpolitik den Kommandierenden General zwingen, dafür — im Interesse der Aufrechterhaltung des moralischen Niveaus — in die Bresche zu springen durch ebenso kühne als besonnene und energische Maßnahmen: in diesem Augenblick kennt die deutsche Presse ganz genau die wahren psychologischen Ursachen dieses Haltungswechsels. Sie beutet sie weidlich aus.

(Die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ beginnen über den französischen Imperialismus loszuziehen [démoncer].) Sie kennt den französischen Standpunkt und die aus ihm entstandenen Gegensätze unter den Alliierten. Sie weiß vor allem, daß es uns nicht gelingen wird, die uns direkt interessierende Lösung durchzusetzen, welche für sie wie für uns die wahre Sanktion, die einzige Sanktion des Krieges bedeutet. (Marschall Foch hat am 3. April Erzberger die militärischen Entschließungen der Entente mitgeteilt.)

Die Regierung in Weimar ruft daher mit größter Eile die Vertreter der Pfalz: Profit, Hofmann, Gebhardt usw., zu sich, um ihnen die sichere Nachricht zu verkünden: „Der Rhein wird nicht die militärische Grenze Frankreichs sein, noch weniger die politische Grenze Deutschlands oder die Zollgrenze; der Rhein wird deutsch, das Rheinland preußisch oder bayerisch bleiben. Frankreich hat Euch an der Nase herumgeführt (vous a berné); sein Wunsch war der Vater seiner Gedanken. Es soll jetzt merken, daß Eure Leichtgläubigkeit nichts weiter war als Furcht oder Unkenntnis der Lage. Geben Sie all dieses Ihren politischen Freunden sowie den Beamten schnellstens bekannt. Tat und Angriff sollen nun dem passiven Verhalten und der Resignation folgen.

Die Stunde zum Beginn des Kampfes, zur Einschüchterung und Wiedergewinnung der öffentlichen Meinung der Pfalz ist gekommen. Waffen dazu liefern der diplomatische Schiffbruch der französischen Rheinlandspolitik sowie seine unklug eitlen Versprechungen.“

So sprach man in Bamberg, Weimar und München. Die Abgeordneten kehrten mit anderen Gesichtern zurück und begannen die öffentliche Meinung im neuen Sinne zu bearbeiten. Zunächst jedoch mußten sie sich die Zeit nehmen, ihren Haltungswechsel zu motivieren.

Sie taten dies in der Presse oder bei politischen Versammlungen und zwar, ob sie nun der Sozialdemokratischen Partei oder der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) angehörten, nach einer so gleichen Formel, daß man unbedingt annehmen muß, sie sei ihnen diktiert worden.

Hören wir Hofmann, den Redner vom 19. Februar 1919 im „Schwan“, Unterzeichner der Petition an den Marschall Foch und

Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei: „Die Vorstandschaft der Bayerischen Volkspartei der Pfalz erklärt, daß sie niemals einer Annexion der Pfalz durch die Entente, noch einem Protektorat derselben über die Pfalz das Wort geredet hat.

Wenn die Parteipresse oder gewisse Mitglieder der Partei in der Frage der Bildung einer linksrheinischen Republik Stellung genommen haben, so ist dies nur geschehen in der Perspektive des Friedensvertrags. Das Bekenntnis zum Deutschtum ist für uns eine Selbstverständlichkeit.“

Der Abgeordnete Profit, Führer der pfälzischen Sozialdemokratischen Mehrheitspartei, muß sich entlasten (dégager). Er tut dies am 3. April in Neustadt. Aus dem Autonomiegedanken macht er eine reine Zentrumsidee. Er fügt hinzu: „Wenn ich am 21. März bei der Unterredung mit dem Stabsoffizier, Major Jacquot, der Errichtung einer um gewisse Distrikte vergrößerten pfälzischen Republik ohne bestimmte klerikale Tendenzen, wie sie in den Rheinprovinzen vorherrschen, zugestimmt habe, so habe ich das nur getan, weil man mir versicherte, daß im Friedensvertrage der Rhein die militärische und politische Grenze Frankreichs bilden werde.“

So sieht man denn wieder einmal, wie wenig die pfälzische öffentliche Meinung für solche Männer bedeutet. Sie wissen ganz genau, daß diese Meinung beim Fehlen einer politischen Erziehung sich passiv auf die Seite des Stärkeren schlagen muß. Diese ehrgeizigen Politiker, in deren Seele die Partei die Stelle des Vaterlandes einnimmt, fühlen, daß das Rad des Schicksals sich gedreht hat und daß, wenn sie nur ein wenig dabei nachhelfen wollen, sie, Konservative und Sozialisten, es sind, die morgen in einem verhängnisvollen Kompromiß das kaiserliche Deutschland wieder erwecken werden, durch preußische Diktatur und Gewalt, die Arbeiterbataillone („cadres socialistes“) sowie den Reichtum der Rheinlande!

Am 19. April erhielten die Abgeordneten ein Telegramm aus Berlin mit dem Befehle, ihre Propaganda gegen den kommenden Friedensvertrag und die Loslösungsbestrebung intensiver zu gestalten, zweifellos um ihren Eifer anzustacheln

angesichts der entschlossenen Haltung des Generals Gérard, der seinerseits die Partie nicht aufgeben zu wollen schien.

III.

Wir stehen am Vorabend der Eröffnung der französischen Kunstausstellung in Zweibrücken; der Abgeordnete Richter soll daselbst eine Rede halten als Antwort auf die des Generals. Katholy, Vorsitzender landwirtschaftlicher Verbände, sowie der Rechtsanwalt Zapf aus Zweibrücken, beide Mitglieder des Notabelnrats, haben sich „krank“ melden lassen!

Der Abgeordnete Richter ist nervös, unruhig; er wird hingehen, aber wird er auch sprechen? Seine Frau fleht uns an: „Herr Major, Herr Major, Sie werden uns doch unter Ihren Schutz nehmen.... sonst wird man meinen Mann erschießen.“

Am folgenden Tage, am 20. April, benutzt der General die Eröffnung der Ausstellung, um in Gegenwart der im Schmuck ihrer wallenden Federbüsche, ihrer Orden, ihrer silbernen und goldenen Litzen erschienenen Beamten als würdiger Vertreter der Interessen Frankreichs zu sprechen und die Franzosenfreunde sowie die pfälzischen Republikaner zu beruhigen.

„Das hauptsächliche und wesentliche Ziel dieser Ausstellung ist es, diesem Lande den Geist Frankreichs zu vermitteln. Der Geist unseres Landes ist weder tyrannisch, noch herrschsüchtig. Wie die Gegenstände in diesen Schaukästen strahlt er eine weise und milde Harmonie aus, eine freundliche und doch kraftvolle Ausgeglichenheit, eine heitere und aufrichtige Schönheit. Diese Gegenstände sind wie unsere Rasse, wie unsere Ideen. Sie kennen nicht die Härte, die Schwerfälligkeit und die Anstrengung. In ihrer stillen Beredsamkeit werden sie Ihnen sagen, daß wir nicht als Despoten oder Tyrannen in die Pfalz gekommen sind.

Wir sind hierhergekommen als Sieger. Wir verweilen augenblicklich hier als die Schützer der Ordnung, von Hab und Gut, von Leib und Leben. Wir werden hier für eine im Friedensvertrag noch zu bestimmende Zeit verbleiben, d. h. solange als es unsere Sicherheit und die der Pfalz erfordern.

Denn die Aufrichtung unseres Ideales legt uns eine oberste Pflicht auf: seinen Schutz gegen jede etwaige Wiederkehr der unheilvollen Mächte einer Vergangenheit, die man für ewig ausgelöscht hätte glauben können.

Die Geschichte jedoch lehrt, daß Cäsarismus und Militarismus immer wieder die großen sozialen Stürme mehr oder weniger ablösen. Deutschland macht gerade so einen Sturm durch. Wird sich diese Lehre wiederum bewahrheiten? Das republikanische Frankreich weiß es nicht und gerade aus diesem Grunde legen uns unsere Sicherheit, die Wiederherstellung unserer gemarterten und verwüsteten Provinzen, das Interesse sogar dieses zu allen Zeiten von feindlichen Armeen durchzogenen Landes hier die Pflicht auf, uns am Rheine bestimmte militärische Garantien zu sichern.

Welches werden nun diese unerläßlichen Garantien sein? In einigen Tagen werden wir es wissen.

Immerhin gibt es etwas Sichereres als eine Flußgrenze, etwas Stärkeres als Festungen, etwas Stärkeres als sogar das Heer, um uns gegen die über kurz oder lang erfolgende aggressive Wiederkehr des preußischen Militarismus zu schützen.

Dieses Etwas ist: gute Nachbarschaft. Es sind die erleichterten Wirtschaftsbeziehungen, dieselben sozialen Ideen, dieselbe große Hoffnung und dasselbe große Vertrauen in die Möglichkeit, durch Recht und Gerechtigkeit eine bessere Menschheit heraufzuführen. Weil nun der französische Geist, der strahlt ohne zu blenden, einen solchen Charakter besitzt, ist diese Ausstellung nicht ein Unternehmen des Handels; es dreht sich nicht einzig darum zu kaufen oder zu verkaufen, gierig Bestellungen anzunehmen und den Gewinn daraus zu berechnen.

Nein, kein Bluff, keine Reklame, keine Habgier, keine kaufmännische Ungeduld!

Mehr als Dinge, Ideen sind es, die hier ausgestellt sind, Ideen von einer einzig dastehenden Größe. Die Pfälzer, deren Vorfahren vom Sturme der großen Revolution mitgerissen wurden, und die sich unter der Fahne der Freiheit schlugen, sind herrlich vorbereitet, um all das zu verstehen!

Ich erkläre die Ausstellung für eröffnet und wünsche, daß sie den edlen Erfolg hat, den sie verdient, den edlen und großen Erfolg eines Werkes der Schönheit und des Geschmacks und vor allem der Humanität, eines Werkes, das jetzt schon über den engen Rahmen dieses Hauses und dieser Stadt hinausgreifen möchte, um des

Stolzes willen, in der Geschichte mit der Neuorientierung der wirtschaftlichen Geschicke dieses Landes zusammenzufallen.“

Auf die Befürchtungen, welche vom Journalisten Stenglein aus Homburg, Rechtsanwalt Goldberg *) von der deutschen demokratischen Partei sowie dem Zentrumsabgeordneten Richter ausgesprochen wurden, antwortete der General: „K o m m e w a s d a w o l l e , F r a n k r e i c h w i r d S i e n i c h t i m S t i c h e l a s s e n .“

Zu dieser Zeit begann die große Pariser Presse ihre besten Korrespondenten in die Pfalz und die Rheinlande zu senden, um die öffentliche Meinung Frankreichs über die ihr bis jetzt unbekanntes autonomistische Bewegung aufzuklären.

In diesen kritischen Stunden waren zunächst „Oeuvre“ (General Verraux), dann „Petit Journal“ (Leutnant Marson), „Petit Parisien“ (G. de Maizières), und der „Temps“ (Leutnant Mommeja) die Stützen des republikanischen Gedankens in der Pfalz und seiner Führer.

„Welche Regierungsform gedenkt man dem linken Rheinufer zu geben?“, so schrieb General Verraux. „Will man der imperialistischen Boche-Republik helfen, ein noch mächtigeres militärisches Deutschland wieder aufzurichten, als wie wir es mit unseren Waffen niedergeschlagen haben oder wird man im Gegenteil dieses Deutschland zerstückeln?“. . . . Solche Fragen höre ich überall in der großen Stadt der bayerischen Pfalz, in der ich mich gerade befinde und wo ich jetzt immer noch weile.

Inzwischen kann ich nur mit Bedauern die vergeblichen Anstrengungen der braven Leute konstatieren, die, ohne Direktiven, ohne bestimmte Instruktionen alles tun, was ihnen irgend möglich ist. Heute treibt man sie an, morgen hält man sie zurück, während es möglicherweise doch so leicht wäre, von der Lauter bis zur Nahe

**) Herr Rechtsanwalt Goldberg bemerkt hierzu:*

„Ich habe niemals Befürchtungen ausgesprochen, auch nicht gegenüber General Gérard bei der Eröffnung der Zweibrücker Ausstellung, zu der ich wie die anderen Mitglieder des damals gerade geschaffenen Wirtschaftsausschusses geladen war. Es bestand für mich hierzu auch a b s o l u t keine Veranlassung. Ich habe General Gérard erst bei der Eröffnung der Zweibrücker Ausstellung kennen gelernt. In der kurzen Zeit, die General Gérard damals zu mir sprach, hat er den obigen Ausdruck nicht gebraucht.“

zwischen Frankreich und Germanien eine feste Grenzmark einzuschieben, deren Aufrichtung in Erinnerung an Karl den Großen und mit Anlehnung an die Methoden eines Hoche den Erfordernissen des Weltfriedens entsprechen und das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker wahren würde.“ („Oeuvre“, 18. April 1919).

„Daß die Pfalz nach Unabhängigkeit strebt und den glühenden Wunsch hat, das von Wilson gepriesene Selbstbestimmungsrecht der Völker auf sich selbst anwenden zu dürfen, steht außer Zweifel. Aber es wäre der schwerste Irrtum, den Wunsch der Pfälzer, nicht mehr von Bayern oder Preußen regierte Deutsche zu sein, mit dem Wunsche, Franzosen zu werden, verwechseln zu wollen.

Mögen sie uns auch noch so nahe stehen, durch eine gewisse, von den norddeutschen Rassen sehr verschiedene Geistesart, so haben sie doch durchaus keine Lust unsere Landsleute zu werden, ebensowenig wie wir Lust haben, sie als solche aufzunehmen. Deutsche sind sie, Boches bleiben sie mit dem einzigen Wunsche, selbständig und neutral zu werden; neutral lieber noch als selbständig, neutral vor allen Dingen. So groß ist bei diesen vernünftig und friedlich gewordenen Leuten der Wunsch, für immer von der Geißel des Krieges verschont zu bleiben.“ (G. de Maizières, „Petit Parisien“, 1. Juni 1919).

„Seit 14 Tagen folgt eine Versammlung der andern. Folgende Worte des Rechtsanwalts Feibelmann, des Vertreters der Deutschen Demokratischen Partei, werden unverzüglich von andern aufgenommen: „Wir müssen ohne Zögern die republikanische Staatsform annehmen.“ Die dringende Notwendigkeit, die pfälz. Industrie mit den ihr lebensnotwendigen Kohlen und Rohstoffen zu versorgen sowie das so oft proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker drängen wuchtig auf eine rasche Lösung hin, welche ich, für meinen Teil, als sehr nahe bevorstehend erachte.“ (Leutnant F. Marson, „Petit Journal“, 20. Mai 1919.)

Einer der bedauerlich wenigen Parlamentarier endlich, die Wert darauf legten, an Ort und Stelle sich zu informieren, schrieb nach mehreren Reisen in die Pfalz: „Welches sind die Wünsche der Pfalz für heute und morgen? Leben, Arbeit, Freiheit. Nicht mehr „am Gängelbände geführt werden“. In Ermangelung von Handelsverbindungen mit dem rechten Rheinufer erstrebt sie ein Zollab-

kommen für den Austausch ihrer Boden- und Industrieprodukte mit Frankreich. Es sind das: das Holz ihrer gewaltigen Wälder, die Weine ihrer berühmten Rebenhügel, die Erzeugnisse ihrer chemischen Fabriken — die von Ludwigshafen zählen zu den größten der ganzen Welt — und ihrer bekannten Zuckerfabriken (Frankenthal!); die Erzeugnisse ferner der Pirmasenser Leder- und Schuhindustrie, die Kaiserslauterer Nähmaschinen, das Getreide des Kreises Birkenfeld, dessen Anschluß von der Pfalz verlangt wird, endlich die Kohlen von St. Ingbert, dessen Angliederung an das Saargebiet sie bedauern würde, wenn durch das künftige Saar-Regime die pfälzischen Fabriken um ihre Kohlen kommen würden.

Die Pfalz ihrerseits wäre glücklich, von Frankreich das ihr Fehlende zu erhalten: Lebensnotwendige Erzeugnisse, sowie Kunst- oder Luxusgegenstände, wie man sie soeben in der von den Generälen Gérard und Lebrun organisierten französischen Ausstellung in Zweibrücken bewundern konnte. Da sie Elsaß und Frankreich viel näher liegt als Bayern, würde sie es sich nicht versagen, ihre Söhne an die Universitäten Straßburg und Nancy zu schicken. Vor allem aber wünscht sie ein Wirtschaftsstatut, das sie vor der Ungewißheit der Zukunft schützt. Auf ihre Gewohnheiten, ihre sozialen Einrichtungen und ihre Koalitionsfreiheit erpichte Pfälzer, darunter einer ihrer ersten Abgeordneten, haben uns gesagt: Wir wollen uns auf die Seite schlagen, wo es uns am besten gehen wird!

Das also ist der Kern ihrer Politik.“ (Senator Couyba, Ex-Minister, „Les Annales“, 29. Juni 1919.)

Die große Pariser Presse war es, man kann es zu ihrem Lobe sagen, in erster Linie, welche den aufrichtigen und streitbaren Geistern, den Leuten, die es wagten, den durch die Weimarer Erklärung und ihre vermeintliche Kenntnis von der Haltung des Präsidenten Wilson beruhigten konservativen und sozialdemokratischen Führern die Stirne zu bieten, nach und nach die Idee suggerierte, sich in mutigem, entschlossenem Kampfe durchzusetzen und aus eigener Kraft die pfälzische Republik zu gründen, der wir unsere offizielle, politische und militärische Unterstützung nicht gewähren konnten.

Kapitel IV.

Die Pfalz „Fare da se“.

I. Enttäuschung der Republikaner.

II. Der Plan des Herrn von Winterstein.

Presse-Campagne — Befehle an die Beamtenschaft — Anweisungen an die Justizbehörden und die Polizei — Drohungen gegenüber den Führern der republikanischen Bewegung — Verleumdungsfeldzug — Tendenziöse Organisation von Putschen — Haltung gegenüber den Franzosen.

III. Ausführung des Planes Winterstein.

Streikbefehle — Die Polizeimanifestation von Zweibrücken — Einberufung des Landtages — Verhaftung der Führer der separatistischen Bewegung.

IV. Energische Maßnahmen des Kommandierenden Generals der 8. Armee. — Folgen.

Wiedererstarben der republikanischen Aktion — Appell an Frankreich und an die Besatzungsarmee — Speyerer Kundgebung vom 1. Juni — Haltung der Armee — Schluß.

Die Rheinpolitik Frankreichs hatte mit Rücksicht auf die Alliierten und in Ansehung der noch später zu treffenden Entschliefungen niemals, wie wir gesehen haben, eine präzise aktive Form angenommen. Im Prinzip verblieb sie stets im Rahmen des Offiziösen und machte geistige Propaganda viel mehr als eine solche der Tat. Unser Verzicht auf eine Rheinpolitik hatte nun die soeben untersuchten Tatsachen zur Folge.

Die Masse, deren Geist im Feuer der Polemik einen Augenblick aus der Lethargie aufgewacht war, in die sie die Junker versenkt hatten; die Masse, die ihre Sympathie gezeigt hatte, soweit sie es eben ohne Furcht vor Repressalien konnte; die Masse, die sich über die Verlegenheit Bayerns und Preußens ins Fäustchen lachte — die Masse fiel wieder zurück in ihre ängstliche Gleichgültigkeit und Resignation. „Es hat ja doch keinen Wert“ oder „gegen Preußen ist nichts zu machen, wenn Sie uns nicht offen unterstützen.“

Wie oft haben wir diese Worte der Enttäuschung gehört! Infolge der Ereignisse hatten sich die Separatisten von selbst in drei Gruppen geschieden: die Politiker und Arbeiterführer der Sozialdemokratie hatten nun von seiten ihrer Wähler und der Arbeiterschaft nichts mehr zu befürchten, spielten die Entrüsteten und kehrten wieder in den Schoß des bayerischen oder deutschen Vaterlandes, in den Schoß ihrer nationalen Partei zurück. Offenbar hatten sie sich für ihre Herde nur deswegen interessiert, um sie besser überwachen zu können; mit dem Plane einer Autonomie hatten sie nur deswegen geliebäugelt, um ihn besser kennen zu lernen und studieren zu können, mitzumachen, wenn es sein mußte, ihn jedoch bei jeder günstigen Gelegenheit zu sabotieren, um sich beim ersten Anzeichen von Schwäche in entschlossene Gegner zu verwandeln.

Die Männer des Zentrums verwiesen auf die Kleinheit der Pfalz und begannen ihre Hoffnungen nach der rheinischen Republik hin zu orientieren, wo tatsächlich ihr Einfluß entschiedener in die Erscheinung trat. Diese Republik konnte ihre Anhänger in konfessioneller Beziehung weit mehr befriedigen, als sich dies von einer pfälzischen Republik erhoffen ließ, welche durch den Vorfriedensvertrag 80 000 Saarkatholiken verloren hatte. So sehen wir denn, wie der Bischof von Speyer, Monsignore Ludwig Sebastian,

und sein Generalvikar, ein gebürtiger Lothringer — die sich bisher als diskrete und eifrige Agenten, als die einflußreichen Verbreiter der Idee einer pfälzischen Republik gezeigt hatten, nunmehr zu der rheinischen Republik abschwanken, wo sie einen Teil ihrer verlorenen religiösen Kundschaft wieder zu finden hofften. Inzwischen jedoch stellte der kompromittierte Bischof (l'évêque compromis) das Ersuchen, bei den Prozessionen das blau-weiße Banner entfalten zu dürfen, die Farben des Bistums Speyer und Bayerns!*)

So verblieben also nur noch die Republikaner der ersten Stunde, verwirrt zwar und unruhig, aber unerschütterlich treu ihren Ideen. Sie wollten nun versuchen, ihre Aktion lebendig zu erhalten, ihre Propaganda fortzusetzen, Anhänger bei der Arbeiterschaft zu gewinnen und ihren Willen gegen die schon keimende Opposition mit Gewalt durchzusetzen. Diese Opposition wurde von der ganzen deutschen rechtsrheinischen Presse unterstützt und ermutigt; bezahlt wurde sie von der bayerischen Regierung, unterstützt von gewalttätigen, zu jeder Schandtat bereiten Elementen; unter dem Losungsworte „Auf die Franzosen, drauf, auf die Verräter!“ sollte sie bald in einer geschlossenen Phalanx die preußischen und bayerischen Beamten des alten königlichen Regimes und die sozialistischen Führer der Arbeiterverbände sowie die alldeutschen oder nationalliberalen Großindustriellen und Großgrundbesitzer vereinen. Die Masse zählte nicht mehr mit, sie folgte nur. Rufen wir uns die Worte des konservativen Abgeordneten Gebhardt ins Gedächtnis: Sie ist „erledigt“ (à plat),

**) Hierzu hat der Herausgeber folgende zuverlässige Informationen erhalten:*

„Der Bischof von Speyer hielt sich von politischen Fragen fern. Er war nie ein Verbreiter der Idee einer Pfälzischen Republik. Als Beweis dafür dient auch die Bemerkung des Majors Denis beim Kontrollamt Speyer zu dem Redakteur Dr. Wülk, damals in Speyer, am 10. Mai 1919: „Der Bischof von Speyer ist uns nicht freundlich gesinnt“, und am 31. Mai 1919: „Der Bischof von Speyer und der Regierungspräsident sind offene Gegner der „Freien Pfalz“ (s. „Augsb. Postzeitung“ N. 51 v. 1. Febr. 1920!); vergl. auch: „Rheinische Warte“ N. 3, 2. Jahrgg. „Briefe aus der Pfalz“. In der Pfalz weiß jedes Kind, daß gerade unser Bischof solchen Bestrebungen niemals Vorschub geleistet hat und ihnen schroff gegenüber steht,

sie wird jedem folgen, der sie führen will und kann, wenn sie auch immer auf die Preußen geschimpft hat.

Diese Phalanx holte nun zum Schlage aus. Sie stützte sich auf alle die Kräfte, die ihr aus dem bürokratischen System und der organisierten Arbeiterschaft des Landes zuflossen; ferner auf die alte Disziplin des Verwaltungs- und Polizeikörpers, der ohne jede revolutionäre Aenderung von unseren eigenen Truppen unversehrt erhalten worden war, während in Deutschland selbst teilweise von Grund aus diese Körperschaften umgestaltet wurden. Die Organisatoren des Schlages waren fest entschlossen, rücksichtslos und grausam vorzugehen und alle die hinterlistigen und brutalen Methoden anzuwenden, durch welche sich die Preußen von jeher zu Meistern in der Unterdrückung zu machen wußten.

Der Regierungspräsident der Pfalz, Herr v. Winterstein, erster Beamter der Provinz und fränkischer Junker, der vom König von Bayern in seinem Amte bestallt worden war und seine Instruktionen vom sozialistischen Volksstaate erhielt, entwarf nun seinen Plan des Widerstandes.

Es ist Mai. Der Vorfriedensvertrag ist bekannt. Der Plan umfaßt:

1. Für das Volk: Eine Pressecampagne: Deutschland ist erniedrigt, die Pfalz ist es doppelt, weil Frankreich sie zum besten hielt.

Keinerlei Ausnahme, keine Vergünstigung im Friedensvertrage; keine besondere Rücksichtnahme auf die besetzten Gebiete

Der Generalvikar Molz ist kein Lothringer, sondern ein Pfälzer; er ist in Hochstein, Pfalz, geboren, auch seine Eltern waren Pfälzer, nicht Lothringer.

So sucht Jacquot auch dem Besuch des Bischofs bei General Gérard am 29. Mai in Landau eine Auslegung zu geben, die der Wirklichkeit nicht entspricht. Bei der Firmung in Roxheim am 23. Mai hatte es insbesondere Erregung bei dem Volke hervorgerufen, weil der Firmungsprozession der Pfarrei Bobenheim, während sie sich schon auf den Weg nach Roxheim begeben hatte, plötzlich die weißblauen Fahnen weggenommen wurden. Dort war die Stimmung der Bevölkerung ohnehin erbittert, weil französische Soldaten einen Wirt, der auf Grund der französischerseits erlassenen Verordnungen die Abgabe von Getränken zu verbolener Zeit ihnen verweigert hatte, kurzerhand niedergeschossen hatten.

zur Milderung ihres Loses; die Pfalz muß bezahlen, ihren vollen Anteil bezahlen. Keinerlei Zollvergünstigungen: Die Grenze ist in Weißenburg. Deshalb muß sich die Pfalz zu ihrem wahren Vaterlande bekennen und seine Leiden und Opfer teilen, wie sie an seinem Ruhme teilgenommen hat. Stolze Resignation; Würde in der Erniedrigung; stilles Tragen des Leides; Hoffnung auf die große deutsche Nation, auf die deutsche Einheit, die enger sein wird denn je. Die Zukunft liegt in Gottes Hand, der Tag des Rechts wird wieder leuchten. Deutschland wird seine Revanche haben. Frankreich selbst zeigt durch seine Verachtung der Pfalz den moralischen Weg, den sie zu gehen hat.

2. Befehle an die Beamten: Diese bilden das Rückgrat des Landes, der rheinischen Kolonie, wie die Unteroffiziere das der Armee. Sie sind die eifersüchtigen und interessierten Wächter der „Melkenden Kuh“. Sie sind Bayern oder Preußen, also zuverlässig und treu. Man kann sich auf sie verlassen, wenn es gilt, sich den Franzosen und Republikanern entgegenzustellen und die Bevölkerung in einem Zustand der Schlawheit, Unentschiedenheit und politischen Willenlosigkeit zu erhalten — nicht etwa im patriotischen Pflichtbewußtsein, einer moralischen Eigenschaft, welche die Bevölkerung nicht kennt — sondern in blindem Gehorsam und straffer Disziplin, wie es ihr zukommt, seit Preußen ein für allemal über seine Geschicke bestimmt hat.

Im Falle eines Putsches werden die wichtigsten Verwaltungszweige des Landes: Post, Eisenbahn usw. streiken. Die abgesetzten

Um nun weiterhin derartigen Auftritten vorzubeugen, benützte der Bischof die Audienz mit General Gérard, um ihm die Bitte vorzutragen, er möge bei kirchlichen Feierlichkeiten die weißblauen Fahnen gestatten, denn sie seien nicht bloß bayerische Landesfarben, sondern auch kirchliche Abzeichen. Das Diözesenwappen zeigt ein weißes Kreuz auf blauem Grund. Mit der „Freien Pfalz“ oder der „Rheinischen Republik“ hatte diese Bitte nicht die mindeste Beziehung. Der General schlug indes auch diese Bitte ab, wie er denn während seiner Amtszeit kein einziges Gesuch des Bischofs berücksichtigte, während doch, wie es hieß, die Angehörigen der „Freien Pfalz“ die weitgehendsten Vergünstigungen erhielten.

Der General bat den Bischof bei seiner Audienz in sein Privatbureau zu gehen; der Bischof dankte und verabschiedete sich und glaubte, bei den Offizieren deswegen eine gewisse Verlegenheit

oder die wegen ihrer treuen Haltung ausgewiesenen Beamten werden gegenüber dem bayerischen Staate ihre sämtlichen Rechte behalten. (Bericht des Majors L. [Homburg], des Hauptmanns R. [Bergzabern] vom 27. Mai 1919.) Verräter werden ihres Amtes entsetzt werden. Um allem Wankelmut vorzubeugen, werden die Gehälter für Monat Juni vorausbezahlt. (Bericht M. Ludwigs-hafen.)

3. Eingehende Instruktionen für die Justizverwaltung, die Polizei und die Arbeiterführer der verschiedenen Verbände. Diese Instruktionen enthalten:

- a) Aufstellung von Listen francophiler Persönlichkeiten sowie notorischer Republikaner. Ihre Verhaftung soll mit Sorgfalt vorbereitet und auf das erste Zeichen hin vorgenommen werden. Unmittelbar darauf sollen Haussuchungen folgen.
- b) Vorbereitung der Listen von „agent provocateurs“ und Arbeiterstoßtrupps (militants ouvriers), die gegebenenfalls, je nach der politischen Notwendigkeit, Streitigkeiten mit den französischen Soldaten oder den manifestierenden Republikanern zu provozieren haben. (Eine in Zweibrücken aufgestellte Liste enthält 500 Namen. S.)

4. Drohungen gegenüber den Führern der republikanischen Bewegung. Ihre revolutionäre Aktion wird als Attentat auf die Sicherheit des Staates betrachtet, als ein Verbrechen wegen Hochverrats abgeurteilt und mit dem Tode bestraft werden.

bemerkt zu haben und betrachtet die unrichtige Unterschiebung Jacquots als eine Art Vergeltung für die bereiteten Enttäuschungen.

Weder an den Bestrebungen der „Freien Pfalz“ noch an jenen der „Rheinischen Republik“, haben der Bischof und sein Generalvikar irgendwie tätigen Anteil genommen. Als bekannt wurde, daß Versuche unternommen würden, das Saargebiet zu einem französischen Bistum zu machen, begaben sich der Bischof und sein Generalvikar im August 1919 zum H. Bischof von Trier, um gemeinsam mit ihm dem Apostolischen Stuhle die Bitte vorzutragen, daß an dem gegenwärtigen Bestand der Diözesen Speyer und Trier nichts geändert werde.

Eine Kompromittierung hat vor dem General Gérard der Bischof bis jetzt nicht erlebt. Die im Jacquotschen Buche angeführten Worte des Bischofs und seines Generalvikars haben in ihrem ursprünglichen Zusammenhang einen ganz anderen Sinn, als ihnen hier unterzulegen gewaltsam versucht wird.“

5. Verleumdungsfeldzug: Dr. Haaß, der als der Führer der republikanischen Bewegung betrachtet wird, sowie seine Anhänger sollen nun täglich Drohbriefe erhalten: „Es wird eine Zeit kommen, wo die Franzosen Sie nicht mehr beschützen; dann werden Sie bezahen und büßen.“ (R. Marsmann [Mannheim] an Dr. Haaß, 24. Mai 1919.) Ihr Privatleben wird von jetzt an bloßgestellt und beschmutzt durch verleumderische Flugblätter, die nachts unter die Türen geschoben oder heimlich angeschlagen werden.

6. Eine zweckbewußte Organisation falscher republikanischer Putsche sowie die Ausstreuung falscher Gerüchte über bevorstehende Proklamationen der Republik sollen die Bereitstellung von Polizeikräften und der „agents provocateurs“ rechtfertigen, es ermöglichen, die Bewegung schon im Keime zu ersticken und vor allem das Volk, sowie die Republikaner selbst einzuschüchtern und die öffentliche Meinung Europas zu täuschen.

7. Rolle gegenüber den Franzosen: Die Franzosen sind selbst Republikaner; ihr General ist ein geschickter Politiker, aber die Franzosen sind naiv und für Ideen wie Recht, Volkswille, allgemeines Wahlrecht immer empfänglich. War der kaiserliche Reichstag Bismarcks nicht eine parlamentarische Komödie? Könnte man nicht in der Pfalz den Franzosen die Komödie eines sorgfältig zusammengestellten Landrates vorspielen, der angeblich im Namen des Volkes jede gewünschte Sprache führen würde? Von weitem, besonders von Paris aus, wird das sehr effektiv aussehen, wird Eindruck machen und wer weiß, ob nicht der verhaßte Militärverwalter (Gérard — D. H.) sich so eine Schlappe holen wird, die man ihm durch einen Frontangriff so schwer beibringen kann.

Die Republikaner fühlen die Entscheidungsstunde immer näher rücken. Sie glauben kaum an einen Widerstand Deutschlands gegen die Friedensbedingungen, der den Vormarsch der Entente-truppen auslösen, alles in Frage stellen, all ihr Hoffen und Handeln rechtfertigen würde. Deshalb entwickeln sie jetzt eine fieberhafte Tätigkeit, voller Ungeduld an ihr Ziel zu gelangen, ihre Kraft kennen zu lernen, Heerschau zu halten über ihre Truppen und sie

mobil zu machen, bevor der Kampf unmöglich wird infolge der allgemeinen europäischen Lage, der Unterzeichnung des Friedens und vor allem der totsicher beginnenden Ausführung des Abwehrplanes Winterstein.

v. Winterstein seinerseits war durch die offen und loyal in der Presse sowie durch Maueranschläge und Versammlungen geführte republikanische Aktion beunruhigt. Wohin sie führen würde, konnte er bei der andauernd ungewissen, allgemeinen Lage nicht voraussehen, welche die Bataillone der Besatzungsarmee an den Rhein heranschob. So entschloß er sich denn, seine mit dem sozialdemokratischen bayerischen Landtagsabgeordneten Profit abgekartete Gegenattacke loszulassen. Profit war von Spa zurückgekehrt, um die letzten und entscheidenden Instruktionen einzuholen. (Bericht des Majors L., Homburg, 26. Mai 1919.)

III.

Vertrauensmänner überbringen in den Tagen vom 20. bis 24. Mai den Eisenbahn- und Postverwaltungen der größeren Städte den bedingten Streikbefehl.

Wie die Justiz- und Zollverwaltung bestehen diese Körperschaften ebenfalls fast ausschließlich aus rechtsrheinischen, um ihr Gehalt, ihre Pension oder ihr Amt besorgten Bayern.

Telegraphenbureaus, hierauf die große, deutsche Presse veröffentlichten die tendenziöse Nachricht von einer bevorstehenden Ausrufung der Republik in Zweibrücken. Die „Pfälzische Rundschau“ in Ludwigshafen gab sogar tags zuvor schon die Stunde des Putsches an, um die Einwohner zu alarmieren. All dies gab am Sonntag, den 18. Mai, Anlaß zu übertriebenen polizeilichen Maßnahmen. Dabei wurden harmlose, wegen ihrer republikanischen Gesinnung bekannte Passanten beschimpft, geschlagen und verletzt.

Unter den Angreifern des Herrn A. Ypser, eines franzosenfreundlichen Großindustriellen, über den man in dem Augenblick herfiel, als er sich wegen eines Reisepasses zum Kontrolloffizier begab, befand sich der Sekretär des Metallarbeiterverbandes.

Am nächsten Tage konnte die deutsche Presse den herrlichen Sieg des pfälzischen Volkes über die „von den Franzosen gekauften“ und von der Besatzungsarmee unterstützten Verräter verkünden.

In den folgenden Tagen wurden in Zweibrücken zahlreiche Angriffe auf französische Soldaten verübt.

Wir ließen uns von einer solchen Taktik wohl nicht dүpiern, aber sie erreichte doch zum Teil ihr Ziel und Herr Ypser sagte uns einige Tage später: „Sie sehen, wir können gar nichts machen, wenn wir nicht offen von Ihnen unterstützt werden.“

Ausgerechnet der Tag, an dem sich die Zweibrүcker Ereignisse abspielen muβten, war vom Präsidentsen zur Einberufung des Landrats nach Speyer gewählt worden. Dieser Landrat ist, wie General Gérard an General Fayolle schrieb, zusammengesetzt „aus einem vergangenen Regime ergebnen Konservativen, einem Regime, dessen Reste sich auf dem linken Rheinufer nur halten konnten dank der von den französischen Truppen aufrechterhaltenen Ruhe — eine Anomalie, wie sie der Waffenstillstand durch seine Bedingungen schuf“. So hatten sich, besonders in Landau, zur Zeit des Waffenstillstandes Volksorganisationen gebildet, um die alten Behörden abzulösen. Nach den Bedingungen des Waffenstillstandes jedoch mußte die französische Militärbehörde durch ihre Intervention die Wiedereinsetzung der alten Behörden veranlassen!

Die Einberufung des Landrats nach Speyer am Tage der von ihm in Zweibrүcken und anderen Städten der Pfalz veranlaβten Wirren diente Herrn von Winterstein als Vorwand, um die abwesenden Beamten (dieser Städte — D. H.) jeder Verantwortung zu entbinden und die durchaus loyale Haltung der Regierung als über jeden Zweifel erhaben erscheinen zu lassen.

Der Präsidents nahm sogar — eigentlich über seine Befugnisse hinaus — noch weitere Persönlichkeiten in den Landrat auf und bewies dadurch seinen guten Willen, uns über die Gefühle und Wünsche der Pfälzer unterrichten zu können!!

Wie es nicht anders zu erwarten war und wie auch die 21 Republikaner vorausgesehen hatten, die am Tage vorher sich durchaus ehrerbietig bei Herrn von Winterstein hatten melden lassen, um ihm ihre Wünsche nach Unabhängigkeit vorzutragen, beschloß der Landrat eine Resolution, worin er einstimmig die Treue der Pfalz zu Deutschland betonte, ihre Loslösung von Bayern in Erwägung zog und von Frankreich die Zurückgabe der Saardistrikte verlangte.

Keine einzige Stimme des Widerspruchs erhob sich in der Versammlung. Als man dies einem Abgeordneten der Nationalversammlung, Herrn Richter, vorhielt, wohl bekannt wegen der

aktiven Rolle, die er in der Vorbereitung der republikanischen Bewegung gespielt hatte, antwortete er: „Ich habe den Mund nicht aufgemacht. Wenn ich jedoch gegen die Erklärung des Festhaltens an Deutschland gestimmt hätte, wäre ich sofort verhaftet worden.“ Dieser Abgeordnete wußte jetzt schon, was wir erst einige Tage später erfahren sollten.

Noch am Abend der Speyerer Versammlung ließ Herr von Winterstein General Gérard die einstimmig gefaßte Resolution übermitteln. Im gleichen Augenblick — letztes Emporschnellen der Heuchelei bis zu jener äußersten Grenze, wo sie schon in ironischen Zynismus übergeht —, gelang es ihm fast, den hohen Offizier (Oberst de Metz [Speyer] — D. H.), der vermöge seiner Stellung am ehesten die Gedanken des Präsidenten dem General verdolmetschen konnte, von der Reinheit seiner Absichten zu überzeugen, sowie von seinem persönlichen Wunsche, sich in den Dienst unserer Politik zu stellen.

„Diese Kundgebung, so sagte er ihm, ist das größte politische Ereignis, welches die Pfalz seit 100 Jahren erlebt hat; wir danken es der französischen Armee.“ Der Offizier fügte in seinem Kommentar noch hinzu: „Die Revolution hat jetzt die unerläßliche Waffe in der Hand, um im gegebenen Augenblick ihrem Willen Beachtung zu verschaffen“. Ausgerechnet Herr von Winterstein war es, der fränkische Junker, der ihm dieses freigebige Geschenk (des verstärkten Landrats — D. H.) machte. Man wird an Bismarck erinnert und die parlamentarischen Einrichtungen, die er Deutschland gab!

„Die große Kunst der Politik“, sagte Friedrich II., „besteht darin nicht gegen den Strom zu schwimmen, sondern alles zu unserem Vorteile zu wenden.“

Wenn nun auch Herr v. Winterstein Friedrich II. gelesen hatte, so gab er sich doch über den Kommandierenden General der 8. Armee Illusionen hin!

Die kurze Antwort des Generals lautete: „Der General hat eingewilligt, daß die Vertreter des pfälzischen Volkes noch einmal frei ihren Willen kundgaben; er wird ihm Rechnung tragen. Aber von nun ab ist jede politische Diskussion geschlossen.“

Jetzt hatte der Präsident begriffen, Heuchelei und List konnten ihm keine Waffen mehr liefern. So blieb ihm denn nichts anderes

mehr übrig als durch Gewalt die durch seine heimtückische und betrügerische Diplomatie erreichten Erfolge auszunutzen. Diese Erfolge waren bedeutend: Auf Ersuchen des Generals Gérard hatte der Präsident sich bereit erklärt, am 17. Mai 1919 die 21 Pfälzer zu empfangen, welche über das Schicksal ihres „vom Elsaß durch eine politische und vom Saargebiet durch eine Zollgrenze getrennten“ Landes beunruhigt, mit der Absicht gekommen waren, „die Freiheitsbestrebungen des Volkes“ ihm vorzutragen. Der Präsident hatte dem General geantwortet, daß er die Abordnung mit Wohlwollen empfangen würde und „daß er sehen würde, inwieweit den vorgetragenen Wünschen Folge zu geben sei.“

In Wirklichkeit stellte er den republikanischen Führern einen moralischen Hinterhalt.

Am Abend des 17. Mai 1919 hielt er seine Beute in der Hand und gab die versprochene „Folge“.

Das Komplott gegen die Sicherheit des Staates war offenbar. Die allzu vertrauensseligen Mitglieder des republikanischen Ausschusses hatten es ja ihm selbst in seinem Arbeitszimmer bekannt! Und nun wußte er sogar ihre Namen, all ihre Namen! Am 21. Mai verfügte er, ohne vorher das französische Oberkommando zu verständigen, die Verhaftung der Männer, denen er vier Tage vorher durch Vermittlung des Generals Gérard versprochen hatte, sie „mit Wohlwollen“ zu empfangen.

Der Chemiker Haaß, die Kaufleute Hofer und Schenk sowie der Architekt Müller wurden verhaftet, Haussuchungen wurden bei ihnen vorgenommen sowie Anschläge und Flugschriften bei verschiedenen Druckereien in Landau und Neustadt beschlagnahmt. Die Haft- und Haussuchungsbefehle waren vom Amtsrichter Kammerer auf Antrag des Staatsanwalts Heuck erlassen und dem Bürgermeister Mahla von Landau zur Ausführung übermittelt worden.

IV.

Sofort folgte der Gegenschlag. Auf Befehl des Generals Gérard wurden die verhafteten vier Notabeln in Freiheit gesetzt und die beschlagnahmten Anschläge und Schriftstücke ihren Eigentümern zurückgegeben. Bürgermeister Mahla, Amtsrichter Kammerer und Staatsanwalt Heuck wurden ins Gefängnis abgeführt und nach einem Verhör auf das rechte Rheinufer abgeschoben.

Aus diesem Verhör ging unzweideutig die Rolle hervor, die Herr v. Winterstein gespielt hatte. In Speyer tat er nun allerdings so, als ob ihn der Vorfall überrascht hätte. Als Amtsrichter Kammerer sich auf der Maxauer Brücke von der französischen Begleitung trennte, glaubte er sagen zu müssen: „Ich muß zugeben, daß die Franzosen meinen Fall mit Gerechtigkeit behandelt haben.“

Die preußische Mentalität gibt dem Psychologen und Moralisten Rätsel auf!

Die Ausweisung des Regierungspräsidenten wurde bei Marschall Foch beantragt. Das war mehr als gerechtfertigt. Zunächst durch den Landauer Vorfall und die Maßnahmen, die ihn veranlaßt hatten, dann wegen anderer Taten, wie zum Beispiel der Ablehnung einer Bestrafung der Bezirksamtmänner, die mehr als die zuständige Menge Lebensmittel, manchmal das Doppelte beim französischen Lebensmittelamte beantragt hatten, sowie der Wegschaffung von 175 Millionen pfälzischer Gelder aus der Kreiskasse und den verschiedenen Rentämtern nach Ingolstadt, eine Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen. General Gérard schloß seinen Ausweisungsantrag mit folgenden Worten: „Unter keinen Umständen darf unser Wohlwollen mehr von den höheren deutschen Beamten als Schwäche ausgelegt werden können, da diese unfehlbar die niederen Beamten und Angestellten dauernd gegen uns beeinflussen. Wir müssen ferner dem hinterlistigen, unerträglichen Treiben jener Leute ein Ende machen, die auf Befehl von Berlin die mit uns sympathisierende Bevölkerung terrorisieren, die Kundgebung ihrer loyalen Gesinnung uns gegenüber ersticken, die Bevölkerung verhindern, ihre Gesinnung kundzugeben und so die öffentliche Meinung vollkommen entstellen.“

Ein Versuch des Kreiskontrolleurs (Oberst de Metz — D. H.), den Präsidenten zum freiwilligen Abgang zu bewegen, war vergeblich. Die Lage wurde erst im Laufe des 31. Mai durch eine Reihe energischer Noten des Marschalls Foch geklärt. General Gérards Maßnahmen wurden bestätigt: unverzügliche Ausweisung des Herrn v. Winterstein aus dem besetzten Gebiet; Androhung schwerer Strafen für die Beamten, die künftig friedliche Kundgebungen der öffentlichen Meinung hindern wollten.

Diese radikalen Maßnahmen hatten eine ausgezeichnete Wirkung. Die Bevölkerung zeigte weder Bestürzung noch Unwillen,

sondern eher eine amüsierte Gleichgültigkeit. Die Leute, die auf Grund ihrer Stellung oder ihrer persönlichen Beziehungen die Stimmung der Pfälzer sondieren konnten, wurden sich klar darüber, daß zwischen den Beamten und dem Volke keine Spur von Sympathie und Gemeinschaft der Gefühle bestand. In Landau „freute man sich über die Maßregelung des Bürgermeisters Mahla“.

Der General glaubte nichtsdestoweniger aus diesen Vorfällen seine Lehre ziehen zu müssen. Er tat dies in einer kurzen und festen Form, zur Erbauung der Bevölkerung sowohl als auch zur Beruhigung der nervös gewordenen Republikaner und zur Erzwingung des Respektes der Beamten vor unserer Armee und unserer Fahne: „Der General hat erfahren, daß Einwohner von Landau wegen ihrer Sympathie für Frankreich von gewissen deutschen Beamten belästigt worden sind. Diese Handlung bedeutet von seiten der Beamten einen Mißbrauch der Amtsgewalt, einen Verstoß gegen die Befehle des Marschalls Foch und eine Ungebührlichkeit gegenüber dem siegreichen und wohlwollenden Frankreich. Die genannten Beamten sind dafür sofort bestraft worden.

Die französische Militärbehörde hat sich stets jedwelcher politischen Propaganda enthalten; das Wohl der Bevölkerung und der Arbeiterschaft ist ihr einziger und vornehmster Gedanke; sie verlangt, daß auf sie keinerlei terrorisierende Einflüsse ausgeübt werden und daß sie zum größten Vorteile der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Landes frei ihre Wünsche bekannt geben dürfen unter der einzigen Bedingung, daß in keiner Weise die öffentliche Ordnung gestört wird, für welche die französische Armee verantwortlich ist. Der Kommandierende General legt daher Gewicht darauf, die anständigen Leute zu beruhigen; er wird sie gegen diejenigen zu schützen wissen, welche ihre persönlichen Interessen über die des Volkes stellen.“

General Gérard täuschte sich nicht. Die Republikaner faßten wieder Mut. In Germersheim verbürgt sich der Bürgermeister für

Bürgermeister Diehl von Germersheim äußert sich dazu folgendermaßen:

„Zeitungsnachrichten entnehme ich, daß Herr Kommandant Jacquot in einem Buche über die Pfalz mir die Worte in den

seine Gemeinde. In Jockgrimm, in Wörth wird man freudig die vollendete Tatsache hinnehmen. (Bericht des Majors G)

In Ludwigshafen sind gewisse Arbeiterkreise stark überreizt: „Ihre Ausbeutung durch Preußen und Bayern hat bei ihnen großen Haß erzeugt, der durch den Ausgang des Krieges noch heftiger geworden ist. Man hat uns seit 1914 Versprechungen gemacht und bis jetzt noch keine gehalten.“ (Bericht S. R. [B] [Service de Renseignement-Nachrichtendienst — D. H.])

In Speyer sagt der Generalvikar zu Oberst de M(etz): „. . . . Ihre Aktion wird unwiderstehlich.“ Der Bischof schreibt an den General: „Was ich in Bad Dürkheim bei meiner Firmungsreise von angesehenen Weingutsbesitzern gehört habe, läßt mich an einen großen Stimmungsumschwung glauben. Diese Gefühle werden sicherlich noch stärker und beständiger werden durch ein vornehmes Entgegenkommen gegenüber denen, die guten Willens sind“ (qui ne sont pas malveillants). Ich freue mich, auf meiner Reise in der Pfalz fast ausschließlich Zufriedenheit mit den französischen Truppen aller Waffen ange-troffen zu haben“.*)

Ein Mitglied des Landrats sagt zu einem Kontrolloffizier „Das Feuer brennt, und man würde nicht mehr allzu ungerne die Errichtung eines autonomen Staates sehen.“

Mund legte, ich büрге für die Gemeinde Germersheim. Damit wollte er wohl sagen, ich sei ein Anhänger der „Freien Pfalz“ und hätte die ganze Gemeinde hinter mir. Demgegenüber betone ich, daß ich der „Freien Pfalz“-Bewegung vollständig fern gestanden habe. Ich kann mir diese Auffassung nicht anders erklären als dadurch, daß der damalige französische Kontrolloffizier über meine Person falsch belehrt oder gar absichtlich getäuscht wurde. Da ich von allen Seiten wegen der fraglichen Artikel interpelliert und sogar mit Schmähworten überschüttet werde, habe ich ein Interesse daran, daß der Sachverhalt in der Oeffentlichkeit klargestellt werde.

**) Dazu folgende zuverlässige Information:*

„Diese Worte, aus einem Gesuche an Herrn General Gérard um Strafnachlaß für zwei Herren aus Speyer, bezogen sich im Zusammenhang auf die Haltung der Bevölkerung gegen die Besatzungstruppen, und führten aus, daß die beiden sehr angesehenen Herren gewiß nicht bösen Willens gehandelt hatten und daß Begnadigung bei der Bevölkerung gewiß günstigen Eindruck mache. Von der „Freien Pfalz“ war keine Rede.“

In Zweibrücken „ist die Masse der Bevölkerung für die Trennung“. (Bericht des Hauptmanns B. . . ., 27. Mai 1919.)

In Ludwigshafen haben die Maueranschläge großen Eindruck gemacht. Der ganze katholische Klerus ist für eine unabhängige und neutrale Republik gewonnen.

Der Pfarrer von Friesenheim, einer Arbeiterpfarrei der Anilin-fabrik, hat mir erklärt, zahlreiche vertrauliche Zustimmungen für die unabhängige und neutrale Republik erhalten zu haben. . . . Er fügt noch hinzu: „Ich wünsche, daß die Frage der unabhängigen Republik durch unaufhörliche Maueranschläge gefördert werde“. *)

Ein Arbeiter erklärt folgendermaßen den Widerstand der Mehrheitssozialisten: „Die Führer der Mehrheitssozialisten, welche die Gegenbewegung leiten, tun dies angeblich nur aus Liebe zum Vaterland. Sie machen aber jetzt dieselben Phrasen wie die Alldeutschen. Alle Mittel, die ihren persönlichen Interessen dienen und der unabhängigen Republik schaden, sind ihnen recht. . . . Alle anderen sind Verräter am Vaterlande.

Ihre Sprache erinnert an die Zeit Wilhelms II., wo man die Leute, die gegen das alte System ankämpften, als vaterlandslose Gesellen bezeichnete. . . . Bei Kriegsbeginn haben sie ihren Frieden gemacht mit dem Kaiser, dem Todfeinde der Volksfreiheit.

Die Revolution ist nicht das Werk der sozialdemokratischen Parteiführer; sie hatten nicht einmal an sie gedacht; sie ist die Folge der militärischen Niederlage Deutschlands und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. . . . Die Führer fürchten, durch die Republik ihre Stellung zu verlieren.

*) Der Pfarrer von Friesenheim bemerkt hierzu:

„Ich kann mit gutem Gewissen und, wenn nötig, unter Eid erklären:

1. Ich habe keine zahlreichen Zustimmungen — nach einer anderen Lesart „Zuschriften“ — für eine unabhängige und neutrale Republik erhalten und auch keine dahingehende Erklärung abgegeben;

2. Ich habe auch nicht hinzugefügt: „Ich wünsche, daß die Frage der unabhängigen Republik durch unaufhörliche Maueranschläge gefördert werde.“

Für uns hat es nur schöne Worte gegeben. . . . Wir haben jetzt genug davon, wir wollen Taten sehen.“ (Bericht M [ennetrier — D. H.], Ludwigshafen.)

Der Zentrumsabgeordnete Hofmann hat in Weimar und Bamberg eifrige Anhänger einer rheinischen Republik getroffen; andere wieder wollen gegen den sozialistischen Block den katholischen Block gründen usw.

„Was uns anlangt“, so sagte er bei einer Versammlung in Ludwigshafen: „wir wollen abwarten; die Ereignisse müssen aufmerksam verfolgt werden.“ (Bericht M., Ludwigshafen.)

Hofmann will sich nicht kompromittieren. Leider nehmen viele Republikaner dieselbe Haltung ein.

Um sie aus ihrer Reserve zu bringen, wären Worten nötig, die nicht gesprochen, Taten, die nicht ausgeführt werden, und Versprechungen, die nicht mehr gemacht werden können.

Aus allen Orten der Pfalz wird an die Militärbehörde, an Frankreich der Appell gerichtet, wirtschaftliche Garantien zu geben, die für die republikanische Bewegung eine solide Grundlage schaffen würden. „Von den Kaiserslauterer Autonomisten, die im März noch die Führung der Bewegung übernehmen wollten, will jetzt keiner es tun aus Furcht vor etwaigen Repressalien.“ *) (Major D., 27. Mai 1919.)

In Zweibrücken „müßte man der Bevölkerung wirtschaftliche Garantien geben“. (Hauptmann B., 27. Mai 1919.)

In Germersheim „verlangt die Bevölkerung bestimmte Zusagen und Garantien“. (Major G.)

In Ludwigshafen „ist das Fehlen sicherer Garantien der Grund für die allgemeinen Bedenken gegen den Anschluß an die Bewegung“. (S. R. C. [Service de Renseignement Confidentiel: Geheimer Nachrichtendienst — D. H.]

Eine gewandte Politik sowie eine formelle Garantie wirtschaftlichen Schutzes könnten hier eine Bewegung fördern, die nur zu gern sich ausdehnen möchte, aber stecken bleibt, weil ihr Sicher-

*) Siehe Haltung des Kaiserslauterer Volksboten in dieser Zeit.

heiten für die Zukunft fehlen. . . . Die Gefühle der Bevölkerung für die Truppe sind freundlich. . . .“ (S. R. C.)

„Die Großindustriellen und Finanzleute der Homburger Gegend sind Anhänger der Republik unter der Voraussetzung freier Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und dem neuen Staat und der Zollgrenze am Rhein. Zwei Drittel der Fabrikanten würden einen Volksaufklärungsausschuß bilden, sie wünschen jedoch, von kompetenter Seite obige Garantie zu erhalten. (Bericht de M[etz].)

Das Ideale wäre eine durch einen Zollverein an das Saargebiet angeschlossene pfälzische Republik. Man könnte es veranlassen, durch eine Volksabstimmung unsere Geschicke zu vereinen. . . . Wir wünschen daß beim Frieden der Rhein die Zollgrenze werde. (Versammlung der Industriellen von Homburg, St. Ingbert und Zweibrücken.) *)

„Die Industriellen der Zweibrücker Gegend verlangen die Einberufung einer Versammlung nach Landau mit der Tagesordnung: „Die Zukunft der Pfalz mit Rücksicht auf die Lage im Saargebiet.“ (Bericht G.)

Der latente Willen der Massen gibt den Republikanern moralischen Halt. Durch Garantien könnten wir ihn in tätige Energie verwandeln, bevor noch die Opposition all ihre Kräfte gesammelt hätte. Sie hoffen, daß diese Garantien vielleicht gegeben würden, sobald das Volk seinen Willen kundgegeben hätte. Endlich wollen sie zum Ziel gelangen, noch vor der Unterzeichnung des Friedens-

**) Zur Beleuchtung der Haltung der St. Ingberter, Zweibrücker und Homburger Industriellen ist der Herausgeber in der Lage, aus zuverlässiger Quelle folgendes mitzuteilen:*

Auf Grund von Zeitungsartikeln ließ General Gérard die Herren Rechtsanwalt Stenglein und Dr. Fichtenmeyer, prakt. Arzt, Mittelbexbach, kommen, um sich mit ihnen über die künftige Gestaltung der Pfalz zu unterhalten. Im Anschluß an diese Besprechung wurden Verhandlungen mit Homburger Industriellen gepflogen, welchen die Frage vorgelegt wurde, wie sie sich zu dem künftigen Schicksal der Pfalz, insbesondere zu dem Verhältnis zu Homburg und dem Saargebiet stellen und die Antwort lautete nach einer Besprechung der Homburger Industriellen mit den St. Ingberter und Zweibrücker Industriellen dahin:

vertrages, der aller Hoffnung die Tür verschließen oder doch zum mindesten die Verwirklichung ihrer Pläne wesentlich erschweren würde, da dann die Regierung Abwehr und Angriff entwickeln könnte.

So entschlossen sich denn die energischsten Republikaner, die Ereignisse zu beschleunigen und den nach ihrer Ansicht entscheidenden Putsch zu versuchen.

Die in der Nacht vom 31. Mai auf 1. Juni erfolgte Ausweisung des Regierungspräsidenten, die die Beamten ihres Führers beraubte und wenn nicht den Schutz der Besatzungsarmee, so doch zum mindesten ihre freundliche Neutralität zur Evidenz erwies, erschien den Republikanern als eine unverhofft günstige, sofort auszunützende Gelegenheit.

Seit den Landauer Vorfällen verhehlten die Republikaner keineswegs ihre Absicht, demnächst in Speyer und sogar im Regierungsgebäude selbst die Republik auszurufen. Unkluge und naive Vertrauensseligkeit, so ganz republikanische Offenherzigkeit!

In aller Eile durch den Abgeordneten Profit in Ludwigshafen mobil gemachte Arbeiter besetzten das Gebäude. Als an dem sonnigen Morgen des 1. Juni — einem Sonntag — die Republikaner voll Vertrauen auf die Allgewalt ihrer Anschauungen vorm Tore der „Regierung“ erschienen, wurden sie mit Knüppeln und Stockhieben empfangen.

Die Mutigsten, vor allem Dr. Haaß, gelangten bis ins I. Stockwerk, bis in das Zimmer des stellvertretenden Präsidenten, wo sie inmitten einer durchaus feindlichen Menge eine halbe Stunde lang versuchten ihre Ziele und Absichten darzulegen. Vergebliche

Auf die uns vorgelegte Frage können wir eine Antwort nicht erteilen, da wir uns nicht als die alleinigen Träger des Wirtschaftslebens ansehen und auch innerhalb der Industrie verschiedene wirtschaftliche Interessen vorhanden sind. Wir schlagen vor, jedem Stand Gelegenheit zu geben, sich darüber klar zu werden und dann zu gestatten, eine Versammlung in breitester Oeffentlichkeit ohne französische Ueberwachung abzuhalten, in der jeder Stand seine Meinung äußern kann. Allerdings müßte dann auch Sicherheit gegeben werden, daß die so gefundene Antwort auch Einfluß auf das künftige Geschick haben würde.

Diese Erklärung wurde zur Kenntnis genommen; weiteres ist nicht mehr erfolgt.

Liebesmühe! Gestoßen und geschlagen mußten sie die Treppe wieder herunter und sich unter den Schutz der französischen Soldaten stellen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Zerstreung der Manifestanten auf der Straße herangeholt waren. Organisation, Vorbereitung, Zeit und Ziel des Putsches waren der Regierung in allen Einzelheiten bekannt. Die Ereignisse bewiesen nun zur Evidenz, daß die Putschisten einer Masse von Gegenmanifestanten unter der Führung von sozialistischen Abgeordneten und Hetzern gegenüberstanden. In Landau, Zweibrücken, Kaiserslautern und Neustadt waren ähnliche Gegenmanifestationen sorgfältig inszeniert. Sie scheiterten oder wurden ohne schwere Zwischenfälle von der Truppe aufgelöst.

Um nicht über seine Befugnisse hinauszugehen und die französische Regierung nicht zu kompromittieren, mußte General Gérard in Speyer den Besatzungstruppen die strikteste Neutralität anbefehlen. Diese Haltung trug ihm (es zeigt dies wieder einmal die preußische Mentalität) folgenden Dank des stellvertretenden Regierungspräsidenten, Herrn von Chlingensperg, ein: „Wir verdanken dies vor allem der peinlichen Reserve, die sich die französische Militärbehörde am 1. Juni bei den politischen Kundgebungen des pfälzischen Volkes auferlegt hat. Indem ich Ihnen für diese wohlwollende Haltung meinen Dank ausspreche, habe ich . . . usw.“

Die Vertreter der pfälzischen Gemeinden dagegen (die Putschisten — D. H.) richteten aus dem gleichen Grunde an den General folgenden Protest: „Die französischen Truppen haben strikteste Neutralität gewahrt. Diese Haltung allein hat es den organisierten Mördern ermöglicht, in brutaler Weise Bürger zu schlagen, die mit friedlichen Absichten in das Regierungsgebäude eindringen wollten. Infolge dieser Haltung konnte ferner der erste Adjunkt von Speyer vom Fenster herab eine Rede halten, die Haß und Bürgerkrieg predigte. Die Vertreter bitten den General dringend, ihnen von nun ab den freien Ausdruck ihrer politischen Ansicht zu sichern, welche von der Mehrheit des pfälzischen Volkes geteilt wird.“ (Folgen die Unterschriften.)

So war denn diese erste, wahre Unabhängigkeits-Kundgebung gescheitert. Obwohl sie von der bereits mächtigen Organisation ihrer Gegner energisch bekämpft worden war, einer Organisation,

deren Entwicklung wir im nächsten Kapitel sich festigen sehen, so darf man immerhin glauben, daß der Putsch gelungen wäre, wenn die französische Behörde nicht durch kategorische Befehle an die Beobachtung der striktesten Neutralität gebunden gewesen wäre — während doch erst tags zuvor so glückliche und energische Entschlüsse gefaßt worden waren, von deren Entwicklung man alles erwarten und alles erhoffen konnte. *)

*) *Hier der Beweis, daß am 1. Juni die Gewehre losgegangen wären, hätte General Gérard tun können, was er wollte.*

Kapitel V.

Die Organisation der Republikaner und die Entwicklung des Abwehrplanes.

I. Tätigkeit der Republikaner.

Der Landauer Ausschuß — Die freie Pfalz — Propaganda in den Arbeiterkreisen — Ludwigshafener Ausschuß.

II. Ausnützung der allgemeinen politischen Lage und der Gegensätze unter den Alliierten durch Preußen.

Deutschlands Anklage gegen unseren Imperialismus, Kapitalismus, Militarismus und unsere Rheinpolitik — Schmeicheleien für die Amerikaner und Engländer — Vergeblicher Versuch, das Oberkommando der Besatzungsarmee für die Zentralisationspolitik der sozialdemokratischen Regierung zu gewinnen — Systematische Schmähungen gegen General Gérard und die französische Besatzungsarmee — Angriffe.

III. Der Abwehrplan.

Geheimer Ausschuß und Verteidigungsplan — Drohungen und Angriffe — Abwehr von Pseudo-Manifestationen — Die Ludwigshafener Vorfälle — Politischer Streik und Haltung der Arbeiterschaft — Schluß.

I.

Die Republikaner erkannten, daß sie es beim Speyerer Putsch nur mit einer vom Präsidenten gedingten Bande von Manifestanten und Beamten zu tun hatten. Der Mißerfolg konnte sie daher durchaus nicht entmutigen, sondern gab ihnen das Bewußtsein ihrer Kraft und zeigte ihnen die Notwendigkeit einer festen Organisation. Von dem Augenblicke an, wo Frankreich auf seine Rheinpolitik verzichtet zu haben schien und wo die Aktion der Republikaner sich nicht mehr auf Frankreichs Willen und sein Prestige stützen konnte, war die Zeit der improvisierten Putsche, der begeisterten Taten, vorbei. Die Republikaner hatten aus Achtung vor der Besatzungsarmee die großen, dem spontanen Ausbruch einer Revolution günstigen Gelegenheiten vorüber gehen lassen. Um leben und kämpfen zu können, in der erhofften, günstigen Minute stark dazustehen, hieß es Organisation der Organisation gegenüber stellen und ihre vom Feuer der Idee ergriffenen, disziplinierten Truppen der unnachsichtlichen Polizeigewalt der in ihrem Stolz gekränkten und deshalb wütenden Gendarmen und Beamten entgegensetzen. Diese fühlten das soziale Gebäude, in dem sie ihre tyrannische Amtsgewalt ausübten, wanken!

Einige Republikaner bildeten nun einen Ausschuß, der wieder ein Exekutiv-Komitée wählte.

Durch eine geheime Subskription wurden Gelder zusammengebracht; dann wurde eine Partei-Zeitung, die „Freie Pfalz“ gegründet und bei der Arbeiterschaft Propaganda gemacht. Deren von der Regierung bezahlte Verbandssekretäre, hatten sich mit der alldeutschen Kaste der Großindustriellen verbündet, um den Beamten, dem Präsidenten, den Bezirksamtmännern, den Bürgermeistern — Seele und Organisatoren des Widerstandes — die Arbeiter in die Hand zu spielen, die sie brauchten, um ihren brutalen Abwehrplan ausführen zu können. So gab man der Welt oder behauptete es wenigstens, den Beweis eines tiefmoralischen, patriotischen Gefühles, da ja, angesichts des siegreichen Fremdlings, der Klassenhaß ruhte und selbst die entgegengesetztesten und verschiedensten Elemente der pfälzischen Bevölkerung sich in einer einzig dastehenden, erhabenen und heiligen Einheit zusammengeschlossen zu haben schienen, um sich der moralischen Einwirkung des französischen Einflusses zu widersetzen!

Am Kopf der ersten Seite trug die „Freie Pfalz“ den Satz: „Mit Erlaubnis der französischen Militärbehörde“. Diese Vorsicht schützte das junge Blatt vor jeder Schererei. Bald jedoch erschienen die Namen des Hauptschriftleiters und die des Druckers auf dem Blatte und gewisse Aufrufe wurden von zahlreichen in der Pfalz wohlbekannten Persönlichkeiten unterzeichnet.

Die vierte Seite wurde durch Annoncen in Anspruch genommen. . . . Die Partei ließ die Maske fallen. „Die Kabale“, der „Verschwörerklüngel“, der „Verräter-Ausschuß“ usw. konstituierte sich als Gesellschaft und erschien gewappnet auf dem Schlachtfelde der Ideen, der Polemik und der Propaganda.

Die „Freie Pfalz“ machte nun in der Tat sehr rasche Fortschritte. Das Abonnement bedeutete die Beitrittserklärung zum Bunde „Freie Pfalz“. Vierzehn Tage nach der Herausgabe der ersten Nummer hatte die Zeitung schon 10 000 Abonnenten. *)

Sie liegt zwar nicht überall auf, aber man liest und findet sie überall. Die zahlreichen pfälzischen Blätter (65) sind ausschließlich von offiziellen Nachrichtenbureaus gespeiste Lokalzeitungen.

Das rein politischen Charakter tragende, von jedem behördlichen (nur nicht französischen — D. H.) Zwang freie, nur von einer einzigen Idee, der Idee der „Freien Pfalz“ beherrschte Blatt konnte nun geradezu als die Zeitung der vergrößerten Republik Pfalz angesehen werden. Man las sie sowohl in Bergzabern als auch in Kirchheim-Bolanden, in Birkenfeld sowohl als auch in Alzey.

Gewisse hervorragende Persönlichkeiten waren zwar nicht offen Mitarbeiter der „Freien Pfalz“, doch viele schrieben in ihren Spalten glänzende politische und allgemeine Artikel! Wir kennen Mitarbeiter, welche der Schriftleitung selbst heute noch nicht bekannt sind. Gewiß konnte die „Freie Pfalz“ nicht der herben Polemik entgehen und der an Ehrabschneidung grenzenden Verleumdung; aber es wäre auch schwer gewesen, ihr zu entrinnen

**) 10 000 Exemplare mögen in der Blütezeit des Bundes wohl gedruckt worden sein. Wirkliche Abonnenten gab es nur einige Hundert — natürlich auch Gegner der „Freien Pfalz“ dabei; der Rest lag in französischen Lesehallen auf, wurde verschenkt oder aufgedrängt.*

bei so gewalttätigen und haßerfüllten Gegnern, wie sie vom regierungssozialistischen Abgeordneten Profit ins Treffen geführt und geleitet wurden. Trotz alledem entwickelte sich das kleine bescheidene Blatt von der ärmlichen und sparsamen Aufmachung eines Flugblattes gar bald zu doppelten, breiten, wohl gedruckten Seiten und überholte in der Größe sogar das in der Pfalz übliche Zeitungsformat.

Die Folgen dieser Presseaktion sollten bald in die Erscheinung treten. In der Anilinfabrik schieden sich die Arbeiter in drei Gruppen, deren Stärkeverhältnis jedoch schwer abzuschätzen war: die Anhänger einer autonomen Republik, die sozialdemokratische Gruppe und die Gruppe der Gleichgültigen. (Bericht des Majors M.)

Es wurde nun immer interessanter, zu beobachten, wie gerade in diesen Kreisen die Einmütigkeit in der Regierung so gar nicht zum Ausdruck kam und wie gewisse Elemente sich einer Politik anschlossen, von der sie einen unmittelbaren Vorteil nicht erhoffen konnten.

Wenn auch diese Elemente, was nicht zu leugnen ist, in ihren Tendenzen den „Unabhängigen“ nahe standen, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß die unter diesem Namen in der Pfalz zusammengeschlossene Partei mit Bolschewisten oder Spartakisten nicht verwechselt werden kann und darf.

Vor dem Waffenstillstande sorgten Volksräte für Aufrechterhaltung der Ordnung, für Schutz und Aufklärung unserer Kriegsgefangenen (der Advokat Feibermann hat dafür eine Bescheinigung von einem französischen Offizier, dem Leutnant Nathan) und Vorbereitung der Gemeindewahlen. Man kann sich nun mit dem Advokaten Feibermann, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, fragen, ob in jenem Augenblick die allein richtige Taktik der Besatzungsarmee nicht darin bestanden hätte, diese aus dem Volke hervorgegangene Organisation gegen die diskreditierten Beamten und die Leute zu unterstützen, welche der bayerischen Verwaltung und der Preußenherrschaft gedient und von ihnen profitiert hatten.

Der Waffenstillstandsvertrag machte das unmöglich. Wir mußten die Leute wieder in Amt und Würden einsetzen, die einige Wochen später unsere erbittertsten Gegner werden sollten!

Um auf die Ludwigshafener Arbeiterschaft wieder zurückzukommen, so ist es unbestreitbar, daß zahlreiche Sozialisten gegen die „Mehrheitssozialisten“ und folglich gegen die Alldeutschen und die Beamten Stellung nehmen. Verschiedene schlagen sogar vor, durch geeignete Maßnahmen die an die Reaktion verkauften sozialdemokratischen Führer abzuhalftern und zum Vorteil für die Republik den Konflikt zwischen den Unabhängigen und Mehrheitssozialisten zu verschärfen. Zu diesem Zweck bräuchte man nur die Arbeitergesetze und die neuerlichen sozialen Errungenschaften zu garantieren sowie zu beruhigen über gewisse klerikale Pläne.

Anfang Juli herrschte in der Zweigfabrik Oppau der Badischen Anilin- und Sodafabrik eine gewisse republikanische Hochstimmung. Sie nahm eine erregte Form an gegen zwei Ingenieure, die beschuldigt wurden, der republikanischen Idee ostentativ feindlich gegenüberzustehen. Die beiden Ingenieure bekamen eine erhebliche Tracht Prügel und wurden als „unerwünscht“ erklärt, sowohl hinsichtlich ihrer Person als auch ihrer politischen Anschauung. Die bestürzte Direktion schrie schleunigst über Aufruhr!*)

Am 20. Juli wurde bei der Versammlung aller Arbeiterverbände der Pfalz in Neustadt der Vertreter der französischen Armee, Oberst Echard, mit offenkundiger Sympathie empfangen. Der Vorsitzende Rauschert, Vorstand des Ludwigshafener Arbeiterverbandes (25 000 Arbeiter), spricht im Namen aller Verbände unter großem Beifall „den französischen Behörden, besonders General Gérard und Oberst Echard, Chef der Section Economique, seinen Dank aus für das Interesse, das sie durch Genehmigung dieser bedeutenden Solidaritätskundgebung für die Arbeiterklasse an den Tag gelegt haben, einer Kundgebung, welche für das wirtschaftliche Leben des ganzen Landes reiche Früchte zu tragen verspreche“.

Die Gärung im Volke und die beginnende Strömung in der Arbeiterschaft für die Republik waren zum Teil die mittelbare Folge der Landauer Ereignisse, welche den beunruhigten Gemütern

*) Diese Unruhen hatten keinerlei politischen Hintergrund. Es handelte sich lediglich um interne wirtschaftliche Fragen.

die Möglichkeit einer neuen sozialen Gestaltung der Pfalz in einem neuen Europa gezeigt hatten.

Es war dies das Werk der „Freien Pfalz“, das Werk der von ihren Schriftleitern abgefaßten Flugblätter und der in mehreren Städten unter der Aegide des Bundes „Freie Pfalz“ gegründeten Ortsgruppen.

Die Ludwigshafener Ortsgruppe zählte Ende Juli über 300 Mitglieder. Damals nahm durch die Enthüllungen Erzbürgers die Zahl der Anhänger merklich zu und Anfang August konnte die Ortsgruppe eine Versammlung einberufen, der 800 Personen anwohnten.

Um die gleiche Zeit (20. Juli) schloß der Vorstand der Pirmasenser Ortsgruppe, Pfeiff, bei einer Versammlung seine Rede mit folgenden Worten: „Die Zeit der Preußenherrschaft ist vorbei, wo man uns sagen konnte: „Durchhalten und Maul halten!“ Unsere Lage ist zwar nicht glänzend, aber wir werden die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden. Laßt uns geschlossen marschieren, lest die Zeitungen, kommt zu uns mit all euren Klagen, aber denunziert nicht anonym. Wir werden euch Gerechtigkeit verschaffen und den Kampf für unser Recht fortsetzen.

Wir, die Unterdrückten, werden einen Appell an den Militärverwalter, an Frankreich richten, das Land der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Frankreich wird uns helfen und wir besorgen den Rest.

Bis jetzt waren wir eine Null, obwohl wir alles hätten sein müssen. Eine neue Aera bricht an!“ (Bericht des Majors Marchand.)

Diese, der deutschen Behörde sehr wohlbekanntes Aktion beunruhigte sie auf das ernsthafteste und brachte sie außer Rand und Band.

Der neue Präsident Chlingensperg glaubte sogar, seine Beobachtungen dem Kreiskontrolleur Oberst de Metz mitteilen zu müssen.

Es verging kein Tag, ohne daß die „Badische Landeszeitung“ nicht auf die Treibereien der Landauer „Clique“ hingewiesen hätte, welche „Ernst machen wollte mit der Verwirklichung ihrer Pläne“.

Dieses Blatt veröffentlichte sogar den angeblichen Aktionsplan der Republikaner. Ein Frankenthaler Sozialdemokrat schrieb an den Bürgermeister von Augsburg: „Die Republikaner sind wieder fest am Werk . . . ihre Aktion wird indirekt von den Unabhängigen unterstützt werden. Unser famoser Kamerad Süß ist einer der zahlreichen Agitatoren für die Republik. Es geht zu, wie zur Zeit der Arbeiter- und Soldatenräte. Du kannst froh sein . . . diese aufregenden Dinge nicht mit ansehen zu müssen.“ Wilhelm Kern, Neumeyerring 17.

Die Bezirksamtänner erhielten von der Regierung den Befehl, auf ihrem Posten zu bleiben und nicht in Urlaub zu gehen „wegen der drohenden Revolution“. Das Verteidigungssystem der sozialistisch-imperialistischen Abwehrorganisation lag tatsächlich auf den Schultern der Beamten.

Diesem System kam nach Annahme der Friedensbedingungen durch Deutschland die allgemeine diplomatische Lage zugute. Zahlreiche Umstände förderten es und gaben ihm neue Antriebe. Uns dagegen wurde nicht nur jede Initiative genommen, unseren Einfluß sowie die republikanische Propaganda zu fördern, sondern auch noch beinahe das Recht der bloßen Abwehr gegen die wachsende gehässige Angriffslust der Gegner, die ebenso erpicht darauf waren, den Rhein zurückzuerobern, als auch den glühenden Haß gegen den „Erbfeind“ wieder zu erwecken!

II.

Wie das Reich allmählich dazu kam, eine schärfere Tonart anzuschlagen, weiß man. Zunächst wurde vom Auswärtigen Amte das „Weißbuch“ herausgegeben als einwandfreier Beweis dafür, daß Deutschland niemals die Absicht gehabt hat, den Frieden der Welt zu brechen!

Unisono werden jedoch von der gesamten deutschen Presse die Bestrebungen des französischen Kapitalismus, Militarismus und Imperialismus angeklagt (Denoncés). Fassen wir die Leitsätze zusammen: Die französische Politik bezweckt die Vernichtung der deutschen Einheit. Daher stellt sie sich zielbewußt allen politischen Faktoren hindernd in den Weg, die die Wiedererrichtung eines homogenen Staatengebildes erleichtern oder ihr dienlich sein könnten.

Diesem Programm dient eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die u. a. das bekannte Ziel hat, das linke Rheinufer unter französischen Einfluß zu bringen und an diesem Fluß die Zollgrenze zu errichten. So wird denn das französische Kapital seine durch den Krieg vernichteten Kraftquellen wieder finden: Kohlen, Eisenbahnen, Eisen, Kali usw.... Nach der Vernichtung der deutschen Einheit wird Frankreich durch seinen Militarismus die deutsche Hegemonie in Europa durch seine Hegemonie ablösen. Beweise? Sie springen in die Augen: Schaffung eines Staatengürtels um Deutschland herum im Sinne der französischen Politik, verschleierte Annexion des Saargebietes, Absichten aufs Rheinland, der grausame Wille, die Deutschen Oesterreichs vom neuen Deutschland auszuschließen im Gegensatz zu den Theorien Wilsons usw.!

Die Reichsregierung hat einen Feldzug der Verleumdung und des Hasses gegen Frankreich organisiert bzw. gestattet in der Erwartung, daß so die große moralische Mission unsres Landes diskreditiert, die Meinung der Welt geändert, der deutsche Gedanke gestärkt und eine Revision des Friedensvertrages herbeigeführt würde.

Es fördern diesen Feldzug:

1. die moralische Unterstützung der englischen Liberalen und eines großen Teiles der Presse der Vereinigten Staaten, welche die öffentliche Meinung Amerikas dauernd mit den gleichen Ideen füttert.

Der „Manchester Guardian“ vom 6. Juni 1919 urteilt folgendermaßen über den Emanzipationsversuch der Pfalz und der Rheinlande: „Es ist dies ein schändlicher Versuch, vom Körper des deutschen Staates ein Glied abzutrennen und unter französische Vormundschaft zu bringen.

Dieser Versuch hat den Nachteil, in Widerspruch mit Artikel 5 des Waffenstillstandsvertrages zu stehen, wonach „die linksrheinischen Gebiete von den Lokalbehörden verwaltet werden unter der Kontrolle der alliierten Besatzungsarmee und der Vereinigten Staaten“. Gerade diese Kontrolle der Lokalbehörden will man nun abschaffen. Das ist schändlich. Zum Glück kann dieses Vorhaben nur mit Zustimmung aller

alliierten Mächte ausgeführt werden, und man wird doch wohl nicht glauben, daß Großbritannien oder Amerika hier mitmachen.“

2. die immer engeren Wirtschaftsbeziehungen zu Amerika und England,

3. Widerstände, die unsere Rheinpolitik durchkreuzten, schließlich über sie siegten und uns eine Art Rückzug aufzwingen, der schlimmer und unheilvoller war als ein Verzicht auf aktive Politik von vornherein,

4. die sensationellen Reden des Lords R. Cecil und des Generals Smuts.

Diese Reden waren ganz erfüllt von Generosität und innerer Zufriedenheit, wie das bei Staatsmännern ja ganz natürlich ist, die das Ziel ihrer Politik erreicht haben: den englischen Frieden der Meere, dessen beste und sicherste Garantie in der Uneinigkeit der Kontinentalmächte besteht.

„Die zweite Erklärung hat noch größeres Erstaunen hervorgerufen. Sie stammt von General Smuts, dem Vertreter Südafrikas bei der Konferenz. Sie hat einen peinlichen Eindruck in der englischen und französischen Gruppe hervorgerufen. General Smuts sagte: „Ich habe den Friedensvertrag unterzeichnet als ein zwar nicht genügendes, aber doch notwendiges Dokument, um den Krieg zu beenden, weil die Welt den Frieden braucht und weil nichts gefährlicher ist als ein längeres Schweben zwischen Krieg und Frieden. Die sechs Monate Waffenstillstand waren für Europa vielleicht aufregender und schrecklicher als die vier vorhergegangenen Kriegsjahre. Ich glaube, daß der Friedensvertrag den von den Völkern erhofften Frieden nicht bringen wird und daß die wirkliche Arbeit für den Frieden erst nach Unterzeichnung des Vertrags beginnen wird. Einzelne territoriale Abmachungen müssen geändert werden. Es sind Garantien vorgesehen, die unvereinbar sind mit dem neuen Friedenswillen unserer früheren Feinde. Sanktionen sind vorgesehen, über die man aber besser nicht spricht. Bedingungen sind vorhanden, die unausführbar sind.“ („Nach der Unterzeichnung“ Mannheimer Generalanzeiger, 30. Juni 1919.)

5. Neue politische Probleme, deren Lösungsmöglichkeiten sich jetzt noch nicht voraussehen lassen, die jedoch jeder Diplomatie — und die deutsche ist nicht die letzte, dies zu merken — ein Feld der Intriguen eröffnen, ein Feld des Feilschens, der Kombinationen und Kompromisse bis über Rußland, Kleinasien, Indien hin usw., wo das zentralisierte neue Deutschland vielleicht Mittel und Wege finden würde, Bundesgenosse fremder Aspirationen zu werden in der Hoffnung, in wiedergewonnener oder bewahrter Kraft seinen eigenen Interessen dienen zu können.

„In seiner gestrigen scharfsinnigen Rede im Palais Bourbon untersuchte der Vicomte Cornudet die Gründe, warum Deutschland nach Kriegsende weder die von uns gewünschte politische Verfassung, noch die militärische Grenze habe, welche die französische Regierung ihm vorschreiben wollte. In diskreter Weise sagte der Vicomte Cornudet zu den Männern, die Frankreich bei den Verhandlungen vertreten haben: „Mich beunruhigt es, daß sie auf Widerstand gestoßen sind.“ Auf diese Gegensätze unter den Alliierten gerade spekulierte ja die deutsche Gegenrevolution. Sie sagt sich: „Die britische Regierung ist in einer heiklen Lage. Sie hat alle Hände voll zu tun in Irland. Sie führt ein gewaltiges Expansionsprogramm in Asien durch. Dazu kommt noch, daß die russischen Bolschewisten augenblicklich darauf verzichten, ihr Gros gegen Polen und Denikin zu werfen und scheinbar ihre Spitze kühn gegen das Kaspische Meer vortreiben, um in Persien, das seine Unabhängigkeit verloren hat, durch ihre Propaganda Einfluß zu gewinnen, dann in Anatolien, wo die Türken unter Waffen stehen, und in Afghanistan, dessen Emir von Großbritannien nicht mehr subventioniert und nach außen hin nicht mehr vertreten wird. Wird nicht früher oder später der zur See jetzt harmlose preußische Militarismus den „possidentes“, die fürchten, nicht mehr die „beati“ zu bleiben, als ein annehmbarer Bundesgenosse erscheinen?“ („Temps“.)

6. Die politische, militärische, wirtschaftliche, administrative und finanztechnische Zentralisation Deutschlands. Infolge der Unterstützung der Rechtsparteien, der Disziplin der Mehrheits-

sozialisten, der Erhaltung oder Schaffung einer Militärgewalt sowie des Ausscheidens der nichtdeutschen völkischen Elemente konnte das Reich den aus dem militärischen Zusammenbruch spontan emporschießenden sächsischen, badischen, bayerischen, württembergischen, hannoveranischen und rheinischen Partikularismus schon im Keime ersticken.

Die letzte Rede Eberts in Stuttgart ist eine Apologie auf die deutsche Einheit. Deutschland wird eine Zentralverwaltung haben, eine einheitliche Organisation der Finanzen und des Fiskus, ein einheitliches Eisenbahn- und Schiffahrts-System, eine Reichspostverwaltung, eine Reichsarmee. Bayern wird keine besondere diplomatische Vertretung mehr haben. Es gibt nur noch eine Diplomatie für das Reich. Zwischen Nord- und Süddeutschland gibt es keine Trennung.

Wenn man die Gesetzentwürfe für die Sozialisierung studiert, so findet man darin ebenfalls die Tendenz der straffen einheitlichen Organisation der Zentralisation des Einheitsstaates“. („Petit Parisien“, Maurice Pernot, 3. September 1919.)

„Preußen hat von jeher das Privilegium gehabt bei allen Völkern des deutschen Bundes überaus lebhafte und tiefe Antipathie gegen sich zu erzeugen.“ (Ein deutscher Staatsmann, 1871; citiert von Y. Guyot in seinem Buche: Ursachen und Folgen des Krieges.)

7. Die Anerkennung des „Reichskommissars für die besetzten Gebiete“ durch die hohe interalliierte Kommission, dieses „Lehensmannes der preußischen Bureaukratie“, dessen Aufgabe offenbar darin bestehen wird, uns Schwierigkeiten zu machen.

Dieser Pressefeldzug wird nun schon seit Juni mit wachsender Heftigkeit geführt. Die üblichen Schlagwörter sind: Der Gewaltfrieden, unser Imperialismus, unser Militarismus, unsere unmenschliche Kriegsführung, das Martyrium der Kriegsgefangenen in Frankreich usw.

III.

Es liegt nicht im Plane dieser Abhandlung auf Mittel und Wirkung dieses Pressefeldzuges näher einzugehen. Wir werden

seine Entwicklung und seine Aktionsmittel nur in bezug auf das Rheinland und speziell die Pfalz betrachten.

Wir finden hier wieder den wohlbekannten Plan Winterstein, der jetzt mit größerer Sicherheit, mehr Methode und stärkerem Cynismus durchgeführt wird.

Das Prestige des Expräsidenten ist gestiegen durch den vom Vertreter der deutschen Regierung am 8. August 19 beim Präsidenten der interalliierten Waffenstillstandskommission erhobenen Protest gegen seine Ausweisung aus der Pfalz sowie seine Reise nach Paris, wohin er kaum einige Tage nach den Speyerer Ereignissen von Brockdorf-Rantzaun berufen worden war.

Von München, vielleicht sogar von Heidelberg aus inspiriert, organisiert und leitet er den Kampf mit den neuen starken Waffen, welche ihm die für Deutschland günstiger gewordene internationale Lage, die neue Zentralisation des Reiches sowie die moralische Unterstützung Englands und Amerikas liefern.

Das Rheinprogramm der nunmehr sozialistisch-bürgerlichen Reichsregierung war folgendes: Entrüstungsgeschrei über unsere Rheinpolitik; Ausschlachtung der Gegensätze unter den Alliierten; deshalb Schmeicheleien für die Engländer und Amerikaner; Feldzug des Hasses gegen Frankreich, das offenbar hinter den rheinischen Separatisten steht sowie gegen die Besatzungsarmee und ihren Führer; Vorbereitung der unnachsichtlichen Niederwerfung der Separatisten!

Die Geschichte lehrt, daß die Herrschaft Preußens über die reichen westlichen Provinzen die unerläßliche Vorbedingung ist für die Lebensfähigkeit des Reiches:

„In Deutschland gibt es infolge geographischer und geschichtlicher Ursachen zwei deutlich unterscheidbare Ländergruppen. Wir finden einerseits von Natur reiche, günstig gelegene Landesteile, welche durch friedliche Tätigkeit wohl gedeihen können, die aber auch die Waffen für den Krieg liefern und wo die zum Kriegführen unerläßlichen Vorbedingungen gegeben sind: Verbindungswege, Geld und Lebensmittel, Verkehrsnetze und Umschlagplätze (débouchés.)

Auf der anderen Seite sehen wir arme, weniger günstig gelegene Gebiete, welche aus Not den Krieg wie eine nationale Industrie betreiben. Wie könnten auch die Leute des sandigen Brandenburg oder des fernen Ostpreußen in der Welt eine „Stellung ersten Ranges“ einnehmen, wenn sie nicht die Hegemonie über das übrige Deutschland ausüben und Deutschland nicht eine weitgehende Expansion auf dem Kontinente sowie fruchtbare Kolonien versprechen würden, mit einem Worte, wenn sie nicht Eroberer wären?

Hätte nicht ein wohl ausgeglichener, germanischer Bund autonomer Staaten zahlungsfähig werden können, ohne aggressiv zu werden? Die im Frieden reich gewordenen Staaten hätten ihren Teil der gemeinsamen Schuld bezahlt, ohne jeden anderen Gedanken als den, ihren Kredit wieder hochzubringen und wieder zu Wohlstand zu gelangen. In einem aufstraffte geeinigten Deutschland jedoch ist das ganz anders. Jedes Anwachsen des Reichtumes in den produktiven Gebieten verschafft den kriegerischen Hilfsquellen. Jede Ambition der kriegerischen Gebiete suggeriert den produktiven den Gedanken, sich lieber mit Kanonenschüssen als mit Geld freizumachen“. („Temps“, 28. August 1919.)

Diese Bedeutung der Rheinlande für die Wiederaufrichtung Deutschlands gibt Erzberger zu in seinem Proteste gegen die „Ermunterung“ der rheinischen und pfälzischen Separatistenführer durch die Militärbehörden:

„Ich muß noch bemerken, daß Deutschland die Lasten, die es durch den Friedensvertrag auf sich nehmen will, nur dann tragen kann, wenn seine wirtschaftlichen und territorialen Grundlagen sowie seine Finanzkraft unversehrt bleiben. Ich brauche nicht zu beweisen, daß die Lostrennung von Gebieten mit einer so großen Zahl Bewohner und einer so hoch entwickelten Industrie die Grundpfeiler des deutschen wirtschaftlichen Lebens erschüttern muß.“ (Note des Ministers Erzberger an General Nudant vom 2. Juni 1919 betreff Lostrennung der Rheinlande und der Pfalz.)

Als in Deutschland bekannt wurde, daß die s. Zt. mit Gewalt angegliederten Rheinlande beim Reiche verbleiben und daß Frankreich auf seine in der Denkschrift der Regierung vom 25. Februar 1919 (Der Rhein die Westgrenze Deutschlands; ständige

Besetzung der Rheinbrücken durch die Alliierten.) niedergelegten Forderungen Verzicht leisten würde, da erhob sich in der Presse ein maßloses Triumphgeschrei.

Bis April blieb Deutschland überzeugt, daß wir den Rhein nicht aufgeben würden. Es war dies für es die einzig wahre Sanktion der Niederlage. (Nach dem Siege des Feindes werden das linke Rheinufer und Elsaß-Lothringen französisch werden. „Tägliche Rundschau“, 24. September 1918. Zitiert von Funk-Brentano.)

Unter dieser Voraussetzung dachten, wie wir gesehen haben, die Politiker jeder Schattierung in der Pfalz nur an den Anschluß an die autonome Politik und die Aufrichtung des ihren Wählern am meisten zusagenden Regimes.

Durch den Verzicht auf diese Forderung ermöglichten wir es dem Reiche leichten Sinnes, sich im Geiste der preußischen Tradition wieder aufzurichten und sofort wieder sein Schicksal in die gleichen Bahnen zu lenken wie vor dem Kriege! (Wenn die Pfalz aufhört, ein integraler Bestandteil des Reiches zu sein und sich für eine neutrale Republik erklärt, werden alle linksrheinischen Gebiete umfallen und das ganze deutsche Reich wird zusammenbrechen . . . Dies ist das Endziel jeder französischen Politik. „Neue Badische Landeszeitung“, 26. Juni 1919.)

Folgende durch die augenblicklichen Ereignisse bestätigte Losung soll nun im ganzen besetzten Gebiet ausgegeben worden sein: „Seht ihr, die Franzosen wagen für die Rheinlande nichts zu tun. Sie müssen sie Preußen lassen, weil sie nicht die Sieger sind!“

Diese Losung war ausgegeben worden, um den deutschen Stolz wieder zu heben und das Volk in Gehorsam und Furcht zu halten, dessen Treue zu Preußen unzweifelhaft feststand und das einer geschickten und energischen Politik Frankreichs wehrlos ausgeliefert war. (Bis jetzt ist die Errichtung einer rheinischen Republik nicht gelungen; mit List und Ausdauer jedoch kann sie sich durchsetzen. „Neue Badische Landeszeitung“ vom 15. Juni 1919.)

Die Theorie des Faustpfandes wurde ebenfalls propagiert. (Die Politik Frankreichs wird durch seine hohe äußere Schuld be-

stimmt. Deshalb wäre Frankreich recht froh, wenn es einen erheblichen Teil dieser Schuld durch die Rheinprovinzen bezahlen lassen könnte. „Neue Badische Landeszeitung“, 15. Juni 1919.)

Welch Uebermaß von Schmeicheleien (für England und Amerika D. H.) sollen wir nun erleben. Wenn unser Einfluß am Rheine übermächtig wird, müssen wir eine noch viel stärkere Macht als das alte Deutschland und damit Englands Gegner werden. („Frankreich und die westfälische Republik würden mit dem Saarbecken und Lothringen ungefähr 200 Millionen Tonnen Kohlen und mindestens 45 Millionen Tonnen Eisenerz fördern. In den Rheinprovinzen und Westfalen gibt es Hochöfen und Stahlwerke, sowie zahlreiche Facharbeiter, was eine Produktion von 20—25 Millionen Tonnen Roheisen und 10 Millionen Tonnen Stahl ermöglichen würde. Die Franzosen hätten ferner alle Mittel, eine Handels- und Kriegsflotte zu schaffen stärker als vor dem Kriege; sie könnten Eisenbahnen in den westafrikanischen Kolonien bauen; Dakar würde ein Hafen ersten Ranges für die Linie Köln—Paris—Südamerika werden. Um Elsaß-Lothringen, das Saargebiet, die Rheinprovinzen und Westfalen vergrößert, würde Frankreich in einigen Jahren eine Großmacht ersten Ranges werden, viel stärker als das alte Deutschland.“)

Jede neue Handelsbeziehung zu den Engländern und Amerikanern gibt Anlaß zu schmeichelhaften, für uns nachteiligen Kommentaren. (Gestern hat England mit uns [Sodafabrik Rosenberg] Verträge über die Lieferung von Soda im Werte von 30 Millionen abgeschlossen. Heute haben amerikanische Kaufleute telegraphisch von uns Offerten verlangt.... Das Eis zwischen Amerika und uns ist nun auch gebrochen. „Badische Presse“ vom 28. Juni 1919.)

Das Berliner Tageblatt benutzt die Rede des französischen Abgeordneten Brousse zu einem Artikel, wonach die Franzosen eifersüchtig wären auf Engländer und Amerikaner, da diese tagtäglich ungeniert zum größten Nachteile des französischen Handels die Verordnungen des Interalliierten Oberkommandos durch Duldung des Warenhandels vom linken zum

rechten Rheinufer übertreten würden. („Neue Badische Landeszeitung“, 6. Juli 1919.)

In den Schmeicheleien für die Amerikaner steckt oft ein Seitenhieb für Englands Eigenliebe: „Eine amerikanische Kommission hat Hamburg besucht und hat sich die auf den englischen schwarzen Listen stehenden Firmen notiert, um mit ihnen in Beziehung zu treten. Die englische Boykottpolitik wird also Schiffbruch leiden.“ („Berliner Tageblatt“ vom 1. Juli 1919.)

Der Empfang einer in Frankfurt angekommenen Abordnung der englischen „Society of Friends“, deren Ziel die Zerstreung der Vorurteile gegen Deutschland ist, gibt der „Frankfurter Zeitung“ (12. August 1919) Anlaß zu den wärmsten und herzlichsten Kommentaren. Für den politischen Kampf muß jede Gelegenheit herhalten wenn sie nur gestattet, die Alliierten gegeneinander auszuspielen.

„Die Franzosen versteifen sich auf die Eroberung der Rheinlande. Die Amerikaner und Engländer dagegen sind korrekt.“ („Berliner Tageblatt“, 2. Juli 1919.) Sie entrüsten sich über die „gehässige Form der französischen Agitation“. („Neue Badische Landeszeitung“, 27. August 1919.)

Die rechtsrheinische Presse kann nicht genug die Haltung der Amerikaner rühmen, die „keinerlei Revolution in ihrer Zone“ haben wollen und die am Himmelfahrtstage in Koblenz die Zentrumspolitiker auswiesen, die dort Propaganda für die Republik machen wollten“.

Mit gehässiger Schadenfreude, die eine schwere Beleidigung unserer Würde, unseres Prestiges und unseres Sieges darstellt, wird auch der Erlaß der britischen Besatzungsbehörden kommentiert, wonach im britischen Abschnitt jede Verfassungsänderung und jede Einsetzung einer neuen Behörde verboten sind.

Die „Frankfurter Zeitung“ (27. August 1919 — „Berliner Tageblatt“, 28. August 1919) schließt triumphierend: „Dieser Erlaß macht der Agitation der Kölner Separatisten ein Ende.“

Zu dieser Zeit (August 1919) bedauert die „Badische Presse“ (19. August 1919) die Aufgabe des Koblenzer Abschnitts durch die Amerikaner. Die Angriffe gegen die amerikanische Besatzungsarmee hören plötzlich auf, um sich gegen die französische Armee zu richten.

Zu Beginn der Besetzung und bis Juni noch gab die Haltung unserer Armee nur Anlaß zu Lob. Hat sie doch das Land vor dem Spartakismus bewahrt und die Beamten des alten Regimes in ihrer Stellung gehalten, die nun die besten Diener des Reiches werden sollten!

Die Sympathien des Generals Gérard sind allerdings ohne jeden Zweifel auf seiten der pfälzischen Separatisten. Nach dem Scheitern des Speyerer Putsches (1. Juni), der Veröffentlichung der Vorfriedensbedingungen sowie auf Grund der von den Amerikanern und Engländern eingenommenen Haltung konnten jedoch die deutschen Politiker hoffen, daß unser Oberkommando seine Stellung ändern, die Konsequenzen aus der Lage ziehen und seine Unterstützung gegen die Separatisten leihen würde, in der Absicht, „sich einmal keine Geschichten auf den Hals zu laden“ und dann auch jede diplomatische Verwicklung zu vermeiden.

Diese Hoffnung drückt sich in einem Artikel der „Neuen Badischen Landeszeitung“ vom 14. Juni 1919 aus sowie in einem an General Gérard, den Kommandierenden General der Besatzungsarmee der Pfalz, gerichteten Offenen Brief. Brief und Artikel sind von epochemachender Bedeutung und erscheinen als eine Art doppeltes, moralisches Ultimatum, nach dessen Ablauf der Kampf rücksichtslos einsetzen würde. *(Hier folgt der Offene Brief des Chefredakteurs der „Neuen Badischen Landeszeitung“, Alfred Scheel, vom 15. Juni 1919. Aus Gründen der Raumerparnis verweisen wir hier auf „N. B. L.“ Nr. 296 vom 15. Juni 1919.)*

Der Artikel in der „Neuen Badischen Landeszeitung“ (14. Juni 1919) führt aus:

„General Gérard ist natürlich vor allem ein Franzose; aber auf der anderen Seite ist er kein Deutschenfresser. Und vor allem besitzt er ein gutes Quantum von sokratischer Weisheit; er kennt seine Stärken und Schwächen und bildet sich nicht ein, daß er unfehlbar ist; im Gegenteil, er ist bereit, sich überzeugen zu lassen, was für einen Militärmenschen schon viel sagen will. . . . Daß er tüchtig ist, geht schon daraus hervor, daß seine Soldaten ihn achten und sogar lieben.

Davon bin ich überzeugt, die Pfälzer werden in Zukunft nicht mehr mit politischer Propaganda von unverantwortlichen Individuen drangsaliert

werden. Das beweist, daß Gérard nicht so unpolitisch ist. . . .

Jedoch von pfälzischer Seite muß ebenfalls mit gutem Willen und mit Verstand und Ueberlegung vorgegangen werden. Wie bereits bemerkt, das Schicksal hat einmal die Einwohner der sonnigen Pfalz und die Franzosen auf lange Zeit zusammengebracht; man muß sonach mit dieser Tatsache rechnen. Vor allem aber müssen keine falschen Ideen über die an der Spitze der momentanen Ereignisse stehenden Persönlichkeiten verbreitet werden. Wieviel Unheil hat schon ein unüberlegtes Wort angerichtet! Irren ist menschlich. Und daß der Kommandierende General Gérard einen großen Fehler begangen hat, dadurch, daß er nicht früher eingeschritten, um dieser hirnerkrankten Propaganda ein Ende zu machen, ist ja offenbar. Allein, weiter geht seine Verschuldung nicht.

Seine Stellung ist eben auch keine leichte. . . .“

Dieser doppelte Verführungsversuch bleibt jedoch vergeblich. Der General will sich lieber allen möglichen Schmähungen aussetzen, als eine Haltung ändern, die seiner Ueberzeugung nach den Interessen unseres Landes und seiner Pflicht als Führer entsprach. Sein Entschluß ist gefaßt.

Von jetzt ab konstatieren wir einen radikalen Umschwung in der Haltung der Presse. Tagtäglich wird der General heftig angegriffen.

Er ist jetzt nicht mehr der „antike Weise“, sondern „der brutale und skrupellose Komödiant“ („Frankfurter Zeitung“), der „Politiker von Landau“, das „Hirn der separatistischen Politik“ („Frankfurter Zeitung“, 21. Juni 1919), der „Nachfolger Melacs“, der „moralische Verwüster und Vergifter der pfälzischen öffentlichen Meinung“ („Badische Landeszeitung“, 12. Juli 1919), der „politische Machthaber der Pfalz“ („Badische Landeszeitung“, 3. August 1919), der „Eroberer der Pfalz“, der „Hintermann und Protektor der pfälzischen Verräter“, der „Eroberer der pfälzischen Herzen und Sinne“, der „für den Mord des Postverwalters von Ludwigshafen Verantwortliche“

Von der Person des Führers sollten nun bald die Schmähungen übergreifen auf die Besatzungsarmee selbst, um sie zu diskreditieren. Am 14. Juni 1919 findet man noch in der „Neuen Badischen Landeszeitung“, dem franzosenfeindlichsten rechtsrheinischen Hetzblatte, folgendes Geständnis:

„Im großen und ganzen hat das von der Vorsehung wirklich begünstigte Pfälzer Volk im Vergleich mit anderen Teilen Deutschlands wenig Veranlassung, sich zu beklagen. Es fühlt kaum die Wehen, die Entbehrungen der Blockade. Im Gegenteil, eine Reise durch die Pfalz am Pfingstsonntag bewies so recht, wie reich das Ländchen an materiellen Gütern, wie lebenslustig seine Bevölkerung ist. Die sang und hüpfte und tanzte, wie wenn es keine französischen Besatzungen und Kontrollen gäbe, die in der Tat sich ganz in den Hintergrund gezogen hatten. Was sodann seine nicht unbedeutenden Industrien betrifft, so sind diese von dem, allen gesunden Betrieb vernichtenden Spartakismus verschont worden. In Wahrheit, vom rein geschäftlichen Standpunkt aus betrachtet, ist seine Lage sogar eine wirklich beneidenswerte. Die Gegenwart der Franzosen hat nicht zu unterschätzende große Vorteile. . . .“

Dies ist das letzte deutsche Eingeständnis der bewundernswerten Haltung unserer Truppen im besetzten Gebiet. Von nun an hört man in der ganzen Presse Tag für Tag nur noch „von den barbarischen Gewaltakten der französischen Militärs in der Pfalz von Akten der Brutalität und des Vandalismus“ („Frankfurter Zeitung“, 23. Juli 1919.)

Die französischen Offiziere werden als „Voyous“ bezeichnet. („Frankfurter Zeitung“, 23. Juli 1919.)

Die französische Fahne auf der Ludwigshafener Brücke wird mit dem „Geßlerhute“ verglichen, den die Polizisten grüßen müssen. („Badische Landeszeitung“, 6. Juli 1919.) Von der Ermordung des Sergeanten Mannheim in Berlin am 11. Juli an datiert der radikale Umschwung in der Haltung der deutschen Presse und die sich steigernde Heftigkeit in den Schmähungen:

„Wir werden unaufhörlich Haß predigen und Rache verlangen mit allen Mitteln Wir werden Haß predigen unseren Kindern und Kindeskindern Wir haben die unerschütterliche Ueberzeugung, daß über kurzem das deutsche Volk die Phrasen von der Wiederversöhnung der Völker und vom

ewigen Frieden zu Boden treten wird und daß dann die Stunde der Rache kommen wird, die unsere ganze Schmach von heute abwaschen wird.“

Das Wort vom „französischen Vandalismus“ („Deutsche Zeitung“, 24. Juli 1919) ist an der Tagesordnung. Von unseren Soldaten hört man nur noch, daß sie Kartoffeln, Hühner, Zwiebeln und Trauben stehlen, die Wälder verwüsten („Badische Presse“, 22. Juli 1919), die Felder zertreten und Bäume ruinieren („Frankfurter Zeitung“, 13. August 1919.) Die Schwarzen sind anständiger als die weißen Vertreter der „Grande Nation“ („Badische Presse“, 22. Juli 1919.) „. . . . Unsere schönen Wälder wurden zum Schmücken der Straßen und Plätze am 14. Juli in einen traurigen Zustand versetzt“ („Badische Landeszeitung“, 18. Juli 1919.)

Die Franzosen haben in die Pfalz ein Schweigen des Todes gebracht. „Sie ruinieren das Land“ „vergreifen sich an dem Leben der Männer“, an der „Ehre der Frauen“ die „Frauen werden in Gegenwart ihrer Männer beschimpft“ „das ist der blinde tyrannische Haß usw.“ („Frankfurter Zeitung“, 29. Juli 1919.) Die „Nilpferdpeitsche der Franzosen hat immer recht“. („Frankfurter Zeitung“, 13. August 1919.) „. . . . Jeder Geldstrafe hängen sie das Mäntelchen des Rechtes“ um. („Frankfurter Zeitung“, 17. August 1919.) „sie fällen ihre Urteile ohne die geringste juristische Grundlage“. („Badische Landeszeitung“, 2. August 1919.) „Diese Urteile der französischen Gerichte sind Schreckensurteile.“ („Volksstimme“, 21. August 1919.) „Für ganz geringfügige Vergehen haben die Franzosen im zweiten Stock der Polizeiwache eine Folterkammer eingerichtet; die verhafteten Frauen werden mit Stock- und Peitschenhieben traktiert; ihre geschwollenen Augen und Köpfe, ihr blutender Mund legen Zeugnis ab von der schlechten Behandlung.“ („Frankfurter Zeitung“, 23. August 1919.) Unsere Soldaten werden mit „Vandalen“ verglichen, die „Stühle und Zigarrensachteln zerschlagen“, „friedliche Bürger mißhandeln und die gerechte Entrüstung einer tief verletzten Bevölkerung hervorrufen, die seit Monaten schon gefoltert und gemartert wird. . . .“ („Frankfurter Zeitung“, 23. August 1919.)

Diese Campagne verschont auch nicht die jungen Mädchen und Frauen, die im Verdacht stehen, den Franzosen zugeneigt zu sein. Junge Leute bilden Vereinigungen, um sie zu „prügeln“. Unter den Arbeitern von Kaiserslautern wird ein „Rachelied“ verteilt mit der Ueberschrift: „Deutsche Frauen — Nationalsauen“.

„Der Franzose hat sie alle, ob alt oder jung, reich oder arm. Wenn ich des Abends durch die Straßen gehe, so kann ich kaum verstehen, daß ich vier Jahre lang gekämpft habe, um euch deutsche Frauen zu beschützen.

Ich habe noch viel länger gelitten. Als Dank dafür wirst du die Sau des Feindes. O, deutsche Frau, Nationalsau, wie bist du in den Schmutz gesunken. Wo ist deine Ehre, wo ist mein Dank? Ach, alles ist vorbei.

Ihr werdet ernten, was ihr gesät habt; doch meine Worte kommen zu spät. O, deutsche Frau, Nationalsau, wie bist du in den Schmutz gesunken!“ (Aus dem Französischen übersetzt — D. H.)

Wir müssen nun diese unendliche und peinliche Liste der Provozierungen, Schmähungen und Angriffe schließen, die eines Tages ihr Ziel erreichen und sicherlich eine bedauerliche Spannung zwischen gewissen Elementen der Bevölkerung und den Besatzungstruppen hervorrufen werden.

Schon werden zahlreiche Angriffe auf unsere Soldaten verübt und wiederholt mußte der Kreiskontrolleur sich beim stellvertretenden Regierungspräsidenten beschweren, der natürlich die Verantwortung auf unsere „provozierende Politik“ schob. (Schreiben des stellvertretenden Regierungspräsidenten an Oberst de Metz vom 28. August 1919.) In der Tat besteht die gewöhnliche Taktik der deutschen Behörden darin, einfachen Polizeimaßnahmen einen schikanösen politischen Charakter zu unterstellen. So kam es, daß die Haussuchung bei dem Wirte Ober, der beschuldigt wurde, im Besitze französischer, von der deutschen Armee gestohlener Gegenstände zu sein, den behördlicherseits angeordneten Generalstreik zur Folge hatte. (Speyer, Montag, 18. August 1919.) Außerdem werden Leute beauftragt, Ober zu rächen. Sie erledigen das durch einen Ueberfall auf den Inspektor Sentz von der Geheimpolizei.

Wir können noch deutlichere Anzeichen feststellen: Eine Mannheimer Zeitung geht so weit, den Augenblick als nahe zu bezeichnen, wo man, nach der Verminderung der französischen Besatzungsarmee, „sich nicht mehr einwickeln lassen wird“. Der sozialdemokratische Abgeordnete Profit erlaubt sich einen sozusagen beleidigenden Brief an den General Gérard zu schreiben, eine Kühnheit, welche den von ihm seit März zurückgelegten Weg kennzeichnet.

Bei der Heftigkeit dieser antifranzösischen Campagne kann man sich einen Begriff davon machen, welche Mittel nun ins Treffen geführt werden, um die Anstrengungen der pfälzischen Separatisten zunichte zu machen. Es sind die nämlichen Mittel, wie wir sie im vorausgehenden Kapitel gesehen haben. Aber nun fließt ihnen neue Kraft zu aus der Deutschland günstigen allgemeinen, sowie seiner jetzt konsolidierten inneren Lage und vor allem aus unserer Schwäche und Passivität. Die Folgen sind: Drohungen und Angriffe gegen die Republikaner, Organisation eines anti-republikanischen Aktionsausschusses mit dem Sitz in Mannheim, Abwehrorganisation gegen republikanische Pseudoputsche, politische Streikorders usw.

Die Ausschußmitglieder der „Freien Pfalz“ erhalten täglich Drohbriefe. Auf ihre Köpfe werden Preise ausgesetzt. Einen der sonderbarsten Auswüchse dieses Geisteszustandes sehen wir in der nachstehenden Verurteilung des Herrn Haaß durch das Geheimgericht der heiligen Fehme.

„In der Nacht vom 30. Juni hat die Gruppe Pfalz der heiligen Fehme statutengemäß zu Gericht gesessen, genau um 1 Uhr morgens unter der großen Buche, wegen erwiesenen Hochverrats an Deutschland und dem deutschen Volk. Der Spruch lautet auf Tod. Man hat dich geächtet, vogelfrei erklärt und zum Tod verurteilt durch Strang, Dolch oder Gift. Jeder Deutsche hat das Recht, den Urteilspruch zu vollziehen.“ Das Fehmgericht der Pfalz. X.

„Weimar, den 6. Juli 1919.

Das Urteil wird hiermit von dem obersten Fehmgericht Deutschlands bestätigt.“

(Wie wir wissen, handelt es sich um einen Gymnasiastenstreich — D. H.)

Der alldeutsche und antirepublikanische geheime Aktionsausschuß besteht aus folgenden Konservativen und Sozialdemokraten: Dr. Ritter (Mannheim), Dr. Osterheld (Ludwigshafen), Direktor Kederer (Ludwigshafen), Hauptlehrer Lang (Speyer), dem sozialdemokratischen Abgeordneten Profit (Ludwigshafen), dem Abgeordneten Körner usw.

Er steht in Verbindung mit den sozialdemokratischen Leitern des „Reiches“. Seine hauptsächlichsten Aktionsmittel in der Pfalz sind der Arbeiterschuß (14 Mitglieder) der Badischen Anilin- und Sodafabrik und 400 „Vertrauensmänner“, die Unteroffiziere des 14 000 Mann starken Arbeiterheeres der Anilinfabrik.

Durch Beamtschaft und Polizei läßt der Ausschuß die rechtsrheinischen, von der Regierung des „Reiches“ veranlaßten Gewerkschaftsbeschlüsse ausführen. Uebermittelt werden sie von den sozialdemokratischen Abgeordneten Körner, Profit und ihren Trabanten, ehrgeizigen Arbeitern, die durchaus eine politische Rolle spielen wollen.

Diese Organisation will nicht nur die Revolution abwehren, sie sucht auch nach Vorwänden zum Handeln, zur Täuschung der öffentlichen Meinung, zur Mobilmachung ihrer Truppen, zur Sondierung des Gegners, zu seiner Einschüchterung und zum Gegenschlage, bevor er an Angriff auch nur gedacht hat.

All diese Mittel dienen natürlich einem viel höheren und allgemeineren Ziel: Erzeugung und Nahrung des Hasses gegen Frankreich sowie Diskreditierung der Besatzungsarmee durch Ausschlichtung ernster, geschickt herbeigeführter Zwischenfälle, für welche den französischen militärischen Führern die Verantwortung zuzuschieben ist usw.

Durch diese Mittel hofft der Ausschuß Körner-Profit für die Einheit des „Reiches“ und der „Partei“ in der Seele des Volkes ein nationales und politisches Gefühl zu erwecken und zu stärken, dessen Schwäche und Unzulänglichkeit sie genau kennen.

Am 2. August 1914 haben Frankreich und die Welt Preußens politisch-militärische Methode der aggressiven Verteidigung kennen gelernt. In Schlesien mußten schließlich die alliierten Truppen zum Schutze der Polen vor ihr intervenieren. Die pfälzischen Republikaner, die diese Methode bereits am 1. Juni in

Speyer und am 18. Juni in Zweibrücken verspürt hatten, sollten sie am 29. August in Ludwigshafen von neuem kennen lernen.

Dringen wir nun etwas tiefer ein in die Einzelheiten der Abwehrorganisation: Die provozierten Zwischenfälle wickeln sich nach einem wohl durchdachten Plane in der gleichen Reihenfolge ab:

Eine kurze Periode beunruhigender Nachrichten, pessimistischer Gerüchte sowie tendenziöser Zeitungsartikel, um die Bevölkerung nervös zu machen. Darauf geheime Mobilmachung der Aktionsmittel: Beamte, Polizei, Vertrauensmänner, Agents provocateurs usw.

Diese Maßnahmen müssen unfehlbar zu Zwischenfällen führen. Diese braucht man dann nur noch auszuschlachten gegen Frankreich, die Besatzungsarmee und die Republikaner. Und dann beginnt der Schlußakt, der politische Streik.

In dem politischen Verteidigungsplan der Pfalz sind für die Regierung in Speyer und alle öffentlichen Gebäude: Banken, Bahnhöfe, Postämter usw. Besetzungen aus Vertrauensmännern, Polizisten und Gendarmen vorgesehen. Die Bezirksamtänner werden durch Radfahrer oder telephonische bezw. telegraphische Mitteilungen in Geheimsprache verständigt. Wenn sie den Befehl empfangen haben, müssen sie sofort die örtlichen Führer der Sozialdemokratie aufs Bezirksamt rufen. Letztere haben im Einvernehmen mit den Beamten die Besetzung der staatlichen und öffentlichen Gebäude durchzuführen. In Speyer ist der Wirt und Stadtrat Ober der anerkannte Führer für die Organisation der Abwehr und des Angriffs.

Die Instruktionen sind genau; sehen wir sie uns an: „Nach dem Scheitern der Proklamation haben die Lehrer, die konservativen Vereine sowie die antirepublikanischen Gewerkschaften für die Regierung in Speyer alles Material zur Organisation einer antifranzösischen Propaganda zu sammeln.

Die Regierung wird dann mit allen Mitteln eine Agitation gegen Frankreich ins Werk setzen, um in der Pfalz Haß gegen die Franzosen großzuziehen und für immer die Politik der Republikaner abzutun.

Von nun an haben die Versuche der pfälzischen Zeitungen zur Bekämpfung der „Freien Pfalz“-Propaganda einzusetzen usw... (S. R. 2. August 1919.)

Die Ereignisse in Ludwigshafen werden Ende August durch eine tendenziöse Presse-Campagne vorbereitet; dann werden alarmierende Gerüchte ganz im Stillen verbreitet: „Es steht tatsächlich ein Gewaltstreich unmittelbar bevor, durch den die „Freien Pfalz-Leute“ mit Unterstützung der französischen Armee sich sämtlicher öffentlichen Gebäude, sowie aller Verwaltungszweige der Pfalz bemächtigen wollen.“ Man macht darüber ganz genaue Angaben, gibt den wahrscheinlichen Zeitpunkt an, usw. Dunkle, von der Regierung bezahlte Existenzen, werden beauftragt, die prominentesten Republikaner zu überwachen, sie zu bedrohen, zu beschimpfen und anzugreifen.

So werden der Zahntechniker Rall sowie die Mitglieder der „Freien Pfalz“ Hauck und Eichhorn von solchen Individuen angegriffen. Der Arbeiter Schertel gesteht ein, dafür 1000 Mark erhalten zu haben!

Am 28. August wagte es der Bezirksamtmann von Ludwigshafen, beim Kontrolloffizier um die von „Marschall Foch vorgesehene Unterstützung“ nachzusuchen! Aber Major M. (ennetrier D. H.) weiß besser als sonst jemand, daß die öffentliche Ruhe in keiner Weise bedroht ist.

Der Bezirksamtmann teilt ihm natürlich nicht mit, daß der stellvertretende Regierungspräsident in Speyer soeben den Mobilisierungsbefehl für die Abwehr erlassen hat; (beim Postverwalter in Ludwigshafen gefundenes Dokument), daß ferner die Abgeordneten Profit und Körner alles bis ins kleinste geregelt und sich auf die andere Seite des Rheines in Sicherheit gebracht haben; daß alle Befehle zur Besetzung der öffentlichen Gebäude noch im Laufe des Abends an den Bürgermeister, die Polizei, die Gendarmerie und die Vertrauensmänner gegeben sind; daß Handgranaten verteilt worden sind usw.

Das sagt der Bezirksamtmann nicht, weil er ganz genau weiß, daß alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung die französische Militärbehörde angehen.

Die „Uebung“ sollte einen tragischen Ausgang nehmen. Zum vollen Erfolg war dies auch nötig. Von der französischen Militär-

behörde werden zwei Polizeibeamte nach dem Postamte geschickt, um über die tatsächlichen Vorgänge dort Bericht zu erstatten. Sie betreten das Postamt, wo sie gegen 1 Uhr morgens eine ungewöhnliche Unruhe bemerken. Sie werden von einer Bande Vertrauensmänner angefallen, verteidigen sich und schießen zwei Manifestanten nieder.

Da der stellvertretende Regierungspräsident nicht wissen konnte, welche Wendung die Dinge nehmen würden, folgte er dem Beispiel des Abgeordneten Profit und berief vorsorglicherweise wegen einer ganz unbedeutenden Verwaltungsfrage sämtliche Bezirksamtmänner der Pfalz nach Kaiserslautern, wo er sich selbst befand. Diese Vorsicht hatte den Zweck, seine Verantwortlichkeit sowie die seiner Mitarbeiter außer Frage zu stellen, den Erklärungen, die die französische Militärbehörde zweifellos von ihm verlangen würde, zu entgehen, sich die Möglichkeit offen zu halten, gegebenenfalls mit seinen Komplizen sich verabreden zu können und schließlich bei der Bevölkerung und der Arbeiterschaft den Anschein zu erwecken, als ob er den Ereignissen vollkommen fremd gegenüber stehe.

So spielte sich der Ludwigshafener Vorfall ab!

Nun kommt die letzte Phase des Planes — Die Ausschächtung dieses Vorfalles.

Am nächsten Tage verwandelte ihn zur Erbauung der ganzen Welt das W. T. B. in einen von der französischen Besatzungs-Armee unterstützten separatistischen Putsch der Republikaner. Eine deutsche Zeitung schrieb: An der Ermordung des Postverwalters ist der französische Militarismus schuld; General Gérard ist allein verantwortlich für die Ereignisse!“ (In der Nacht vom 28. zum 29. August drang eine Abteilung Franzosen, voraus einige Zivilisten, in das Postamt ein. Die Beamten forderten sie auf, halt zu machen. Die Franzosen gaben Feuer, ein Beamter wurde getötet. Das eine steht fest: die paar pfälzischen Verräter dienten nur als Maske („Mannheimer General-Anzeiger“, 29. August 1919). Das W. T. B. veröffentlicht folgende Information: „Der seit einigen Tagen erwartete Putsch scheint heute Nacht stattgefunden zu haben. Bis jetzt haben wir nur Nachrichten von Ludwigshafen. Zwischen Mitternacht und 1 Uhr versuchten eine Anzahl Haassisten sich des Hauptpostamtes zu

bemächtigten. Dieser Versuch scheiterte zunächst an dem Widerstande der treuen Beamten. Gegen 4 Uhr morgens erneuerten die Haassisten ihren Versuch unter Benützung von Handgranaten. Die Postbeamten leisteten von neuem kräftigen Widerstand. Der Postverwalter und ein Beamter wurden im Laufe des Kampfes getötet.“

Das W. T. B. fügt noch hinzu, das Postamt sei von französischen Soldaten besetzt worden und in Ludwigshafen sei durch Maueranschläge die Republik provisorisch proklamiert. Seinem alten System der Unterstellung und Verleumdung getreu, behauptet ferner das W. T. B., französische Soldaten hätten am Kampfe teilgenommen. (Französische Presse vom 1. September 1919.)

So wollte man die öffentliche Meinung der Welt beeinflussen.

Um sie in dieser Meinung noch zu bestärken, mußte nun der im Plan vorgesehene politische Generalstreik losgelassen werden. Es war dies um so leichter, als die Lokalpresse und die große europäische Presse, dank des W. T. B., den Vorfall so dargestellt hatten, als sei er durch unzeitige Maßnahmen der französischen Militärbehörde hervorgerufen worden.

Die ganz unter dem Einflusse des Paares Profit-Körner stehenden Ausschüsse sowie die blinde Disziplin der Arbeiter besorgten den Rest. Der Streik brach aus in der Badischen Anilin- und Sodafabrik und in mehreren Industriestädten der Pfalz. Ein richtiges Ultimatum wurde der Militärbehörde gestellt, worin die Freilassung der tags zuvor verhafteten Personen verlangt wurde! In Ludwigshafen gab General D. (Daugan D. H.) erst nach Wiederaufnahme der Arbeit diesem Verlangen statt.

So also ist die Lage nicht bloß in Ludwigshafen, sondern in der ganzen Pfalz im elften Monat der Besetzung!

Zahlreiche Arbeiter allerdings gehorchen den Beschlüssen der Ausschüsse nur deswegen, weil ihrer unheilvollen Tätigkeit von unserer Seite kein Riegel vorgeschoben wird.

„Ein großer Teil der Arbeiter — die Leute, welche den Krieg mitgemacht haben — verlangt nur Ruhe zur Arbeit und Ordnung. Die große Masse war in der Schule, beim Militär zu blindem Gehorsam gegen die Autorität erzogen worden. Der Streik-

befehl wird unverzüglich verbreitet und mit einer geradezu verblüffenden Schnelligkeit ausgeführt. Wenn man in einem solchen Augenblick einen Arbeiter fragt, so weiß er fast niemals, warum er eigentlich die Arbeit verläßt. Er hat einen Befehl erhalten, er führt ihn aus und damit punktum!

Während der ersten Monate der französischen Besetzung respektierten die Arbeiter instinktmäßig die Armee, da sie in ihren Augen die Macht repräsentierte. Seit einem Monat jedoch haben die alldeutschen und sozialdemokratischen Elemente allmählich wieder ihren früheren Einfluß zurückgewonnen. Sehr zu statten kam ihnen dabei die Verschleppung des Vorfriedens, die Verhandlungen, die internationalen Verstimmungen, die Anmaßung der Leiter des Reiches, die Verminderung unserer Truppenstärken sowie das allzugroße Wohlwollen einiger unserer Ortskommandanten.

Ein Direktor der Badischen Anilinfabrik hat uns persönlich sein höchstes Erstaunen ausgedrückt über die Schnelligkeit, mit der auf Verlangen der Arbeiterschaft die französische Behörde einen Posten am Bahnhofe zurückgezogen hatte!

In der Tat wurde den Ludwigshafener Ereignissen keine strafrechtliche Folge gegeben, die diesen Namen verdient hätte. Dazu hätten die Militärbehörden Befugnisse haben müssen, die sie nicht besaßen. Die unheilvolle Folge dieser Tatsache war der von den Vertrauensmännern glänzend ausgeschlachtete Gedanke, der sich von nun ab nach und nach in den Köpfen festsetzte: „Die Franzosen haben Angst vor uns.“ („In Mannheim und längs des Rheins wirbt und organisiert ein Agitator — niemand anders als der ehemalige Kommandant des Unterseebootes „Deutschland“ — Anhänger für einen Angriff auf die Rheinbrücken!“)

In der ganzen Pfalz müssen wir uns noch auf viel ernstere und für das Prestige unserer Armee und unseres Landes viel weittragendere Wirren gefaßt machen. (Die Ereignisse [11. Okt.] bestätigen diesen Schluß. In Saarbrücken, Kaiserslautern und Ludwigshafen brechen von bezahlten Agitatoren hervorgerufene Wirren und Streiks mit zweifellos politischem Charakter aus.)

Und doch wäre es verhältnismäßig leicht für uns, diesem Feldzug des Hasses einen Riegel vorzuschieben, da wir ja seine Methoden kennen. Die jetzt arbeitenden Agitatoren erfreuen sich einer zu großen Bewegungsfreiheit. Die Arbeitermassen werden

ihnen erst dann nicht mehr folgen, wenn sie fühlen werden, daß das französische Oberkommando entschlossen ist, sich so fest zu zeigen, wie zu Beginn der Besetzung.

Es ist unbestreitbar, daß diese Wirren die Sicherheit unserer Truppen gefährden. Die Friedensbedingungen müssen uns folglich das Recht geben zu intervenieren und Maßnahmen zu ergreifen, die wir für notwendig erachten. Diese Maßnahmen sind: Ausweisung aller bei der Organisation der tendenziösen Kundgebungen kompromittierten Beamten, Arbeitervertreter und Politiker sowie strenge Unterdrückung der politischen Streiks. Andererseits wieder müssen wir die sozialen und wirtschaftlichen Klagen und Forderungen der Arbeiterschaft mit dem größten Wohlwollen prüfen.

In der Badischen Anilinfabrik sind die bei einem elsässischen Ingenieur beschäftigten Arbeiter inmitten des Aufruhrs ruhig geblieben. Sie haben erst dann die Arbeit verlassen, als die allgemeine Arbeitsniederlegung in der Fabrik sie dazu gezwungen hat.

Nur wenn wir uns überall auf die Elemente der Ordnung stützen und sie, wie es General Gérard zu Beginn der Besetzung getan hat, mit allen Kräften unserer moralischen und materiellen Autorität unterstützen, wird es uns gelingen, in der Pfalz das Prestige Frankreichs hochzuhalten und die Einführung einer Staatsform zu fördern, die für unser Land die wertvollste Garantie der Sicherheit bedeuten würde.

Wir wollen nun diese peinliche Abhandlung beschließen.

Die Tatsachen sprechen für sich.

Ein französischer General, der General Gérard, hat die Pfalpolitik so aufgefaßt, wie sie für Frankreich richtig gewesen wäre. Durch seine politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen sowie durch die Haltung seiner Armee hat er es verstanden, die Sympathien der Bevölkerung zu erringen und die Verwirklichung eines Programms der „Sicherheit Frankreichs“ in die Wege zu leiten, eines Programms, das die Freiheit des pfälzischen Volkes achtete. Dadurch hatte er aber die Beamten und Mehrheitssozialisten gegen sich vereint, die Stützen des zentralisierten „Reiches“, in dem die Noske-Armee die Bismarcks ersetzt.

Trotz alledem hat der General gekämpft und unserm Lande, unserer Armee sowie den Freiheitsbestrebungen der pfälzischen Demokraten Respekt verschafft bis zu der Stunde, wo die Friedensbedingungen sowie die Haltung unserer Alliierten der deutschen Regierung Grund und Anlaß gegeben haben, ihre Revanche vorzubereiten und Haß zu säen, während schon die Sympathie und die Freundschaft für Frankreich mühelos Früchte trugen.

Ueberlassen wir es der Zukunft, zu erweisen, ob die Bemühungen des General Gérard eitel waren, ob seine Politik eine verkehrte war und ob das morgen schon geeinte und zentralisierte, verpreußte Deutschland seine ganze Arbeit und alle seine Kräfte dem Ziele weihen wird, sich von dem großen Verbrechen los zu kaufen, für das es jetzt schon vor der Menschheit auf Nichtschuldig plaidiert!

Schluß

Wir wollen jetzt diese Abhandlung mit den Ideengängen der ersten Seiten schließen; wir wollen uns fragen, ob nicht eine andere Lösung möglich war und noch möglich ist in diesem Hexenkessel, in dem die Völker, Rassen und sozialen Anschauungen des alten Europa durcheinandergewirbelt werden.

Als in den Jahren 1848 — 1860 das idealistische, vom Gedanken der Größe und Einheit ergriffene Deutschland, das Deutschland der Proscribierten, das Deutschland eines Heine und eines Börne, das Deutschland des Frankfurter Parlamentes den Versuch machte, sein Schicksal in föderalistisch-republikanischem Sinne zu gestalten, da schüttelten alle Stämme des Reiches: Deutsche, Slaven, Magyaren, Tschechen und Italiener ihre Ketten ab und jagten in der ersten Aufwallung ihres neugeborenen Willens und ihrer wieder errungenen Freiheit die Männer der heiligen Alliance: den Kaiser, den König von Preußen, Metternich! aus dem Lande oder setzten sie in ihren Palästen gefangen! Schwarzenberg jedoch, der Metternich im Helm, Haynau, der Henker von Mailand und Bismarck erstickten unverzüglich die Volksbewegung im Blut. Der eiserne Kanzler setzte dem von den Philosophen begonnenen Werk die Krone auf, indem er an Stelle des Traumes der deutschen Patrioten eine ungesicherte, unechte Demokratie setzte, wie sie seiner persönlichen Auffassung von der deutschen Einheit entsprach. Gerade so wie heute waren damals Armee und Beamtentum dem Fürsten treu geblieben!

Im Jahre 1919 wiederholte sich die Geschichte und in ganz Europa stürzen die gleichen, von den nämlichen Bestrebungen geleiteten Völker zum zweiten Mal die gleichen Tyrannen!

Aber nur die Völker des alten Oesterreich sowie Polen und Dänen verwirklichen ihren nationalen Willen. In Deutschland jedoch bleibt der im Blute der deutschen Patrioten errichtete Bau der Gewalt bestehen: Robert Blum bleibt ungerächt. Die Versailler Beschlüsse bestätigen, wohl oder übel, das Recht dieser Gewalt und führen zum zweiten Male die Einheit Deutschlands im Sinne Preußens herbei.

Eine einzige Stimme des Protestes nur in ganz Deutschland hätte es nun gewiß schon hinreichend verdient, gehört zu werden! Aber nicht bloß eine Stimme erhob sich. Ueberall, in Hannover, Thüringen, Bayern, Baden und besonders in den preußischen und bayerischen Rheinlanden haben sich tausende von Stimmen, Echos von der Wartburg, vernehmen lassen.

Ein zweiter Heine hätte von Alpenhöhen die friedlichen und tiefen Atemzüge des neuen und noch zaghaften Jungdeutschland vernehmen können; wie es dann, noch schlaftrunken und von Träumen umfungen, den schüchternen Versuch machte, aus seiner zweiten und langen Lethargie wieder zum Leben zu erwachen!

Aufgabe unserer Diplomatie wäre es nun vielleicht gewesen, diesem „Jung-Deutschland“ zu helfen, sich von der preußischen Umklammerung frei zu machen, sein Selbstbewußtsein sowie das Bewußtsein seines kosmopolitischen Geistes und seiner edlen Herkunft wieder zu gewinnen, um sein neues Schicksal danach zu bestimmen!

Dieser Versuch wurde nicht gemacht — sonderbare Achtung vor einem Akte der Gewalt und Willkür, den Preußen vor nicht ganz 60 Jahren begangen und der so viel zu den Kriegen von 1870 und 1914 beigetragen hat!

Wir durften jedoch nicht, im Namen der Menschheit, Preußen einen bestimmenden Einfluß in Deutschland einräumen, ihm gewissermaßen unsern Segen dazu geben, seinen unseligen Charakter noch stärken und so vor dem preußischen Geiste, dem Geiste der Gewalt, der Brutalität und des Bösen unseren Geist des Lichtes, des Friedens und der Freiheit beugen. Nach unserem militärischen Siege war dies eine moralische Niederlage und der Bankerott gerade der Grundsätze, für die unsere Soldaten gekämpft hatten.

Clemenceau hat in seiner schönen Rede im Senat (Sept. 1918. D. H.) gesagt: „Der Deutsche ist ein Mensch, den zu erklären ich mir nicht anmaße. Ich verstehe ihn wirklich nicht und ich glaube auch nicht, daß der französische Geist ihn versteht.“

In diesem Geständnis liegt vielleicht die Erklärung für den Verzicht auf unsere Politik! Wir haben die deutsche Mentalität nach unserer eigenen beurteilt. Wir haben uns gesagt: Was würden wir an ihrer Stelle empfinden? Was würden wir tun, wenn man uns so behandeln würde? Wir haben beinahe Angst vor uns selbst gehabt! Wir haben nicht gemerkt, was die merkten, die auf deutschem Boden die Monate des Waffenstillstandes verlebten, daß nämlich Rheinländer und Pfälzer, wenn nicht einen neuen Rahmen für ihr geistiges Leben, so doch zum mindesten einen neuen Rahmen für ihr materielles Leben und Handeln brauchten und daß es ganz einfach besser wäre, für sie selbst, für uns und für die Welt, daß dieser Rahmen französisch statt preußisch sei!

Diesen inneren Bedenken haben sich dann zweifellos noch stärkere äußere Bedenken beigesellt. Staatsmänner haben die ewige und traditionelle Politik des europäischen Gleichgewichts hervorgeholt, die Politik der Kompensationen, die Eintagspolitik, die Politik der unmittelbaren Interessen — die Politik des Egoismus, die folgendermaßen charakterisiert werden könnte: „Jeder Generation ihre Aufgabe; unsere hat ihre Pflicht getan.“ (Nicht die Verteidigung des Völkerrechtes hat Frankreich jemals geschadet, sondern das System der Gleichgewichts- und Kompensationspolitik. Der Friedensvertrag vor der Kammer — Rede des Abgeordneten Thomas, „Humanité“, 30. August 1919.)

Und so hat man sich denn in nebensächliche Fragen verloren, die von den großen, noch ungelösten Problemen: Linkes Rheinufer, Völkerbund weit ablagen. Wie vor 1870 — Jaurès erinnerte an diese Tatsache 1911 in einer seiner Reden — interessierte sich unsere Politik nicht mehr für die fortschreitende Entwicklung des Reiches — das als ungefährlich betrachtete Werk Preußens — um für dieses „Desinteressement“ unmittelbare, nichtsbedeutende Kompensationen einzutauschen!

Wir haben die Stimmen, die im Rheinland und in der Pfalz sich erhoben und deren Widerhall die Berliner Regierung se überaus fürchtete, nicht hören wollen bezw. können. Berlin

fürchtete diese Stimmen so sehr, daß im Januar 1919, kurz vor den Volkswahlen, die Leiter des „Reiches“ die Möglichkeit einer territorialen Umgruppierung des Reiches im bundesstaatlichen Sinne ins Auge gefaßt hatten, um sich nicht die Rheinlande zu entfremden. [Der Unterstaatssekretär der deutschen Regierung hatte vorsorglicherweise sich schon damit befaßt, wie die territoriale Liquidierung Preußens vor sich gehen müsse: „Die territoriale Umgruppierung des Reiches kann nicht einfach von oben herab dekretiert werden. Das muß in freier Selbstbestimmung von der Bevölkerung ausgehen, wie es ihren wirtschaftlichen und geistigen Bedürfnissen sowie ihren Sympathien entspricht. Das Reich kann nur als Führer, als Vermittler auftreten und schließlich als oberste Behörde seine Genehmigung erteilen.“ Memorandum des Unterstaatssekretärs Preuß. Von der Regierung veröffentlicht vor den Januarwahlen 1919. („Temps“, 3. Juni 1919.)]

Daß wir damals diesen Seelenzustand nicht begriffen und ausgenützt haben! Zwei Lösungen gab es für unsere Diplomatie: 1. Ausnützung all der zersetzenden Kräfte im Reiche, um Deutschland zu einer friedlichen Staatsform zu bringen; 2. Entwicklung zum Einheitsstaat unter Preußens Einfluß, gegen den wir uns durch eine Menge kleinlicher Maßnahmen zu schützen gedachten. Die gegenwärtigen Ereignisse gestatten ein Urteil über ihren Wert, die Zukunft wird zeigen, ob sie wirksam sind!

Wir mußten die zweite Lösung wählen. Diese Lösung stärkt wiederum den brutalen Einfluß Preußens in Deutschland und macht es zu dessen Seele mit denselben Grundsätzen wie vor dem Kriege. So erhält das Reich mit dem Reichtum der Pfalz und der Rheinlande die Mittel seiner Wiederherstellung wieder. So werden diese Länder wieder unter die Fuchtel Berlins und Münchens gebracht! („Im November 1918 hatte Deutschland 51 Monate eines schrecklichen Krieges hinter sich. Der Zusammenbruch des Heeres und seiner Throne hat ihm den Rest gegeben. Was hätte man damals und seit dieser Zeit nicht alles tun können, für das Heil Frankreichs, für den Bestand des Friedens und selbst für die Befreiung der Deutschen, für die es nun im Einheitsstaate keine Freiheit mehr gibt.

Was hätte man, nach einem so teuer erkaufenen Siege, nicht alles tun können, um Deutschland zu zentralisieren? Was hat

man getan oder tun lassen und was wird die Folge sein? Das ist die Frage. Wir werden ja sehen“. („Temps“, 13. Oktober 1919.)

Die Hauptfrage bleibt offen. Das Problem ist keineswegs gelöst. Das Werk des Generals Gérard kann nicht untergehen, wie groß auch die Freude in München und Berlin über den Verzicht darauf sein mag. Früher oder später wird man es wieder aufnehmen müssen. Man muß aus dieser Periode der Verblendung und der Ungewißheit herauskommen. Die fieberhafte Hast, mit der die Berliner Staatsmänner die für sie zur Zeit günstige internationale Lage ausnützen, enthüllt zu sehr den Kern ihrer Absichten, als daß nicht auch den Leuten in Bälde die Augen geöffnet würden, die so garnichts sehen wollen! („Wir werden ein geeintes, gegen uns geeintes Deutschland wieder haben, das seine wirtschaftliche Machtpolitik wieder aufnehmen und uns ständig mit Ueberfall bedrohen wird, während wir durch Förderung der antimilitaristischen und antipreußischen Strömungen die kleinen Republiken, die sich in Deutschland bilden wollten, hätten ermutigen, unterstützen und fördern müssen. Mit jeder von ihnen hätte man getrennt verhandeln müssen. Selbst wenn noch etwas Unordnung in ihnen geherrscht hätte, so wäre das doch wohl kein Nachteil für uns gewesen. Sie werden mir jetzt folgenden gewichtigen Einwand machen: „Wir sind ruiniert, wir haben Kriegsschäden zu bezahlen. Glauben sie, daß all diese Republiken bezahlt hätten?“

Ja glauben sie denn, Deutschland wird zahlen? [Margaine, Kammer der Abgeordneten, Sitzung vom 27. August 1919.]

Wir dürfen nicht Preußen stärken. „Wie man sich auch die Umwandlung Deutschlands in ein friedfertiges Land denken mag, über eins ist man einig: Es ist unzulässig, daß 1919 wie 1815 und 1866 der Krieg mit einer Vergrößerung Preußens auf Kosten anderer deutscher Staaten ausgeht. Ob man nun die Dezentralisation Deutschlands wünscht oder ob man sich mit seiner Zentralisation abfindet, so darf doch auf keinen Fall der preußische Partikularismus allein einen Kriegsgewinn machen.“ („Temps“, 23. September 1919.)

Mit einem Wort, es gibt eine höchste Garantie des Friedens. Diese Garantie besteht im Ende der Vorherrschaft Preußens. Der Friedensvertrag bringt sie nicht, diese Garantie. So müssen Taten sie bringen.

Wenn wir uns auch mit dem Friedensvertrag abfinden müssen, so hat doch die Zukunft nicht jeder Hoffnung die Tür verschlossen. Wir können noch, wir müssen eine Rheinpolitik haben nach dem Vorbilde unserer Pfalzpolitik, deren Anfang so vielversprechend war. Gewiß wird sie anderen Schwierigkeiten begegnen, als im November 1918 oder im März 1919! Möglich ist sie jedoch. „Man darf nicht glauben, daß die Ereignisse da Halt machen werden, wo es die Verfasser des Friedensvertrages haben wollten. Die durch den Vertrag geschaffene Lage wird sich entwickeln, wir werden sehen, was daraus werden wird. Das wird von den Deutschen abhängen. Das wird aber auch von uns abhängen.“ (Rede Clemenceaus vom 12. Oktober 1919. „Temps“, 13. Oktober 1919.)

Diese Rheinpolitik hat den seltenen Vorzug, a priori erprobt zu sein. Wir haben gesehen, was sie unter General Gérard in der Pfalz bedeutete. Wir haben geahnt, was sie hätte bedeuten können, wenn **General Gérard die Mittel gehabt hätte die Wünsche des Volkes durch wirtschaftliche Maßnahmen zu fördern und moralisch zu unterstützen!**

Diese Politik wurde jedoch anscheinend erst reichlich spät und in durchaus oberflächlicher Weise von der Friedenskonferenz ins Auge gefaßt. Und doch wäre es wohl angebracht gewesen, wenn die im Memorandum vom 25. Februar vorgeschlagene Politik sie abgelöst hätte. (Memorandum Fochs vom 25. Februar: Die ständige Besetzung wird als beste Garantie angesehen. Die politische Gestaltung des linken Rheinufer bleibt der Konferenz überlassen.)

Wäre das nicht eine glückliche Lösung gewesen für den Uebergang von den damaligen Vorschlägen zur heutigen Lage! Warum hat man diese Politik nicht beibehalten? Warum wurden nicht die Diskussionen über dieses Thema in voller Oeffentlichkeit geführt?

Warum hat die unbelehrbare Opposition Englands und Amerikas gegen die im Memorandum vom 25. Februar vor-

geschlagene Lösung, auch die Lösung, wie sie der rheinische Separatismus im Auge hatte, abgelehnt? („Außer der Annexion gab es noch andere Mittel, um die Militärstraßen zum Rhein zu versperren und auf dem linken Rheinufer ein nationales, politisches und wirtschaftliches Regime aufzurichten, das die Unabhängigkeit der Bevölkerung ihren Wünschen gemäß garantiert hätte. Es hätte jedoch keinen Wert, darüber zu diskutieren, da ja die zwischen den alliierten und assoziierten Mächten gepflogenen Verhandlungen darüber hinweggegangen sind.“ Bericht über den Versailler Vertrag Louis Barthou, „Temps“, 9. August 1919.

„Wenn ich zustimme, so tue ich es nur deshalb, weil ich überzeugt bin, daß der Herr Ministerpräsident alles Mögliche getan hat, um Besseres zu erreichen.....

Wenn er keinen Erfolg gehabt hat, so liegt der Grund darin, daß England und die Vereinigten Staaten sich unbelehrbar gezeigt haben.“ [Rede Barthous.]

Warum vor allem hat man nicht den Versuch gemacht, die der Aktion des Generals Gérard in der Pfalz zugrunde liegenden politischen Prinzipien mit denen des Völkerrechts zu kombinieren? War nicht in dieser aussichtsreichen Kombination die Möglichkeit enthalten, dem Völkerbund unschätzbar wertvolle Dauerhaftigkeit, Realität, Kraft und Prestige zu verleihen? („Charles Benoist hat gesagt: „Wir haben nicht die Garantien, die wir wünschen.“ Er hat hinzugefügt: „Träumen wir einmal ein wenig. Koblenz, Köln und Mainz hätten vielleicht Bundesplätze des vom Himmel auf die Erde herabgestiegenen Völkerbundes werden können. Sie hätten so in den Augen Deutschlands das Recht des Stärkeren verkörpert.“

Ich frage mich, ob dieser Traum nicht die Lösung ist, welche von den Alliierten hätte angenommen werden können? [Sehr gut! Sehr gut!] — Die Neutralisierung unter der Aufsicht des Völkerbundes wäre vielleicht die Lösung gewesen. [Beifall.] Weil wir nun nicht zwischen der Politik der Occupation und der des Rechtes zu wählen wußten, haben wir weder die eine noch die andere.“ [Beifall auf der äußersten Linken und der Linken.] Debatte über den Friedensvertrag. Rede von Albert Thomas, 30. August 1919.)

Immerhin hatten wir das Rheinprogramm Maurice Barrés, das von der Kammer fast einstimmig gebilligt worden war. Dieses Programm hat — mit einigen Vorbehalten — in seinen Hauptteilen

die Zustimmung des Herrn Albert Thomas gefunden. („Wenn wir die allgemeine Zustimmung, die das Exposé über die Rheinpolitik gefunden zu haben scheint, richtig verstehen, so scheint das Parlament die Direktiven der künftigen Politik Frankreichs gegenüber Deutschland festgelegt zu haben.

Diese Politik wird ihre erste und unmittelbare Anwendung in den Grenzgebieten finden, wo der französische Einfluß auf Grund des Friedensvertrages in Kraft treten wird. Frankreich hat den Wunsch der Bevölkerung der Rheinebene schon gehört und wird ihn achten. Ohne sich von Deutschland trennen zu wollen, erstrebt diese Bevölkerung eine Autonomie, die sie von der Herrschaft Preußens befreien würde.

Frankreich ist bereit mit seiner moralischen und seiner ganzen wirtschaftlichen Kraft diese Entwicklung der rheinischen Bevölkerung aller Parteien und aller Klassen zu unterstützen, eine Entwicklung zu einer Verfassung und einem Regime, die ihre Wohlfahrt, ihre Gedankenfreiheit und freie geistige Entfaltung gewährleisten.

Wir verlangen daher, daß der preußische Einfluß in keinerlei Form an unseren Grenzen wieder hergestellt und daß vor allem der Reichskommissar entfernt werde, der ungehörigerweise in Koblenz eingesetzt wurde. Der Friedensvertrag sieht in der Tat den direkten Verkehr der Lokalbehörden mit dem Oberkommando der Besatzungstruppen vor und für die Beziehungen des Reiches mit Frankreich scheinen die Pariser und Berliner Gesandtschaften allein zuständig zu sein.

Im übrigen verlangen wir alle geeigneten Maßnahmen, um die Rheinlande mit Frankreich inniger zu verbinden und zwar durch den Handel, durch Verkehrsnetze, durch Angleichung der Eisenbahn- und Schifffahrtstarife, durch ein Programm für öffentliche Arbeiten — insbesondere Kanalisation der Mosel und der Saar — durch Bank- und Genossenschaftsinstitute sowie endlich durch Angleichung der Arbeiter- und Sozialgesetzgebung. [Sehr gut! Sehr gut!]

Für diese Projekte könnten sobald wie möglich aus Rheinländern und Franzosen bestehende gemischte Kommissionen geschaffen werden.

Wir hoffen, daß diese Auffassung vom Frieden bei den Deutschen am Rheine und sogar in ganz Deutschland eine für beide Teile wünschenswerte Entspannung herbeiführen wird.“ [M. Barrés, Staatsanzeiger vom 2. Oktober 1919, Seite 4684.]

(„Herr Barrés hat soeben einen eingehenden Plan der „französischen Durchdringung“ des linken Rheinuferes vorgetragen, welcher wiederholt meinen Beifall gefunden hat.

Elsässer und Franzosen sind einig in dem Gedanken, daß eine lateinische und sogar germanische Propaganda gegen die preußische Hegemonie einsetzen muß. Wenn jedoch diese Propaganda zu irgend einem Akte der Gewalt führen sollte, so habe ich meine Bedenken dagegen. Wir haben das Recht, von der Regierung eine Politik zu verlangen, wie sie das Volk erwartet, damit es auch weiß, was der Frieden wert ist, der ihm heute gebracht wurde.“ (Lebhafter Beifall.) (Albert Thomas. Der Friedensvertrag vor der Kammer, „Echo de Paris“, 31. August 1919.)

Wenn die beiden Redner über die Frage der deutschen Einheit entgegengesetzter Meinung waren, so liegt der Grund dafür darin, daß sie diese Frage nicht von demselben Gesichtspunkte aus betrachtet haben. Wir dürfen daher annehmen, daß beide Redner eine Lösung gebilligt hätten, welche die Entwicklung Deutschlands zum Einheitsstaate nach dem Muster der Vereinigten Staaten ermöglicht hätte, durch Annahme eines Systems, das es Preußen unmöglich gemacht hätte, die Zentralisation zu seinem ausschließlichen Vortheile durchzuführen.

(„Die Entwicklung Deutschlands zum Einheitsstaate kommt Preußen zugute. Maurice Barrés und auch Albert Thomas erkennen dies ganz genau. Wie könnten zwei gute Franzosen angesichts solcher Tatsache nicht einig sein?“ [„Temps“, 31. August 1919.]

Der Ministerpräsident selbst scheint in seiner Senatsrede ein Rheinprogramm angedeutet zu haben: „Wenn wir uns die Bevölkerung des linken Rheinuferes zu Freunden machen können — der Tragweite dieses Wortes bin ich mir wohl bewußt — dadurch, daß wir sie gut behandeln, unsere Pflicht als gute Nachbarn erfüllen und sie verpflichten, das gleiche zu tun, so finde ich eine solche Politik ausgezeichnet. Wenn wir sie vom preußischen Despotismus befreien können, so müssen wir es tun, ohne uns jedoch

in ihre Angelegenheiten einzumischen. Wir haben sie gegen den preußischen Despotismus zu schützen, wir dürfen aber nicht zu ihnen kommen mit der Revolution.“ (Lebhafter Beifall.)

Diese von allen Staatsmännern als notwendig erkannte Politik muß auf alle Fälle folgende Ziele haben:

1. In moralischer Hinsicht: Entwicklung der Sympathien für Frankreich. Dies setzt voraus, daß man in der Pfalz auf jeglichen Groll und Haß, auf jede Repressalie verzichtet und daß in unserer Besatzungsarmee strengste Disziplin herrscht. Sie ist um so notwendiger, als die jungen Soldaten, die den Krieg nicht mitgemacht haben und die sogenannten Spezialtruppen eine ausgeprägte Neigung haben, die Rechte des Siegers zu mißbrauchen. In dieser Hinsicht müssen die von der 8. Armee und ihrem Führer hinterlassenen Traditionen hochgehalten werden.

2. In politischer Hinsicht: Berücksichtigung aller Wünsche der Bevölkerung; Förderung und Schutz aller Volksabstimmungen; keine prinzipielle Ablehnung von Verhandlungen mit den U. S. P. Leuten; Nachforschung nach den so zahlreichen Gründen für die Abneigung zwischen Pfälzern einerseits, Preußen und Bayern andererseits (man wird sie in der pfälzischen und bayerischen Presse aufgezählt finden); Verbreitung und Entwicklung der Idee, daß in einem zukünftigen, durch den Revanchegeist des Reiches hervorgerufenen Kriege die Pfalz der Schauplatz der ersten Treffen und der ersten Verwüstungen sein werde und daß nur ein von Preußen befreiter autonomer Staat an dem Werke mithelfen könne, die für den Frieden der Welt so gefährliche, korporalistische Zentralisation Deutschlands zu vernichten; Aufklärung der Bevölkerung über die Verantwortlichkeiten des imperialistischen Deutschland unter Anlehnung an Mühlton und Nicolai; Bekämpfung und Diskreditierung der rheinischen Kriegsgewinnler; Hinweis auf die Möglichkeit der sofortigen Aufnahme eines von Preußen losgelösten deutschen Bundes in den Völkerbund; Versuch das Frankfurter Parlament wieder auferstehen zu lassen, dessen Gedanke bei den rheinischen Separatisten augenblicklich auftaucht, um so die historische Macht von Schlagworten mit Vorteil zu benutzen; Pflüge der verführerischen, natürlich in weiter Ferne

liegenden Idee eines großen „Frankenbundes“, der von Rumänien und der Ukraine bis nach Belgien über die Tschecho-Slowakei und den süddeutschen Staatenbund ein Zentraleuropa ohne Naumann und ohne Preußen auf friedlichem Wege wieder herstellen würde! usw.

Kurz: Empfehlung und offene Vertretung einer westeuropäischen Bundespolitik ohne stehende Heere, mit Zollunion und möglicher Zuweisung von Kolonien unter Leitung, Schutz und klar ausgesprochener Garantie des Völkerbundes.

3. In sozialer Hinsicht: Schonung der Wesensart, der Sitten und Gebräuche, der Sprache, der Wünsche sowie der Einrichtungen der Bevölkerung; Respektierung ihrer gesamten kommunalen und provinziellen Lebensformen, ihrer Dezentralisation der Verwaltung, ihrer wirtschaftlichen Einrichtungen und Bankinstitute, ihrer Organisation der Arbeit; Beruhigung über das Schicksal ihrer Arbeitergesetzgebung, für die ihnen Frankreich kein Aequivalent bieten kann und aus der wir ausgezeichnete und nützliche Lehren ziehen können; Hinweis auf eine mögliche Verbesserung der Beamten-gesetze und die Besetzung der Stellen mit einheimischen Beamten usw; Förderung ihrer technischen Schulen, Unterstützung bei der Gründung einer Forstschule, einer Landesuniversität sowie von Gymnasien in den großen Städten (Ludwigshafen); Abschaffung des Militärdienstes in jeglicher Form; unnachsichtliche Strenge gegenüber der alldeutschen Koalition der preußisch-bayerischen Beamten und der Sozialistenführer, die sich die militärische Wiederaufrichtung Deutschlands und den Einheitsstaat zum Ziele gesetzt haben; Versprechen einer Verminderung der Besetzungsdauer unter Voraussetzung der Verwirklichung des westdeutschen Staatenbundes.

4. Diesem Programm muß eine gute Wirtschaftspolitik zugrunde gelegt werden; die Pfalz soll von unseren Handelsverträgen und Bündnissen Vorteil haben; Wiederherstellung und Entwicklung ihrer Beziehungen zu Elsaß-Lothringen; Handelsbegünstigungen, Aussicht auf koloniale Zugeständnisse; Ausarbeitung eines Planes zur Vereinigung unseres Eisenbahn-, Straßen- und Kanalnetzes, unseres gesamten Verkehrssystems jeglicher Art mit dem verbesserten pfälzischen System; vor allem Versorgung der Pfalz mit der für den Betrieb ihrer wichtigen

Industrie nötigen elektrischen Kraft. (So hat jedes Nachlassen der Kohlenförderung in den Saarbergwerken die unendlich bedauerliche Folge, daß sofort die ganze Pfalz von Licht und Kraft abgeschnitten wird. Natürlich wird diese Tatsache von den Alldeutschen zur Schädigung unseres Einflusses ausgebeutet.

„Geben sie den Fabriken Kohlen und die Dankbarkeit des Landes wird die von Ihnen gewünschte Form annehmen“, sagte uns eines Tages Graf d'A....., der in der Umgebung von Neustadt ein bedeutendes Gut besitzt.)

Gewiß ein Riesenprogramm, für dessen Ausführung wir — besonders jetzt — recht wenig Mittel besitzen!

Es ist jedoch so gut wie sicher, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht halten und daß es — das tut es jetzt schon — die Sicherheit unserer Truppen gefährden wird.

Das Emanzipationsprogramm der rheinischen Bevölkerung könnte vielleicht einen Weg für die Bestrafung Deutschlands zeigen. Dann findet sich auch im Friedensvertrag der Artikel 270, welcher lautet: „Die alliierten und assoziierten Mächte behalten sich vor, für das deutsche, von ihren Truppen besetzte Gebiet eine eigene Zollordnung sowohl für die Einfuhr wie für die Ausfuhr in Geltung zu setzen, sofern ihnen eine solche Maßnahme erforderlich erscheint, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete zu wahren“.

In der sonderbaren Note vom 28. Juli 1919 ist ausgesprochen, daß die Alliierten von diesem Artikel augenblicklich keinen Gebrauch machen!

Diese negative Auslegung und dieses offenbare Desinteressement haben seither die englischen und amerikanischen Wirtschaftsinteressen außerordentlich gefördert.

(„Die alte Zollgrenze Deutschlands war niedergerissen und eine neue noch nicht aufgerichtet. So konnten die alliierten Nationen die, schlauer als Frankreich, alle wirtschaftlichen Vorteile des Sieges ausnützen wollten, die Rheinlande zu einem ungeheuren Handelsmagazin machen und aus Deutschland rechts des Rheines ungeheure Warenmengen nahezu frei ein-, bzw. nach ihm ausführen. Folgende Zahl allein gibt einen hinreichenden Begriff von diesem ohne uns und folglich auf unsere Kosten getriebenen

Handel: Anfang September wies die Handelskammer Köln, die offiziell „den Auftrag hatte, einen neuen Aufschwung der Handelsbeziehungen Englands zu Deutschland herbeizuführen“, einen Umsatz von 300 Millionen Pfund Sterling [fast 11 Milliarden Frcs.] britischen Kapitals nach.“ [Der angel-sächsische Friede. Ch. Saglio, L'Oeuvre, 16. Oktober 1919.]

Vielleicht könnten nun auch wir unser eigenes Interesse wahrnehmen. Wir müßten dazu Artikel 270 anwenden. Nach ihrer anfänglichen Freude beginnen jetzt die Deutschen vor dieser wirtschaftlichen Invasion Englands, vor diesem „richtig gehenden britischen Protektorat“ Angst zu bekommen. (Ch. Saglio, der angel-sächsische Friede; „L 'Oeuvre“, 16. Oktober 1919.)

Sie wollen nun ihre Kontrolle selbst ausüben. Das würde zur Aufrichtung einer Zollgrenze am Rande der Besetzungszone führen. Warum man zögert,*) letztere Lösung zu wählen, läßt sich ahnen. Die Gründe dafür bezeugen das geringe Vertrauen, das die Leiter des Reiches zu der Loyalität der rheinischen Bevölkerung haben!

Und wir lernen wieder einmal Rheinländer und Pfälzer kennen durch die Preußen.

*) („Das Berliner Tageblatt erhebt einen ziemlich merkwürdigen Einwand. Es fürchtet, daß die rheinische Bevölkerung durch eine Zollgrenze in ihren Loslösungsbestrebungen bestärkt werde. „Das linke Rheinufer wäre von dem Wirtschaftskörper Gesamtdeutschlands getrennt. So hätte es in wirtschaftlicher Hinsicht das Gefühl, Ausland zu sein. Das würde unausbleiblich auf die Mentalität seiner Bewohner einwirken. Die bisher nur mit Mühe zurückgedämmte separatistische Strömung würde neue Nahrung erhalten.“) („Temps“, 16. Oktober 1919.)

Diese ganze Politik ist natürlich wenig vereinbar mit der „Neutralität“ der Besatzungsarmee, dieser famosen Neutralität, die jegliche Initiative und jeden Willen zerbricht und verhindert, daß Männer von Charakter und Energie an den ihnen gebührenden Platz gestellt werden.

Wollen wir es lieber sagen: Die Neutralität ist unmöglich. Früher oder später muß man Partei ergreifen und sei es auch nur

für seine Freunde. Der Besatzungsarmee Neutralität aufzwingen wollen, heißt Ueberraschungen, Streitigkeiten, Zwischenfälle jeder Art heraufbeschwören.

Neutral! Ein Seelen- und Geisteszustand, den der Preuße nicht kennt. Neutralität ist für ihn Schwäche!

Dieses passive Verhalten, das jeden Angriff, jede Schmähung erlaubt, ist zudem gefährlich und unlogisch. Sich wehren oder antworten heißt ja wieder Partei ergreifen.

Wenn unsere rheinischen Verwaltungspolitiker überhaupt noch die Möglichkeit haben, eine aktive Rolle zu spielen, dann müssen sie sich nach dem Beispiele des energischen und klar blickenden Führers, der vom 4. Dezember 1918 bis 12. Oktober 1919 an der Spitze der Armee stand, dieser Armee bedienen als des Rückgrates einer festen, energischen und zielbewußten Politik.

So müssen wir handeln. In den Augen der ängstlichen Bevölkerung müssen wir uns fest, entschlossen und zielbewußt zeigen und von dem unerschütterlichen Willen beherrscht, eine Politik zu fördern, die wir unbedenklich als Französisch-Deutsch im Gegensatz zu Französisch-Preußisch bezeichnen. Dann erst wird die Armee die einzig richtige Haltung einnehmen, wie sie ihrer Rolle entspricht und vereinbar ist mit dem künftigen Frieden der Welt, mit der Ehre, der Würde, dem Interesse und der Sicherheit unseres Landes. Dann erst wird sie sich den Respekt verschaffen, auf den sie Anspruch hat, wird die Sympathien bewahren, die sie sich zu erwerben verstand und wird sich die Völker zu Dank verpflichten, denen sie geholfen haben wird, in einem neuen Europa ihre verlorene Selbständigkeit wieder zu gewinnen.

